

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: Prämienkonto:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 9 Mark, für das übrige Ausland
 8 Mark pro Monat.

Ersteigentlich täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Beiträge
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 13. September 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die britische Arbeiterbewegung und der Trades-Union-Kongress.

London, 10. September. (Fig. Ver.)

Das Kennzeichen der gegenwärtigen britischen Arbeiterbewegung ist die sich geltend machende Einsicht, daß Gewerkschaft, parlamentarische Arbeiterpolitik und Sozialismus zusammengehen müssen. Es fehlt zwar an Klarheit, ebenso an einem einheitlichen Plan und auch an dem guten Willen bei den liberalen Führern der großen Gewerkschaften, diese Einsicht zu verwirklichen. Aber daß sie vorhanden ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Sie ist die Frucht vieler Enttäuschungen und Erfahrungen.

Während der Chartistenbewegung war das Zusammenwirken aller proletarischen Kräfte sichtbar, da es die Sozialisten waren, die die Gesamtbewegung leiteten, und der Sozialismus die Gesamtsumme und das Endergebnis aller proletarischen Bestrebungen darstellte. Beim Niedergang des Chartismus, nachdem die Sozialisten die Aufmerksamkeit der ganzen Gesellschaft auf die Lage und die Bedeutung der Arbeiterklasse gelenkt hatten, erschienen die Gewerkschaftsführer auf der Bildfläche und übernahmen die Leitung des Proletariats. Die Arbeiterbewegung versumpfte sodann derart, daß ein durchaus liberaler Politiker wie Cobden über sie im Jahre 1861 schreiben konnte: „Ich wundere mich nur über die Gleichgültigkeit, mit der die Arbeiter alle ihnen entgegengeworfenen Beschimpfungen aufnehmen. Haben sie denn in ihren Reihen keinen Spartacus, der die Sklavenklasse zur Rebellion gegen ihre politischen Feinde führen könnte?“ Aus dem Geschlecht der Chartisten war in zehn, zwölf Jahren des Gewerkschaftslebens ein Sklavengeschlecht geworden.

Einige Jahre später, während der Tätigkeit der „Internationalen“, der Agitation für Wahlreform und des Kampfes um ein modernes Arbeiterrecht, geriet die Arbeiterbewegung in ein lebhafteres Tempo und Gewerkschaft, Arbeiterpolitik und Sozialismus vereinigten sich. Jedoch waren es nicht Sozialisten, sondern sozialistisch angehauchte Arbeiterpolitiker, die die Bewegung leiteten. Im Jahre 1875 war auch diese zu Ende und die Gewerkschaftsführer gewannen wiederum die Oberhand, die das Proletariat an den Liberalismus leiteten und schließlich nach Taff-Bale brachten.

Wir haben beim englischen Proletariat zwei geistige Ruheperioden im 19. Jahrhundert: die erste dauerte von ungefähr 1850 bis 1865; die andere von 1880 bis 1900. In der ersten erreichte der Liberalismus seinen Höhepunkt, in der zweiten der Imperialismus. Das Aufgeben des revolutionären Standpunktes hat also nicht immer eine Ausdehnung der bürgerlichen Freiheit zur Folge. Welche Wirkung das Erlöschen des revolutionären Sozialismus auf den Gang der Geschichte ausübt, läßt sich nicht von vornherein sagen. Sie hängt vielmehr von den wirtschaftlichen Bedürfnissen der herrschenden Klassen ab. Verlangen diese eine Ausdehnung des Liberalismus, so wird das Aufgeben des revolutionären Standpunktes den Liberalismus fördern. Befindet sich aber die herrschende Klasse in der imperialistischen Periode, so muß jedes Zurückweichen des Proletariats die imperialistische Strömung verstärken.

Im Jahre 1900 begann die Annäherung zwischen Gewerkschaft, Arbeiterpolitik und Sozialismus. Ihr Ausdruck ist das Komitee für Arbeitervertretung, das sein rasches Wachsen dem Zusammenbruch des Gewerkschaftsrechts verdankt. Die Ursachen liegen gewiß tiefer, aber für die breiten Arbeitermassen war die Erschütterung des Streikrechts am fühlbarsten und diese veranlaßte sie, für eine selbständige Arbeiterpolitik zu sorgen. Die neue Arbeiterpartei hat seit ihrer Gründung mehrere Wandlungen durchgemacht. Zuweilen schien es, als ob sie ihre Aufgabe wirklich ernst nehmen und ein für allemal dem Liberalismus kündigen wollte. Allein zu einem solchen entscheidenden Schritte fehlte den Arbeitern der Mut. Und der Mut fehlt ihnen, da sie keinen geistigen Halt haben. Die neue Arbeiterpartei macht zuweilen den Eindruck einer Hochseilgewandlungsflotte: zahlreiche neue Schiffschiffe und Panzerkreuzer, ein ganzer Schwarm von Offizieren und Matrosen, aber ohne Vertrauen zu sich und zu einander. Daß sie unter solchen Umständen den Führern der liberalen Partei auf den Leim gehen werden, ist leider nicht ausgeschlossen.

Im vergangenen Monat erschien von J. R. Mac Donald, dem Sekretär der neuen Arbeiterpartei, ein Buch über sozialistische Politik. Sein Titel ist „Socialism and Society“ (Der Sozialismus und die Gesellschaft). Sein Zweck ist, der sozialistischen Bewegung eine neue Lehre und eine Taktik zu geben. Die Lehre ist der biologischen Soziologie entnommen. Sie betrachtet die Gesellschaft als einen Organismus, dessen Zelle das Individuum ist. Organismus und Zelle sollen den Platz der bestimmten wirtschaftlichen Systeme und Klassengegenstände des Marxismus einnehmen. Die sozialistische Bewegung bedeutet nicht das Aufsteigen einer Klasse, deren geschichtliche Aufgabe es sei, das Privateigentum abzuschaffen, die sozialistische Bewegung sei vielmehr das Wachsen der ganzen Gesellschaft zu einem höheren Kulturniveau. Zwischen Sozialismus und Liberalismus bestehe keine Kluft. Die religiösen Sekteln moralisieren die Gesellschaft. Die Sozialisten müssen deshalb alle trennenden Vorurteile und sektiererischen Unterscheidungen ablegen. Der Verfasser ist offenbar für ein Zusammengehen mit den Liberalen. Das nächste englische Parlament wird offenbar einen „Mod“ der Liberalen und Arbeitervertreter als Regierungsmehrheit sehen. Es hat keinen Zweck, an dieser Stelle in eine Kritik des Buches einzugehen. Dies wird in der englischen Parteipresse gründlich besorgt werden. Bemerkenswert ist nur der Umstand, daß sowohl die sozialliberale Strömung wie die Uebermenschen-Theorie, die in Deutschland vor fünfzehn Jahren verbreitet wurden, erst in den letzten Jahren in England an Anhänger gewinnen. Aus Mac Donalds Buch geht hervor, daß die neue Arbeiterpartei sich in nichts von den alten

liberalen Arbeiterpolitikern unterscheiden wird, außer wenn es gelingen sollte, die jüngeren Elemente dem Einflusse der Sozialliberalen zu entziehen.

Es ist bedauerlich, daß auch über den 38. Gewerkschaftskongress, der gestern in Hanley nach sechstägiger Beratung geschlossen wurde, nichts Besseres berichtet werden kann. Der erste Trades-Union-Kongress wurde im Jahre 1868 abgehalten. Damals standen auf der Tagesordnung: Gewerkschaftsrecht, Konkurrenz des Auslandes und die Rationalökonomie, die Regulierung der Arbeitszeit und die Ausdehnung der Fabrikgesetze, Arbeitsschiedsgerichte. Nach 37 Jahren konnte dieselbe Tagesordnung dem Kongresse vorgelegt werden. Auch jetzt handelt es sich um ein Gewerkschaftsrecht, dann um Freihandel und Schutzzoll, um Arbeiterschutz und Schiedsgerichte. Der Kongress setzte sich aus 457 Delegierten zusammen, die 1.561.800 organisierte Arbeiter vertraten. Auch die Repräsentanten von Durham, die seit mehreren Jahren den Kongress nicht besuchd hatten, waren in Hanley vertreten. Der Antrag auf Fortsetzung der Freihandelspolitik wurde mit 1.253.000 gegen 26.000 Stimmen angenommen. Der Antrag auf Einführung von obligatorischen Schiedsgerichten wurde mit 763.000 Stimmen gegen 673.000 verworfen. Die Minderheit ist seit den letzten Jahreskongressen bedeutend gewachsen. Der Gedanke, ein Arbeiterblatt herauszugeben, wurde infolge mangelnder Geldunterstützung fallen gelassen. Abgelehnt wurde auch der Antrag auf Zusammenfassung der drei Arbeiterorganisationen: Gewerkschaftskongress, Föderation der Trades-Unionen, Komitee für Arbeitervertretung. Die üblichen Anträge über Arbeitsunfall, Verstaatlichung der Eisenbahnen, Minen, Kanäle etc.; Ausdehnung des Arbeiterschutzes; Gewährung von Alterspensionen wurden ohne Debatte angenommen. An Stelle des zurückgetretenen Sam Woods wurde Mr. Steadman zum Sekretär des Parlamentarischen Komitees gewählt.

Unter den Delegierten herrschte die Ansicht vor, daß der Gewerkschaftskongress eine sterbende Organisation ist und deshalb von keinem ernst genommen wird. „Reynolds Newspaper“, das ein rein liberales Blatt ist und den Sozialismus bekämpft, schreibt heute über den 38. Gewerkschaftskongress: „Die wirkliche und zweifelloste Bedeutung des Kongresses von Hanley besteht darin: Der Kongress ist eine erschöpfte Einrichtung und eine in den letzten Tagen liegende Organisation. Indem ihm die politische Kraft genommen wurde, verlor er den Grund seines Daseins. Trades-Unionisten müssen nicht mehr auf ihn blicken als ein Mittel zur Förderung ihrer Interessen oder zur Leitung ihres Fortschrittes. . . . Es ist kein Wunder, wenn man sozial Delegierte fragen hört: Was haben denn alle unsere Diskussionen für einen Zweck? Als der Sekretär der Droschkenkutscher über die Beschwerden seiner Auftraggeber sprach, da lachte der Kongress. Der Redner lachte schließlich mit und sagte: Wie kann man denn überhaupt ernst bleiben in diesem Kongress?“

Das liberale Blatt meint allerdings die Ursache dieser Schwäche darin zu finden, daß der Kongress seine politische Tätigkeit an die neue Arbeiterpartei abgetreten habe, allein das Blatt gibt ja selbst zu, daß es auch vor der Gründung der Arbeiterpartei nicht besser war.

Der wirkliche Grund der Schwäche des englischen Proletariats liegt in seiner politischen und geistigen Abhängigkeit vom Liberalismus, d. h. in seiner Kurgewerkschafterei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. September.

Die Verhöhnung des Hungers.

Also die Landwirtschaftskammern und die preussischen Regierungspräsidenten sollen Nachforschungen anstellen, ob seit dem 1. Dezember 1904 ein Rückgang der Viehhaltung zu beobachten ist, in welchem Verhältnisse die Preise für Vieh am Produktionsort, auf den Schlachtviehmärkten und für Fleisch gestiegen sind, ob ein Fallen der Preise erwartet werden kann!

Die Erhebungen des Herrn v. Poddieleski finden natürlich den vollen Beifall der waldagrarischen „Deutschen Tagesztg.“, welche den Hohn der Erhebungen sich zu eigen macht und brutal spottend erklärt:

„Gegen diese Erhebungen wird sich nichts einwenden lassen. Wenn die vom Landwirtschaftsminister angeländigte ernühte Prüfung und Erwägung eintreten soll, so müssen ihr unbedingt derartige Erhebungen vorangehen. Sie sind überzeugt, daß auch diese Erhebungen zu keinem anderen Ergebnis führen werden, als zu dem Entschlus der Regierung, in der bisher eingenommenen vollkommen begründeten Stellung zu verharren.“

Wenn die agrarischen Vertretungskörperschaften und ihre Klassengenossen in den Regierungspräsidenten mit Eifer ihre Forschungen vollenden haben werden, dann sollen sie an Herrn v. Poddieleski Bericht erstatten, dann wird der Landwirtschaftsminister die Berichte ebenso eifervoll studieren und er wird schließlich entdecken, daß noch immer kein Mensch infolge der Fleischnot gestorben ist, daß aber den Viehzüchtern die höheren Preise recht bedürftig seien.

Die Ernährung des Volkes ist aufs äußerste erschwert, der Arbeiter vermag vom knappen Lohn nicht die zur Erhaltung der Arbeitskraft und der Gesundheit unbedingt erforderliche Nahrung zu erschwingen, mit der Arbeiterschaft leiden alle unbemittelten Schichten, die kleinen Beamten, die Handwerker. Der Minister aber läßt Erhebungen anstellen, läßt Berichte ausarbeiten, auf Grund deren er später in Erwägungen eintreten kann. Und das Gesamtministerium, der Ministerpräsident und Reichskanzler lassen den Landwirtschaftsminister schalten und walten, denn aus ihm spricht und höhnt die Staatsmacht, die wirkliche Macht im Staat: die Besitz der Veden, die Junker, deren Verfall es ist, vom Hunger der arbeitenden Klassen sich schmählich zu bereichern!

Das dementierte Roosevelt-Schreiben. Das vor einigen Tagen vom „Vol.-Anz.“ behauptete und im angeführten Wortlaut mitgeteilte Schreiben Roosevelts an den deutschen Vorkämpfer in Washington, in dem der Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland vorläufig abgelehnt wurde, ist von uns sofort als nicht glaubwürdig bezweifelt worden. Die „Köln. Ztg.“ erfährt jetzt offiziös und die „Nordd. Allg. Ztg.“ gibt die Meldung wieder, daß weder ein derartiges Schreiben des Präsidenten der Vereinigten Staaten an den deutschen Vorkämpfer gerichtet worden ist, noch trifft es zu, daß Deutschland wegen der Handelsverträge den Vereinigten Staaten schon bestimmte Vorschläge gemacht hat. Die „Köln. Ztg.“ bemerkt weiter zu dieser Angelegenheit: „Es wird zurzeit eifrig an den Vorbereitungen zu den Handelsverträgen gearbeitet. Die Wünsche der Interessenten und anderes Material sind hier als Grundlage für die Verhandlungen gesammelt und in einem umfangreichen Bande gedruckt zusammengestellt worden. In der nächsten Zeit werden kommissarische Beratungen der inneren Ressorts des Reiches und Preußens stattfinden, damit man sich über die Stellung schlüssig werden kann, die man in der hochwichtigen Frage des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages einzunehmen für ratsam erachtet. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit, die die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen für das Wirtschaftsleben der beiden befreundeten Nationen haben, darf man sicherlich von vornherein annehmen, daß es gelingen wird, zu einem Verträge zu gelangen, der freundliche und sichere Handelsbeziehungen auf Jahre hinaus zwischen Nordamerika und Deutschland festlegen wird.“

Das Zentrum-Gesund!

In Bonn sprach am Sonntag der Zentrumsführer Dr. Spahn ausführlich über die politische Lage. Nach Dr. Spahns Ansicht liegt, mag auch König Eduard bestimmt sein, durch das Aufstreben des Kaisers in der Marokkofrage, kein Grund vor zu erstemem Zerwürfnis oder gar Krieg mit England. Doch müsse verhindert werden, daß nach Russlands Mißerfolg England zu der unstreitig jetzt erlangten Suprematie in Asien auch das Uebergewicht in Europa an sich ziehe. Kiautschou, das uns eine Mitgewalt für die offene Tür in Ostasien biete, müsse hochgehalten werden und vor etwaigen größeren Opfern für diesen Stützpunkt deutschen Handels und Handels dürfe man nicht zurückstehen. In den Reich der früheren Erfolge aus der Gräfzeit rüme dem Kaiser v. Bälou ein bitterer Tropfen durch die Birken in unseren afrikanischen Schutzgebieten. Es scheint, daß die Ereignisse noch nachträglich v. Zeitweilen recht geben wegen seiner Wille gegen die Schwärzen. Dessen Ausrottung könne das Zentrum, das in die Kolonialpolitik sich hauptsächlich einliehe, um die Regier zu Christen zu machen, nicht billigen. Den Weggang von Stuebels bedauert Spahn, da er ein sachgemäß und ruhig denkender Mann sei. Im weiteren Eingehen auf Fragen der inneren Politik vorbereitete sich Spahn über die offenkundige Erscheinung, daß Deutschland naturgemäß immer mehr auf die Bahn des Industriestaates kommt. Deshalb, fügte er zur Veruhigung seiner zum Teil ländlichen Zuhörer hinzu, brauche die Landwirtschaft jedoch keinen Schaden zu leiden. Tatsächlich habe sie auch bei den neuen Vorkäufen keine Schädigung erfahren, im Gegenteil namentlich durch die Vorkäufe auf Weizen und Futtergerste einen erheblichen Vorprung gewonnen, auch die Gewähr für dauernden Vorkauf, da ja der Mehrertrag aus den landwirtschaftlichen Vollen der Arbeiterwitwen- und Waisenversorgung zugute kommen solle, d. h. mit anderen Worten, die Vorkäufeung bilde für jene als bleibend gedachte soziale Wohlfahrtsneuerung. Zu Schluß seiner Ausführungen betonte Spahn die Notwendigkeit, daß das Zentrum sich zur Mehrheitspartei durcharbeite und — so schroff heute noch die evangelischen Kreise ihm gegenüberständen — die übrigen Parteien davon überzeuge, daß allein auf Grundlage des Zentrumsprogramms das Deutsche Reich gedeihen und auch im Innern erstarren könne.

Die Ausführungen Dr. Spahns bestätigten nur, daß das Zentrum sich immer mehr in die Rolle der herrschenden und zugleich alle Volksfeindlichkeiten bedenkenden Partei einlebt. Besonders charakteristisch sind zwei Bemerkungen Dr. Spahns. Das Zentrum, erklärt er, habe sich auf die Kolonialpolitik nur eingelassen, „um die Regier zu Christen zu machen“. Das edle Zentrum! Nicht um die Regier auszubeuten, um sie der Lehre der Nächstenliebe zu gewinnen, hat es die Kolonialpolitik sich einfallen lassen. Da aber die Regier zu Christen gemacht werden, indem man ihnen ihr Land und ihr Vieh raubt, bewilligt das Zentrum hunderttausend Hunderte von Millionen für eine Kolonialpolitik, die auf jedem Schritt ein himmelschreiendes Frevel gegen das Christentum ist! Wehmütig ist es mit der „sozialen Wohlfahrtsneuerung“, der Witwen- und Waisenversorgung. Abgesehen davon, daß diese Wohlfahrtsneuerung eine seit Jahrzehnten verfallene Staatspflicht ist, und abgesehen davon, daß es noch sehr darauf ankommt, welche Gestalt sie annehmen wird, wenn sie von 1910 ab wirklich in Kraft tritt, erklärte Dr. Spahn es als besonderen Vorzug dieser sozialistischen Neuerung, daß sie Gewehr für die Dauer des Zollwuchers leistet. Die Witwen- und Waisenversicherung ist nach der Zentrumsmeinung nicht nur das Feigenblatt der schamlosen Zollnerrei, sondern zugleich ein Mittel sie gegen jeden zukünftigen Angriff zu sichern! Das Zentrum will die Regier zu Christen machen und vertreibt die letzte Spur von Recht und Gerechtigkeit aus der deutschen Politik!

Zu dem Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ betreffend die Unterseeboote der Germania-Werft stellt, wie man uns telegraphisch meldet, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ eine Entschärfung ihrer Gewährsmänner in Aussicht, bemerkt aber gleich, daß sie nicht behauptet habe, die Germania-Werft habe für ihre eigenen Verluste Geld erhalten, sondern die Germania-Werft habe die für das Reich vorgeschriebenen Neubauten als Privatveräußerung bezeichnet. Weiter schreibt unser Mieler Parteiblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vergesse mitzuteilen 1. ob das Unterseeboot alt oder neu sei, das unter russischer Aufsicht gebaut wurde und jetzt deutsches Versuchsbboot sei; 2. was die deutschen Marinebehörden und Prinz Heinrich für ein Interesse an den Privatarbeiten der Germania-Werft hätten; 3. wie die russischen Beamten den Bau des deutschen Bootes führen und leiten konnten; 4. wie die Mieler Presse auf Information der Germania-Werft auf einmal ein Russenboot in ein deutsches Boot umtauschen konnte.

Die Antwort der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sei also im besten Falle eine lahme Ausrede, die mehr verschleierte als ankläre.

Mit welchem Recht? Aus Harburg wird uns geschrieben: Nüchtern hat die preussische Regierung sich begnügt, sozialdemokratische Schulvorsteher nicht zu bestätigen, jetzt geht sie aber dazu über, den Sozialdemokraten auch das aktive Wahlrecht zu nehmen. Ein solches Verfahren ist in der Gemeinde Eißendorf vorgekommen. Wenn der Fall auch noch vereinzelt dasteht, so verdient er doch Beachtung. Die Gemeinde grenzt unmittelbar an Harburg und zählt zu ihren Mitgliedern vorwiegend Arbeiter. Im Herbst 1904 waren zwei Schulvorsteher zu wählen. Die Arbeiter brachten dieser Wahl ein großes Interesse entgegen, zumal die Eißendorfer Schulen fast nur von Proletarierkindern besucht werden; die reichen Bauern und Fabrikbesitzer schicken ihre Kinder in die besseren Schulen in Harburg oder anderswohin. Mit übergroßer Majorität wurden zwei Genossen und zwei Ersatzmänner gewählt. Eine Bestätigung der Gewählten erfolgte nicht, wohl aber teilte der Schulinspektor nach wiederholter Anfrage im Gemeinde-Ausschuss den gewählten Genossen mit, daß die Regierung die Wahl für ungültig erklärt und deshalb eine Neuwahl zu erfolgen habe. In den Wählerlisten sind dann die Namen der vier gewählten Genossen gestrichen worden. Auf den Protest der ihres Wahlrechtes beraubten Genossen wußte der Leiter der neuen Wahl, Pastor und Schulinspektor Meier, weiter nichts zu erwidern, als: er werde sich hüten, eine Maßnahme der Regierung rückgängig zu machen. Gewählt wurden bei der kürzlich stattgefundenen Neuwahl aber trotzdem wieder vier Genossen, und zwar mit 54 gegen 10 Stimmen. Es wird sich zeigen, ob die Regierung auch diese wieder nicht bestätigen und ihre Namen in den Wählerlisten streichen wird, und so fort, bis — keine Genossen mehr wählen können.

Die hannoversche Schulordnung befugt über die Schulvorsteherwahl, daß Personen, die einen „ärgerniserregenden Lebenswandel“ führen, von der Wahl ausgeschlossen sind und auch nicht wählen dürfen. Auf Grund dieser Bestimmung ist von der letzten Wahl auch ein Einwohner ausgeschlossen worden, „weil er sein eheliches Kind noch nicht habe taufen lassen, obgleich es bereits zwei Jahre alt sei“. Auf den angeführten Passus scheint die Regierung sich auch im anderen Falle stützen zu wollen, indem sie erklärt, es sei „ärgerniserregend“, wenn Arbeiter eine sozialdemokratische Gesinnung bekunden. Die Angst vor der Sozialdemokratie treibt sonderbare Blüten.

Vom Kesseltreiben gegen die Witibis.

Antlich wird gemeldet: Teilen der Abteilung Meister gelang es, südlich Gorab und westlich Paris Dötentottenbanden zu schlagen. Der Feind wick in die Gebirgskluchten westlich Paris zurück und vereinigte sich dort mit den übrigen vor unseren Truppen zurückgegangenen Dötentotten- und Hererobanden. Ihre Stärke wird auf etwa 300 Gewehre geschätzt.

Da die Gegend sehr wasserarm ist, müssen zunächst größere Wasserlöcher herangezogen werden. Sobald dies geschehen ist, wird Major Meister aus der Linie Paris-Kam zum Angriff vorgehen. Die Wasserstellen am Westende des nördlichen Paris-Gebirges in der Linie Schreim-Paris und die Eingänge zur Kluft sind von unseren Truppen besetzt.

Die bisherige Abteilung Störff unter Hauptmann Morast (2 Kompanien, 2 Geschütze) bleibt in der Linie Groosfontein-Kleinfontein-Gambowis-Nevier, unter Besetzung sämtlicher Wasserstellen in der Linie Paris-Heitamas-Plutpils durch vorgeschobene Postierungen, um etwa nach Osten zurückströmende Banden abzufangen.

Die Abteilung Kapp hat das Tiras-Gebirge und die Arnaberge vom Feinde gesäubert und bleibt vorläufig in der Gegend der Sinclair-Mine.

Major von Störff ist mit Säuberung des östlichen Ramalandes, in dem sich mehrfach kleinere Banden der Witibis gezeigt haben, beauftragt worden.

Ostafrika.

Antlich wird gemeldet: Nach einem Telegramm des Gouverneurs Grafen Goeyen vom 12. September sind in den Südburgen verschiedene Trupps der Aufständigen ohne Verluste auf unserer Seite geschlagen. Die Nordburgen sind ruhig. Wapua hat den Ausbruch von Urungen im südlichen Teil des Stationsbezirks gemeldet. Von Tringa und Mahenge liegen keine Nachrichten vor. Gerichtsweise verurteilt, daß Teile der Besatzung von Nalenge die Aufständigen geschlagen haben. Hauptmann Richter hat über Kapstadt ein am 3. September stattgehabtes freigelegtes Befehl bei Schabruma gemeldet, in welchem auf unserer Seite ein Kolari gefallen ist. Die Arbeiten an der Eisenbahnlinie Dar-es-Salam-Mogoro nehmen ihren ruhigen Fortgang.

Internationaler Kriminalisten-Kongreß.

(Telegraphischer Bericht.)

Hamburg, den 12. September 1905.

Ein bedeutender Kongreß, die 10. Hauptversammlung der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung, trat heute vormittag im Festsaal des Patriotischen Gebäudes zu ihren Beratungen zusammen. Die Beteiligung an der zum ersten Male in Deutschland stattfindenden Tagung sowohl von Kriminalistischer wie ärztlicher Seite ist eine ganz außerordentlich zahlreiche. Vertreter der Reichsregierung und der Einzelstaaten sind gleichfalls zahlreich erschienen. Auch England, Frankreich, Rußland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Schweiz haben Delegationen entsandt.

Nachdem der Vorsitzende Professor Prinz-Brüssel die Verhandlungen eröffnet hatte, begrüßte der Vertreter des Hamburger Senats, Senator Dr. Lappenberg die Teilnehmer. In der ganzen Kulturwelt teile der Wunsch nach übereinstimmenden Rechtsnormen hervor. Die Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung dieses Wunsches entgegenstellten, seien noch größer, wie man allgemein annehme. Allein die internationale kriminalistische Vereinigung habe sich in der Lösung dieser Aufgabe ein besonders dankbares Gebiet erwählt. Der Kampf gegen das Verbrechen sei so alt wie die Menschheit, jedoch die Art dieses Kampfes sei immer eine verschiedene gewesen, ebenso die Ansichten über die Strafbarkeit der einen oder der anderen Handlung. 400 Jahre liegen zurück seit den Zeiten der letzten Herenverbrennung in Deutschland, seit der Zeit, wo die Daumenstricke und ähnliche Marterwerkzeuge noch eine wesentliche Rolle im Strafprozeß und Strafvollzug spielten. Welch himmelstürzender Abstand trennt uns von damals. Aber so viel Vorurteile auch beseitigt, so viele Fortschritte auch richtig gestellt worden seien, es lasse sich doch nicht leugnen, daß der soziale Entwicklungsprozeß, der sich in fast allen Kulturländern zeige, die heutigen Rechtsanschauungen zu ändern beginne. Die Kriminalstatistik zeige Neuerscheinungen des Verbrechens, die eine anderweitige Regelung des Strafvollzuges gebietend verlangten. Vor allem habe sich die Zahl der Jugendlichen und der Rückfälligen ganz auffällig vermehrt. Der Charakter der Verbrecher sei nicht schlimmer geworden, aber er habe einen neuartigen Charakter angenommen. Vor allem zeige sich das im internationalen Hochstaplerum. (Sehr richtig!) Die internationale kriminalistische Vereinigung habe es sich nun zur Aufgabe gestellt, das Verbrechen und seine Ursachen wissenschaftlich zu erfassen und habe sich damit ein hohes Ziel gestellt in der heutigen Strafrechtspflege. Er wünsche den Beratungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Sodann verbreitete sich Professor Prinz-Brüssel über die Frage, wie für bestimmte Kategorien von Rückfälligen der Begriff der Gemeingefährlichkeit des Täters an die Stelle des heute zu ausschließlich angewandten Begriffs der verbrecherischen Tat gesetzt werden könne. Der Redner behandelte speziell die Zunahme der Jugendlichen und Rückfälligen, sowie die Zunahme des internationalen Hochstapler- und Verbrechertums, ferner die Aufgaben, die diese Erscheinungen an die Strafrechtspflege stellen.

Sodann sprach ausführlich über: „Das internationale Verbrechertum und seine Bekämpfung“ Professor Dr. Lindenau vom Berliner Polizeipräsidium und der Hamburger Polizeirat Dr. Hopff.

Huoland.

Der ungarische Wahlrechts-Kongreß.

Einem Bericht der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ über den Wahlrechts-Kongreß in Budapest entnehmen wir das Folgende:

Budapest, 10. Sept.

Unter enormer Beteiligung aus dem ganzen Lande fand heute vormittags der außerordentliche Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie statt. 425 Delegierte aus allen Teilen Ungarns waren erschienen, und zwar aus Budapest 118 Delegierte als Vertreter von 77 Organisationen, aus der Provinz 307 Delegierte als Vertreter von 178 Organisationen aus 150 Gemeinden. Die Stimmung war leidenschaftlich bewegt wie am Vorabend großer Ereignisse.

Das Referat über den einzigen Punkt der Tagesordnung: „Der Kampf um das Wahlrecht“ erstattete Genosse Szaranyi. Seine Rede wurde wiederholt von stürmischem Beifall und leidenschaftlichen Zwischenrufen unterbrochen. Er begann mit einer Schilderung der Obstruktion unter Szell. Schon damals, sagte er, haben wir Sozialdemokraten den Standpunkt vertreten, daß die Opposition ihre Rechte aufbieten müsse, um das allgemeine Wahlrecht durchzusetzen. Seither haben wir immer wieder diese Forderung erhoben. Denn da wir nicht so kurzfristige Politiker sind wie die Herren der Koalition, haben wir schon längst erkannt, daß es mit dem bestehenden Parlament unmöglich ist, Gesetze zu schaffen, die der Krone nicht passen. (Beifall.) Als sich dann in den Geschäftsordnungsdebatten die Obstruktion immer mehr ausprägte, haben wir wiederholt versucht, die Opposition zu einem energischen Schritt zu bewegen. Wir wollen, daß das Parlament den Boden kräftige, auf dem es steht, daß es seine Widerstandskraft erhöhe, indem es sich auf die Kraft des Volkes stütze. (Lebhafter Beifall.) Als Tisza den Reichstag auflöste, da kam der Opposition in ihrer Verzweiflung die Erlösung. Sie warf in den Wahlkampf das Schlagwort des allgemeinen Wahlrechtes. Aber als sie dann durch die Gnade der feudalen Magnaten die Mehrheit erlangt hatte, da wollte sie vom allgemeinen Wahlrecht nichts mehr wissen. (Stürmische Pfui-Rufe gegen die Koalition.) Die Koalition unterscheidet Forderungen der Nation und Forderungen des Volkes. Wohlan, wir vertreten das Recht des Volkes und sind nicht gewillt, das Recht der Nation aufzugeben. (Brausender Beifall.) Die sofortige Durchführung des allgemeinen Wahlrechtes bedeutet nicht die gänzliche Ausschließung der nationalen Forderungen. Wir verlangen von der Koalition nicht die Verleugnung ihrer Prinzipien, aber wir fordern die Verwirklichung eines ihrer Prinzipien: des allgemeinen Wahlrechtes. Wir haben Krinoff's Erklärungen begrüßt, nicht weil wir etwa im Lager der Regierung stehen, sondern weil sie die Koalition zwingen, Farbe zu bekennen. Die Koalition aber sucht wieder auszuweichen. (Pfui-Rufe.) Aber die Zeiten sind vorbei, da man das Volk verraten und zugleich irreführen konnte. Der Redner bespricht dann die Agitation in der Provinz und fordert die Budapest Arbeiter auf, am 15. September vor das Parlament zu ziehen und dort das allgemeine Wahlrecht ganz energisch zu fordern. (Anhaltender Beifall.) Aber man darf nicht glauben, daß wir vom Parlament mit dem allgemeinen Wahlrecht in der Tasche zurückgehen werden. Der 15. September bedeutet nicht das Ende, sondern den Anfang des Kampfes, dem wir auch in Zukunft und dann erst recht alle unsere Kräfte widmen müssen. Von unserer Energie und von der Kraft unserer Agitation wird es abhängen, was wir erringen werden. Die Demonstration vor dem Parlament ist auch nicht das äußerste Mittel, das wir anwenden. Wir müssen vielmehr sofort alle Vorbereitungen treffen, um im entsprechenden Moment in ganzen Lande mit dem politischen Massenstreik einsehen zu können. (Stürmischer, andauernder Beifall.) Der Redner beantragt dann eine Resolution, in der es unter anderem heißt:

Der ungarische Pseudoparlamentarismus hat den Bankrott erklärt, und aus diesem Bankrott führt nur ein Ausweg: die Schaffung eines wirklichen Volksparlaments.

Der Kongreß erklärt, daß die Arbeiterklasse jede Meikeit und jede Regierung bekämpfen wird, die das allgemeine Wahlrecht nicht zum Gesetz erhebt. Jetzt richtet sich der Kampf gegen die Koalition, weil die Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechtes nur von ihrem Willen abhängt. Der Kampf geht nicht gegen die staatsrechtlichen Forderungen der Majorität; aber die Arbeiterklasse erklärt, daß jeder Versuch, diese zum Vorwand zu nehmen, um die Anerkennung des Rechtes des Volkes zu verhindern, ein Verrat am Volke ist.

Der Kongreß fordert die Arbeiterklasse Budapests auf, am 15. September die Arbeit niederzulegen und vor das Parlament zu ziehen, um dort das Wahlrecht zu fordern; er beauftragt zugleich die Parteileitung, den politischen Massenstreik im ganzen Lande vorzubereiten, um im geeigneten Moment den Kampf um das Wahlrecht mit voller Wucht zur Geltung zu bringen.

Diese Resolution wurde mit stürmischem Beifall angenommen. In der Debatte sprachen dann die Genossen Mittel, Ventus und Handler. Handler beantragte, daß sofort der politische Massenstreik proklamiert werde. Dieser Antrag, gegen den sich der Referent aussprach, wurde abgelehnt und hierauf die Resolution einstimmig angenommen.

In der Provinz fanden heute an 84 Orten sozialdemokratische Wahlrechtsversammlungen statt.

Wien, 12. September. Der Kaiser hat den ungarischen Ministerpräsidenten Baron Fejervary heute vormittag in längerer Audienz empfangen.

Budapest, 12. September. Der Mitarbeiter eines hiesigen oppositionellen Blattes, Journalist Arpad Jigany, ist heute nacht unter der Anschuldigung verhaftet worden, der Verfasser der unter dem Namen eines Professors Jensch in Berlin erschienenen, als hochverräterisch betrachteten Broschüre zu sein. Der Verhaftete hat bei seinem ersten Verhöre zugegeben, sich an der Abfassung der Broschüre und an ihrer Verbreitung beteiligt zu haben.

Budapest, 12. September. Der verhaftete Journalist Jigany wurde heute abermals verhört. Er nannte einen hervorragenden Publizisten, in dessen Auftrag und mit dessen Hilfe Jensch jene Broschüre verfaßt habe. Der Name dieses Mannes wird im Interesse der Untersuchung noch geheim gehalten. Es gelang der Polizei, sich über die Art und Weise des Entstehens der Broschüre und deren Autorchaft Beweise zu beschaffen. Die Uebersetzung besorgte Alexander Baneth.

Budapest, 12. September. (W. Z. V.) In einem Teil der Presse des In- und Auslandes ist verbreitet worden, die Regierung habe beabsichtigt, die Wahlenreform mittels Diktierung ins Leben treten zu lassen. Wie das ungarische Korrespondenzbureau auf Grund maßgebender Informationen erfährt, ist diese Meldung eine tendenziöse Erfindung.

Frankreich.

Der französische Handelsminister gegen die Postbediensteten. Aus Paris wird uns geschrieben: Das Ministerium zeigt sein reaktionäres Gesicht immer offener. Da ist Herr Dubief, der Handelsminister, eines der Haupt der radikal-sozialistischen Partei, der nach seinem Programm die Bestrebungen aller Staatsbürger, sich zur Wahrung der wirtschaftlichen und moralischen Interessen zu vereinigen, mit allen Kräften fördern möchte. Was tut aber Herr Dubief in seinem eigenen Wirkungsbereich? Die Post- und Telegraphenbediensteten, die bisher nur eine wenig leistungsfähige Vereinigung besaßen, wollen eine ordentliche Gewerkschaft gründen und gehen höflich den Minister um seine Zustimmung an. Der radikal-sozialistische Herr Dubief unter sagt aber rundweg die Konstituierung der Gewerkschaft. Und zwar mit einer ganz wunderbaren Begründung: Nur die Arbeiter der industriellen und die Angestellten der kommerziellen Staatsbetriebe hätten das Recht der gewerkschaftlichen Vereinigung, die Beamten seien ausgeschlossen. Die Postbediensteten seien aber Beamte, wie aus ihrer Pensionsberechtigung hervorgehe. Ja, der Minister hat sogar die Unversorentheit, die ungeheuerliche Bestimmung der veralteten Code Penal zu zitiern,

die die Koalition der Beamten verbietet. Die Begründung schließt mit dem famosen Satz: „Eine republikanische Regierung hat das Recht und die Pflicht, auf die Einsicht und Vernunft des Personals zu zählen, die es davon abhalten wird, mit seinem eigenen Schicksal das wirtschaftliche Leben des Landes zu kompromittieren und das private Interesse dem öffentlichen, der Souveränität der Republik voranzustellen.“ Dieser Bescheid hat die Postbediensteten, die durch die Mißstände in der Verwaltung und besonders durch ihre maßlose Ueberbürdung ohnehin erregt sind, auf das tiefste empört und es wird selbst von einem Streik gesprochen. Die Regierung hätte allen Grund, den Bediensteten fremdbüßig zu begegnen, denn ein Ausland würde sie in völliger Hilflosigkeit vor.

Der Pariser Friedenlerkongreß.

Paris, 9. September. (Fig. Ver.) Am Donnerstag ist der Friedenlerkongreß geschlossen worden. Von dem obigen, von den Anarchisten hervorgerufenen täglichen Skandal abgesehen, sind die Beratungen wenig aufregend gewesen. Besprochen wurde „über alle Dinge und noch einige mehr“. Wenn es auch offiziell eine Tagesordnung gab, so ließ sich doch niemand hindern, sein Sprüchlein über die eigene unsehbare Geheimmethode für alle Weltanschauungen aufzusagen. Dazwischen gab es wohl interessante und sachlich durchdachte Referate, aber in dem wirrönigen Wirrwarr kamen sie zu keiner Wirkung. Bemerkenswerte Berichte erstatteten besonders der französische Sozialist Quiffon, der über die Moral ohne Gott und über ihren Unterricht in der Schule sprach, und der belgische Sozialist Professor Denis, der den Plan einer neuen Enzyklopädie entwarf. Ob der dem französisch-belgischen Eklektizismus entsprungene Gedanke, in dessen Ausführung der zweite Referent eine unübersehbare Gelehrsamkeit offenbarte, einem wirklichen Bedürfnis und den wissenschaftlichen Anschauungen unserer Zeit entspricht, könnte freilich bestritten werden. Wenn die Enzyklopädie des 18. Jahrhunderts die Aufgabe hatte, dem mittelalterlichen Gebäude der kirchlichen Scholastik ein System rationalistischen Denkens entgegenzustellen und der Welt die Leistungsfähigkeit einer dogmenlosen Wissenschaft zu beweisen, so bedarf es heute wohl eines derartigen Nachweises nicht mehr und der moderne Entwicklungsgedanke läßt sogar den Gedanken einer Fixierung der allgemeinen Denkarbeit, der dem Zeitalter des Naturrechts wohl gemäß war, etwas naiv erscheinen. Wollens ein Sozialdemokrat, der der von den großen sozialistischen Denkern ausgearbeiteten Lehre vom Klassenkampf anhängt, wird sich mit dem Plane, eine Sammlung aller, also auch der sozialen und historischen Wissenschaften, unter dem Gesichtspunkte eines für alle „frei denkenden“ Menschen geltenden Erkenntnisprinzips anzulegen, nicht ohne weiteres befreundeten können. Die Unfruchtbarkeit des „Friedenler-Kongresses“ ist, wenn auch kein Beweis, so doch ein Symptom für die Aussichtslosigkeit einer derartigen allgemeinen, die Klasseninteressen überwindenden Verständigung. Und es ist zumindest ein Zeichen eines erstaunlichen Optimismus, daß auch Sozialdemokraten noch immer Hoffnungen auf solche Versammlungen setzen und in Gesellschaft von anarchisierenden Handwärtern, pflanzenfressenden Philistern und Originalnarren über Gegenstände beraten, die in dem Parteiprogramm und in der Parteitaktik einen wichtigen Platz haben. Jedenfalls bleibt es verwunderlich, daß sie sich hier mit den von den sozialdemokratischen Kongressen ausgeschlossenen Wirrköpfen und Krakeleern wie Dom e l a R i e u e n h u i s zusammen tun oder gar, wahrscheinlich aus einer besonders revolutionären Auffassung des Klassenkampfes, mit bürgerlichen Radikalen über den Kampf gegen den Militarismus und den Soldatenstreik verhandeln, also den Friedenler-Kongreß sozusagen als eine „höhere Partei“ neben die „Nimme der Partei“ stellen. Man fragt sich da, was denn die langjährige mühselige Aufklärungsarbeit des wissenschaftlichen Sozialismus gesuchet hat, wenn die „Friedenler- und Freiheitlerkongresse“ der sechziger Jahre des verflorenen Jahrhunderts mit ihrer Konfusion und mit ihrem langweiligen Geschwafel aufzusehen und ein proletarisches Publikum finden sollen.

Italien.

Der Kriegsminister gegen den „Avanti“. Rom, den 9. September. (Fig. Ver.) Der Kriegsminister Padelli hat gegen unser Zentralorgan Veleidigungsklage angestrengt wegen eines Berichtes über eine Referatensammlung, die am 4. September in dem hiesigen Parteilokal stattgefunden hat. Dieser in dem Lokalteil enthaltene Bericht enthält Anklagen schwerster Art gegen die Militärverwaltung. Die Referatisten sprachen in der angeführten Versammlung über schlechte Behandlung im Manöver geklagt haben. Es war u. a. gesagt, daß ein Major geraten hätte, einen Trupp zusammengebrochener Referatisten nicht zu schonen, weil es alles „römische Sozialisten“ seien. Ein Offizier hätte Soldaten, die sich im Schatten ausruhten, gezwungen, in die Sonne zu gehen. Einer dieser Soldaten wäre dann vom Hirschlag getroffen worden. Außerdem wurde in dieser Versammlung behauptet — und auch in der Tagesordnung festgelegt — daß ein verbrecherischer Mangel an Sanitätsdiensten bestanden hätte, so daß Hunderte von Kranken ohne Hilfe gelassen wurden. Schließlich sollen viele Tote heimlich verhaftet worden sein und sogar ohne Begräbnis den Tieren preisgegeben.

Diese allerdings aus Unglaubliche grenzenden Anklagen blieben mehrere Tage ohne Dementi. Dieses erfolgte dann in der feierlichen Form der Mitteilung der eingereichten Klage durch die „Agenzia Stefani“.

Die bürgerliche Presse kommentiert natürlich diese Maßnahme sehr günstig, denn sie ist froh, daß man dem „Avanti“ etwas am Jenge scheidet. Nur der „Corriere della Sera“ bemerkt in seinem Leitartikel, daß die Regierung ihrer Sache sehr sicher sein möchte, um diesen Weg zu wählen. Der „Avanti“ selbst drückte am ersten Tage seine Freude über die Klage aus; in seinem heutigen Leitartikel erklärt er die Klage für unberechtigt, da jede Zeitung die Pflicht genauer Berichterstattung hätte. Die Zeitung hat die Absicht, alle Referatisten, die an der Versammlung teilgenommen haben, als Zeugen vorzuladen.

Spanien.

Sonderbare Mittel gegen Attentate und Hungerrevolten wollen die Präsidenten der bürgerlichen Vereine in Barcelona in Anwendung bringen. Sie haben ein Kartell gebildet und wollen auf Kosten ihrer Vereinigungen ein Polizeikorps halten; ferner soll die Regierung aufgefordert werden, der Hauptstadt von Katalonien mehr Polizei zur Verfügung zu stellen. Im Falle der Ablehnung will man sich an die fremden Regierungen wenden mit der Aufforderung, in Barcelona eine internationale Polizeitruppe zu unterhalten. Daneben will man auch in einer dem Parlamente nachgebildeten Körperschaft die Fragen, die Barcelona interessieren, diskutieren. Auf die Entscheidung des letzten Bombenverfers hat die Gesellschaft einen Preis von 20 000 Pesetas gesetzt. — Mehr Polizei, als ist das Allheilmittel gegen Hunger und Plend.

Schweden.

Ein zweiter Sozialdemokrat ist am Freitag in dem nördlich von Geste liegenden Bergverksdistrikt Bestreiland gewählt worden. Er, Maurer Belfoll, siegte mit 1375 Stimmen über den bisherigen moderatliberalen Vertreter des Kreises Anders Olsson, der 1207 Stimmen erhielt. In Geste selbst wurden am gleichen Tage zwei radikalliberale Anhänger einer ehlich demokratischen Wahlrechtsreform, Lektor Storbäck und Redakteur Lindh, mit 1470 und 1378 Stimmen gegen die bisherigen moderaten und arbeitserfindlichen Vertreter Schiffredner Brodin und Viktor Waldenström, die 983 und 880 Stimmen erhielten, gewählt. Besonders erfreulich ist es, daß der „Freireligiöse“, das heißt Anhänger einer außerhalb der Staatliche stehenden orthodoxen Sekte, Waldenström, nicht wiedergewählt wurde. Er hat sich, namentlich in den letzten Jahren, als ein schlimmer Feind der Arbeiterbewegung, sowie jedes demokratischen Fortschritts bewiesen und sich auch im Unionskonflikt auf Seite der Nordkatholiken gestellt. Die Beteiligung und das Interesse an der Wahl in Geste war außerordentlich stark. Große Scharen von Arbeitern und liberalen Leuten hatten sich vor den Wahllokalen versammelt, und das Ergebnis wurde mit lebhafter Freude begrüßt. Am Sonnabend wurde in 11 Kreisen gewählt; in 10 wurden die

Als Vertreter, unter ihnen der Minister des Innern Wibben und der Finanzminister Biefert wiedergewählt, in einem Wahlkreise, Lucho-Pararanda, wurde ein liberal-konservativer Ueberläufer und Anhänger des einseitigen Korporationswahlrechts durch den liberalen Lokomotivführer Berglund, der Gegner jenes Wahlrechtsvorschlages ist, ersetzt. Bis zum Sonnabend hatten die Kammerwahlen der Linken samt der Sozialdemokratie einen Gewinn von 8 Mandaten, die Feinde des demokratischen Fortschritts abgenommen wurden, gebracht.

Gegen die Wahl unseres Parteigenossen Journalist Christianson in Helsingborg ist von reaktionärer Seite Einspruch erhoben worden, und zwar mit der Begründung, daß Wählern, die in der Stadtgemeinde Helsingborg ausgenommenen Landdistrikten wohnen, widerrechtlich die Erlaubnis dort zu wählen, erteilt worden sei. Der Einspruch ist jedoch ebenso hinfällig wie ein anderer, wonach Christianson, der zwar in Finnland geboren ist, aber von schwedischen Eltern abstammt, kein schwedischer Staatsbürger sein soll. Diese Verurtheile, die Wahl rückgängig zu machen, beweisen nur, wie verhaßt der Reaktion der Fortschritt der Sozialdemokratie ist.

Zwei weitere sozialdemokratische Wahlsiege haben die Kammerwahlen gebracht, die am Sonntag stattfanden, und zwar wiederum in Bergverdistrikten. Wie aus Falun berichtet wird, wurde als Reichstags-Abgeordneter für den Smedebaden-Bezirk der Sozialdemokrat Bernhard Erikson mit 976 gegen 750 Stimmen, die auf den bisherigen Vertreter, den gemeinsamen Kandidaten der Liberalen und Konservativen fielen, gewählt. Aus Lulea wird gemeldet, daß für den Kalix-Bezirk der Sozialdemokrat L. J. Carlsson mit 708 Stimmen gewählt worden ist. Sein unzuverlässiger liberaler Gegenkandidat erhielt 585, der bisherige Vertreter des Kreises 390 Stimmen.

Somit sind also bis jetzt schon vier Sozialdemokraten gewählt.

Amerika.

Haute Stellen in der Arbeiterbewegung. Gewisse Vorgänge in dem Gewerkschaftsleben von Chicago haben in der letzten Zeit die Aufmerksamkeit der ganzen Arbeiterschaft in Amerika erregt. Die Korruption verfuhrte mit offener Gewalt das Feld zu behaupten und stellte eine bewaffnete Schar von Banditen an, welche die Gewerkschaftsversammlungen überfallen und sprengen mußte, wo man Politikanten und Verräter nicht zu Weanten wählen wollte. Es handelt sich um die „Chicagoer Federation of Labor“, eine Zentralorganisation für Gewerkschaften. Die Beamten dieser Organisation besitzen viel Macht und Einfluß und können sich sehr leicht bereichern, wenn sie die Interessen der Arbeiter verraten wollen. Es ist keine Seltenheit, daß ein Arbeiterführer seinen Einfluß bei Streiks und Boykotts an die Unternehmer veräußert oder an die Politiker, denen er Stimmen zuführen muß. Es bilden sich Cliquen in den Gewerkschaften, welche die einflussreichen Stellen mit allerlei Listen und wenn es nicht anders geht, mit Schwindel und Gewalt zu erobern suchen. So wurden kürzlich die Versammlungen der „Chicagoer Federation of Labor“ gewaltsam gestört, als die Beamtenwahlen vorgenommen wurden. Maskierte Männer drangen mit vorgehaltenen Revolvern in das Versammlungsthal, zerrißen die Stimmzettel und mißhandelten den Vorsitzenden. Das nächste Mal holte man die Polizei, aber ein Teil der Mitglieder weigerte sich, unter polizeilicher Aufsicht abzustimmen. Darauf wandte sich der Vorstand mit einem Aufruf an die Turnvereine von Chicago eine handfeste Garde, mit Eisenstäben bewaffnet, zum Schutze der Versammlung abzugeben. Die Turner, meist Deutschamerikaner, kamen und die Abstimmung konnte ruhig vor sich gehen. In einer späteren Versammlung hatte die Korruptionssklave mit einem großen Anhang wieder die Oberhand und annullierte die Wahlen. So ist des Haders kein Ende und leicht voranzusehen, daß die Organisation darüber in die Brüche geht. Das Erschreckende und Beschämende ist dabei, daß sich große Massen organisierter Arbeiter bereit finden, Politikanten und notorische Lumpen als ihre Vertreter wählen zu wollen.

Die Unruhen in Japan.

Tokio, 12. September. Mit Ausnahme der Zeitung „Asahi“ sind alle Blätter wieder erschienen. In der Provinz sind jedoch noch zahlreiche Blätter unterdrückt. Die Gerüchte von der Demission des Ministers des Innern Hoshikawa und seiner Ersetzung durch den Unterstaatssekretär Yamagata erhalten sich mit großer Hartnäckigkeit.

Tokio, 12. September. Ein von 30000 Personen besuchtes Meeting fand in Osaka statt. Eine Resolution wurde angenommen, in welcher die Haltung der Regierung scharf getadelt und die Friedensbedingungen als unzureichend bezeichnet wurden. Die Behörden hatten keine Veranlassung einzuschreiten, da die Ordnung nicht gestört wurde.

Tokio, 12. September. In Kobe dauern die Verhaftungen fort. Bisher wurden insgesamt 150 Personen festgenommen.

Mißstimmung in der japanischen Armee.

London, 12. September. (Bureau Laffan.) Von der japanischen Mandchuren-Armee zurückgekehrt, telegraphiert der Kriegs-Korrespondent der „Times“ aus Fushikwantai:

In der Armee herrscht tiefe Erbitterung über die Friedensbedingungen. Die Armee ist enttäuscht darüber, daß ihr nicht noch einmal Gelegenheit zu einem entscheidenden Schlage gegen die Russen geboten wurde. Von russischer Seite finden unter der weißen Flagge öfters Besuche bei den Japanern statt, wobei sich die Russen sehr liebenswürdig geben. Im japanischen Hauptquartier meint man, die Räumung der Mandchurei werde nicht vor April n. J. vollendet sein können.

Das Panzerschiff „Mikasa“ gesunken!

Tokio, 12. September. (Meldung des „Meuterischen Bureau“.) Das Panzerschiff „Mikasa“ fing Feuer und sank gestern morgen 2 Uhr 30 Minuten.

Diese räthelhafte Katastrophe bedeutet einen schweren Verlust für die japanische Marine. War doch das 1900 vom Stapel gelassene Dampfschiff eines der modernsten Schlachtschiffe der japanischen Flotte. An Displacement (15 902 Tonnen) stand es an zweiter Stelle. Das Schiff hatte schon einmal großes Unglück: im August 1904 soll es von japanischen Torpedobooten, die es für ein russisches Schiff hielten, bereits durch einen Torpedoschuß beschädigt worden sein. Später nahm es jedoch wieder an den Operationen teil.

Tokio, 12. September. (W. T. B.) Wie das Marineministerium bekannt gibt, war das Feuer am Bord des „Mikasa“ am 10. d. M. um Mitternacht ausgebrochen, die Ursache des Feuers ist unbekannt. Ehe die Besatzung gerettet werden konnte, erreichte das Feuer die Pulverkammer und es erfolgte eine Explosion, die an Bordobor an der Wasserlinie ein Loch riß. An Bord befanden sich 599 Menschen einschließlich der Seeleute von anderen Schiffen, die zur Hilfeleistung herbeigeeilt waren. Ueber die Ursache des Feuers ist die Untersuchung eingeleitet.

Ein Waffenschiff.

Ein bereits gestern kurz erwähnter Vorgang wird durch ein Telegramm aus Helsingfors wie folgt geschildert:

Ein unbekannter Dampfer von 300 Tonnen Gehalt kam in der Nacht zum Donnerstag an der Insel Kalscher, 25 Kilometer von Jacobstad, an. Infolge starken Nebels stieß das Schiff am Freitag auf eine etwa 3-4 Kilometer vom Strande befindliche Sandbank. Dabei ereignete sich eine Explosion, bei der der Dampfer samt der Besatzung in die

Luft flog. Ein Teil des Mittelschiffs ist gesunken. Der hintere Teil des Dampfers sowie der Bug blieben sichtbar auf der Oberfläche des Wassers. Das Schiff war mit Gewehren und Munition beladen. Die Wasseroberfläche ist mit schwimmenden Gewehrkolben bedeckt. Am Ufer wurden 1300 Magazinegewehre geborgen, außerdem drei Rippen, die mit Revolvern angefüllt waren. Der Name des Schiffes ist mit Farbe überstrichen. Bei dem Schiffe wurden ein schwedisches Rettungsboot sowie deutsche und englische Flaggen gefunden. Man vermutet, daß der Dampfer unter amerikanischer Flagge fuhr.

Das ist sehr mysteriös!

Die Lage im Kaukasus.

Petersburg, 12. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Wie aus Jaxart gemeldet wird, ist dort seit gestern der Handel mit Naphtha eingestellt worden. Die Lage der Konsumenten ist kritisch. Auch in Astrachan stellen heute die Naphthafirmen die Lieferung von Heizmaterial an die Schiffreederei ein, mit denen sie keine Lieferungsverträge haben, weil sie die Einstellung der Transporte aus Batu beschränken. Die Reeder stehen jetzt vor der Notwendigkeit, die Dampferfahrten einzustellen und ihre Matrosen und Arbeiter zu entlassen, wodurch tausende brotlos würden. In Baskuntschak sind die Salzindustriellen aus dem gleichen Grunde genötigt, ihre Tätigkeit einzustellen, was eine Stodung des Fischereigewerbes und enorme Verluste für dieses ganze Gebiet zur Folge haben wird. Der Gouverneur schlägt den großen Naphthafirmen vor, eine besondere Niederlage von 000 000 Rub Naphtha für die Bedürfnisse der Reeder und Salzindustriellen zu errichten.

Petersburg, 12. September. Die letzten Nachrichten aus Batu besagen, daß die Lage dort sehr schlimm ist. Mehrere Städte sind bereits vollständig zerstört. Die Aufständischen greifen immer noch mit großer Hartnäckigkeit an. Die Tataren setzen die Plünderung fort, die Truppen machten Gebrauch von ihren Waffen und töteten 17 Personen.

In Tschistomas wurde eine Höllemaschine unter den Wagen des Gouverneurs geworfen, als dieser mit dem Kreischef durch den Ort fuhr; die Höllemaschine explodierte jedoch nicht.

Aus Industrie und Handel.

Die neue Tabaksteuer.

Die „Süddeutsche Tabakzeitung“ bringt folgende Meldung eines Berliner Mitarbeiters: Im Reichsfinanzamt scheinen nun die Würfel gefallen zu sein. Nachdem in sämtlichen Konferenzen, die auf Veranlassung des Reichsfinanzamtes seitens der vorwiegend am Tabakanbau und an der Tabakindustrie beteiligten Bundesstaaten in den letzten Wochen mit Interessen und Volkstechniken gepflogen wurden, die Anschaffung fast einhellig sich geltend machte, daß die Tabaksteueränderung, insbesondere die vom Reichsfinanzamt vorgeschlagene Wertsteuer von 30 Proz. auf Khabake ebenso eine Zollerhöhung und eine entsprechende Inlandssteuererhöhung die deutsche Zigarettenindustrie mit ihren 180 000 Arbeitern in zumeist ärmeren ländlichen Distrikten gewaltig schädigen müßte, soll diese Idee schließlich fallen gelassen worden sein. Zuvor soll das Reichsfinanzamt mit namhaften Führern des Zentrums und des rechten Flügels der nationalliberalen Partei, die früher einer Tabakzollerhöhung und einer Wertabmesung sympathisch gegenüberstanden, Fühlung genommen und auch hierbei die unumstößliche Ueberzeugung gewonnen haben, daß mit Tabak nichts zu machen ist, daß niemand das Odium auf sich nehmen würde, beispielsweise Agitationen zwecks Herausgabe zu führen, da doch niemand für eine auch weniger „gefaltene“ Tabaksteuer, als vorgeschlagen wurde, eintreten könnte. Dieses von einem rheinischen Zentrumsblatte jüngst gewählte Wort ist in jenen Unterredungen ebenso gefallen wie auch die von ihm genannte hohe Ertragssumme in Betracht kam, allein die Vorgänge liegen seit mehreren Wochen hinter uns, und so war die Kölner Meldung schon antiquiert, als sie an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Da nun die deutsche Zigarettenindustrie seit Jahr und Tag eine Erhöhung des Zigarettenzolles auf das Vierfache des bestehenden Satzes von 270 M. für den Doppelgenetner erstrebt und Zigarettenfabrikanten erst im April d. J. sowohl beim Reichsfinanzamt als auch beim königlich sächsischen Finanzministerium in Dresden dahin vorstellig wurden, auch gewichtige Stimmen sich gegen die Zölloerhöhung erheben, welche in dieser Industrie einen geeigneten Nährboden an allen in der Zigarettenfabrikation hervorragenden beteiligten Ländern finden, so wird diesem Wunsch der heimischen Zigarettenindustrie in der neuen Vorlage entsprochen werden. Außerdem wird eine Vandalensteuer teils nach russischem, teils nach amerikanischem System auf deutsche und ausländische Zigaretten gelegt werden. Man schlägt 2 1/2 M. für das Tausend vor. Da die Raucher der Zigarette in Deutschland sich ihre Zigaretten oft selbst herstellen, wird eine Zigarettenpapiersteuer empfindlicher nach griechischem und früherem rumänischem System geplant. Im Reichsfinanzamt werden die Erträge dieser „Zigarettenluxussteuer“ mit ungefähr 18 Millionen Mark berechnet, somit als der fünfte Teil dessen angesehen, was an neuen Steuern für die große Reichsfinanzreform notwendig ist. Man wird, wie ich höre, ebenso wenig wie beim Tabak, am Bier wie an der Erbschaftsteuer vorbeigehen können, ohne zuzugreifen.

Nach allem, was sonst über die beabsichtigte Tabaksteuer schon durchsickerte, haben diese Mitteilungen, soweit sie diese Steuer angehen, einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich. Was die Sache selbst angeht, so schreibt das genannte Blatt dazu mit Recht, eine „Luxussteuer“ sei eine Steuer nicht, die das Wille für 5 M. um 2 1/2 M. verteuere. Es gleicht das schon mehr einem Verbot des Konsums billiger Zigaretten. Die Ertragsfähigkeit scheint viel zu hoch kalkuliert zu sein. Man hätte überdies mit einem großen Minderkonsum und mit einer überaus kostspieligen Kontrolle zu rechnen, denn Zigaretten können überall fabriziert werden; jeder Raucher kann sich seine Zigarette selbst drehen und jedes Seidenpapier kann für Minderzweckzwecke als Zigarettenpapier Verwendung finden.

Im Jahre 1904 wurden bei einem Zoll von 270 M. in Deutschland 6593 Doppelgenetner Zigaretten im Werte von 12 634 000 Mark eingeführt und der Zollertrag war 1 779 000 M. Nehmen wir an, daß bei der Einfuhr unter dieser Verteuerung ein Minderimport von der Hälfte des bisherigen Quantums eintreten würde, so blieben 3300 Doppelgenetner zu ungefähr 1000 M. Zoll, also die Verdoppelung des bisherigen Zollertrages: 3 550 000 M. Da eine Zigarette ein Gramm wiegt, würden alsdann bei dem in Betracht gezogenen Minderimport etwa 330 000 Mille eingeführt werden $\times 2 1/2$ M. Stempelsteuer = 825 000 M. Da man die Inlandsproduktion an Zigaretten mit über 4 Millionen Mille einschätzt, so würden noch 10 Millionen Mark, mithin insgesamt etwa 13 Mill. Mark und nicht 20 Millionen Mark mehr erzielt werden, wovon noch die ganz beträchtlichen Erhebungslosigkeiten in Abzug zu bringen wären. Das Blatt tritt diesen Plänen mit Recht energisch entgegen, aber es ist leider bei den herrschenden Reichthumspartheien wenig Hoffnung, daß sie diese neue, die unteren Schichten des Volkes gerade wieder am meisten treffende Steuer nicht akzeptieren werden. Die Agitation dagegen kann nicht früh genug aufgenommen werden.

Zur Erhöhung des Reichsbank-Diskonts. Der Diskont der Reichsbank ist, wie berichtet, auf 4 Prozent, der Lombarddiskont für Darlehen gegen Verpfändung von Wertpapieren und Waren auf 5 Prozent erhöht worden. Diese Maßregel bringt nach der Entwicklung, welche die Dinge am Geldmarkt in der letzten Zeit genommen haben, keinerlei Ueberraschung. Schon der letzte August-

Studien hatte eine starke Zunahme der an die Bank gestellten Ansprache ergeben, so daß sich bei gleichzeitiger wesentlicher Steigerung des Notenumlaufs der Metallbestand der Bank um 57,5 Millionen Mark verringerte. War er damit auch immer noch um etwa 6 Millionen Mark größer als zu derselben Zeit des Vorjahres, so ging die Reichsbank doch infolge des günstigen Notenumlaufs in den September mit einem steuerfreien Notenschatz hinein, der um etwa 48 Millionen Mark kleiner war als im Vorjahr. In der ersten Septemberwoche ist dann der Privatdiskont auf 2 1/2 Prozent, also hart an die Grenze des bisherigen Diskontsatzes herangerückt, so daß schon diese Bewegung den Gedanken an eine Diskonterhöhung nahelegen mußte. Dazu ist dann in der vergangenen Woche noch die Diskonterhöhung der Bank von England getreten, die auf die Dauer nicht ohne Rückwirkung auf die Bewegung der bisher für Deutschland günstigen Londoner Wechselkurse bleiben kann. Auf die Möglichkeit, daß auch die Zurückziehung der zurzeit noch am deutschen Markt gehaltenen japanischen und russischen Guthaben über kurz oder lang in Frage kommen, und den Markt zeitweise ungünstig beeinflussen kann, wurde kürzlich von verschiedenen Seiten hingewiesen. Die Veränderung, die der Diskont damit erfährt, ist in diesem Jahre schon die vierte, während im Vorjahre nur eine Veränderung, und zwar am 11. Oktober auf 6 Prozent stattfand. Im laufenden Jahre wurde der Diskont am 10. Januar von 5 auf 4, am 14. Februar von 4 auf 3 1/2 und am 25. Februar auf 3 Prozent herabgesetzt. Nun folgt wieder die Erhöhung auf 4 Prozent.

Vom Stabeisenverband. Zu den Gerüchten, wonach ein großer Kongress gemischter Werke sich zur sofortigen Bildung eines Stabeisenverbandes entschlossen habe, erfährt die „Mein-Weiß. Ztg.“ von kompetenter Seite, daß es sich um eine Anregung handelt, die in der letzten Sitzung des Stahlwerksverbandes am 7. d. M. seitens des Herrn August Thöfen gemacht wurde, die dahin ging, daß die Mitglieder des Stahlwerksverbandes unter sich einen losen Stabeisenverband gründeten oder im Falle der Unmöglichkeit eines solchen sich wie im Vorjahre zu einer Preisvereinbarung zusammenfänden. Der Vorschlag fand bei einer großen Zahl der Werke Anklang, während einige sich wieder ablehnend verhielten. In einer demnächst stattfindenden Sitzung soll nun darüber ein offizieller Beschluß gefaßt werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Uebereizter Kapitalistenschnitz.

Der dieser Tage in der Kochstraße zwischen der Friedrichstraße und Wilhelmstraße zu tun hat, setzt sich der Gefahr aus, durch allerlei barsche Redensarten belästigt, und wenn er ängstlichen Gemüthes ist, sogar an der Beforgung seiner Angelegenheiten verhindert zu werden, und das alles lediglich weil in der Buchbinderei von Kämmerer gestreift wird. Es sind jedoch nicht die Streifenposten, sondern die uniformierten und nicht uniformierten Polizeibeamten, die dem Publikum derartige Unannehmlichkeiten bereiten. Es ist sogar gefährlich, wenn man an der Anschlagtaule in der Friedrichstraße, Ecke Kochstraße, steht und das Plakat des Polizeipräsidenten über die 1000 M. Belohnung für die Entdeckung des Mörders vom Tempelhofer Felde liest. Man setzt sich der Gefahr aus, von einem Beamten als Streifenposten vertrieben und mit dem Verbot bedroht zu werden, die Kochstraße überhaupt zu betreten. Auch die eleganteste Kleidung schützt nicht vor dem Uebereizer der Beamten.

Wie uns berichtet wird, ist am Montag einem Handlungsgehilfen, der übrigens für den Streit selbst gar kein besonderes Interesse hat, verboten worden, sich dort aufzuhalten, wo sich das Geschäft befindet, in dem er tätig ist! Wenn er in zwei Minuten nicht fort sei, werde er verhaftet; in der Kochstraße dürfe er sich überhaupt nicht mehr blicken lassen, erklärte der Beamte. Der Handlungsgehilfe fühlte sich selbstverständlich nicht veranlaßt, auf Befehl der Polizei die Pflichten gegen seinen Chef zu verabsäumen, und protestierte energisch gegen die Zumutung. Der angebotenen Verhaftung wäre er wohl nicht entgangen, wenn nicht ein Mann hinzugekommen wäre, der bezeugen konnte, daß er dort in dem Geschäft tätig ist. Sind doch gestern auch neben drei Buchbindern ein Buchdrucker und ein Stereotypenverleger von der Firma Mittler u. Sohn verhaftet worden, die nichts anderes verbrochen hatten, als daß sie auf Kollegen warteten!

Diese Sittierungen von streifenden Buchbindern und anderen am Streifen gar nicht beteiligten Leuten durch den auch hier wieder von Beamten angewandten Vorwand von Verkehrsstörung und dergleichen zu rechtfertigen, ist in diesem verkehrsarmen Teil der Kochstraße durchaus verfehlt.

Eine sonderbare Rolle spielt bei dieser Streifenpostenverfolgung der eine Chef der Buchbinderei, Paul Kämmerer. Er steht von früh bis spät vor dem Hause und weist mit seinem Schirm oder mit dem Finger auf diejenigen, die verhaftet werden sollen. Gleichsam als sei er ihr Vorgesetzter, befiehlt er den Beamten: „Verhaften Sie den Mann da!“ Einmal mußte der Beamte erwidern: „Aber ich habe ja gar keine Handhabe;“ in anderen Fällen aber wurde der Befehl prompt ausgeführt. Der Herr Kämmerer läßt sich sogar dazu herbei, gemeinsam mit dem Beamten Leute auf der Straße zu verfolgen und schaut sich nicht, gegen Arbeiter derartig zu handeln, die 17, ja 24 Jahre im Geschäft tätig waren.

Auf der anderen Seite der Straße liegt das Restaurant, wo die Streifenden verkehren, und zwar hinten im Hof. Selbst bis an den Torweg werden die Streifenden verfolgt, und gestern Abend verbot ein Kriminalbeamter nicht nur Streifenden, sondern Leuten, die mit dem Streifen gar nichts zu tun haben und anderen Verufen angehören, im Torweg zu stehen, drohte sogar mit Verhaftung, allerdings diesmal ohne die Drohung auszuführen. Auch Arbeiterinnen wurden von Polizeibeamten auf der Straße angehalten und mit Verhaftung bedroht. Das Verhalten der Polizei erregt natürlich großes Aufsehen in der Straße. Man fragt unwillkürlich, was denn die Leute verbrochen haben, die so behandelt und verfolgt werden, und ob die Polizei vielleicht dem Mörder vom Tempelhofer Felde auf die Spur zu kommen suche? Erfährt man dann, um was es sich handelt, so wird natürlich der Uebereizer der Polizei mißbilligt.

Von den sistierten Buchbindern wurde einer von 1/4, ein anderer von 4 Uhr bis 1/6 festgehalten. Die Beamten drohten, wie uns berichtet wird, bei einer zweiten Verhaftung sollten sie nach dem Präsidium gebracht werden. Als ein Streifender sich darüber beschwerte, daß er sogar aus der Wilhelmstraße fortgetrieben wurde, und zu dem Beamten sagte: „Dann können Sie uns ja ganz Berlin verbieten,“ soll dieser erwidert haben: „Ja, das können wir auch.“ — Wenn Polizeibeamte eine solche Auffassung von ihrer Machtbefugnis bekunden, ist ihre Handlungsweise ja leicht verständlich. Notwendig wäre aber, daß sie einmal besser über die Grenzen ihrer Macht aufgeklärt würden, damit endlich diese geschwätzigen Belästigungen von streifenden Arbeitern und anderen unbeteiligten Personen aufhören. Die Streifenden selbst sind natürlich über ihre gesetzlichen Rechte vollkommen aufgeklärt, wissen, wie sie sich zu

Bewegen haben, und lassen sich auch durch diesen gegenwärtigen Polizeizustand des Unternehmertums nicht abhalten, die Pflicht als Streikposten zu erfüllen und wenn sie auch noch so sehr angeschauzt, und wenn sie auch verhaftet werden.

Verhältnisse in der Wäschebranche.

Geradezu unholdbare Zustände haben sich in der Wäscheindustrie eingebürgert. Nicht allein, daß die Arbeiterinnen nur sehr niedrige Löhne verdienen, wird den Näherinnen am Schluß der Woche noch ein Abzug von 2 bis 4 M. für Garn und Nadeln gemacht.

Ist es nun schon nicht begreiflich, daß die Arbeiterinnen dem Fabrikanten einen Teil des Rohmaterials bezahlen müssen, so hat die Firma Gebr. Vorhardt den Rodus eingeführt, daß sogar Lohnarbeiterinnen, die mit einem Lohn von 15 M. pro Woche eingestellt sind, am Schluß der Woche 2 bis 2,60 M. für Garn und Nadeln von ihrem Lohn abgezogen wird. Dieser Abzug wird auch nicht als Verdienst gerechnet, so daß die Arbeiterinnen auch noch in der Kranken- und Invalidenversicherung in ihrem Rechte geschmälert werden.

Bei den Heimarbeiterinnen liegen die Verhältnisse noch trauriger, da dieselben fast durchweg niedrigere Löhne wie die Kolleginnen in der Fabrik erhalten. Dann aber stellen sie dem Unternehmer noch ihre Maschine, ihre Wohnräume als Arbeitsraum zur Verfügung, müssen Licht und Heizung, gleichzeitig auch Garn, Nadeln und Del selbst bezahlen. Daß dieser Ausfall an Lohn usw. doch nur durch eine überlange, aufreibende, Nerven anstrengende Arbeitszeit gedeckt werden kann, ist wohl einem jeden Menschen erklärlich, nur nicht den Arbeiterinnen, sie leben dahin in ihrem Elend und sind apathisch gegen alles, was um sie vorgeht.

Da nun auch in hygienischer Beziehung bei der Firma Gebr. V. alles zu wünschen übrig blieb, haben die Arbeiterinnen endlich einmal dazu Stellung genommen. Zwei Fabrikversammlungen fanden statt.

Es wurde eine Kommission von 8 Personen gewählt, welche dem Chef 12 Forderungen unterbreitete. Alles wollte er bewilligen, nur nicht die freie Lieferung des Garnes und der Nadeln, da hier hauptsächlich der Geldbeutel im Betracht kommt, denn die Firma hätte dadurch einen Ausfall von 5-7000 Mark pro Jahr, dementsprechend weniger Verdienst.

Da die Arbeiterinnen an ihrer Forderung festhalten, der Chef nicht bewilligt, haben zirkel die Hälfte der Beschäftigten, 70-80 gekündigt. Hält der Chef an seiner Weigerung fest, so kommt es zum Ausstand. Daß die Inhaber Herr im Hause sein wollen und sich von niemanden Forderungen vorlegen lassen, werden sie sich hoffentlich, wenn sie sehen, daß die Arbeiterinnen fest und treu zur Organisation und an ihrer bescheidenen Forderung festhalten, weißlich überlegen.

Daß die Forderung der Arbeiterinnen gerecht ist, beweisen doch die Löhne von 9-16 M. pro Woche, wovon noch Garn und Nadeln in Abzug kommen.

Wir richten nun an alle Kollegen und Kolleginnen, gleichzeitig an alle Parteigenossen und Genossinnen, deren Frauen und Töchter in der Heimindustrie beschäftigt sind, die herzlichste Bitte, die Näherinnen in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. Niemand, keine Näherin, darf eher Arbeit bei der Firma Gebr. Vorhardt annehmen, bis die Differenzen geregelt sind. Bedenkt, Kolleginnen, daß dieser so schwere Kampf ein Kampf für Euch alle ist; unterliegen wir, so unterliegt auch Ihr, siegen wir, so ist der Sieg auch Euer.

Infererseits wird alles versucht werden, um die Differenzen auf feilschem Wege zu erledigen. Weist jedoch der Unternehmer auf seinem hartnäckigen Standpunkt stehen, so werden wir den Kampf aufnehmen und denselben durchzuführen, bis wir siegen. Wir sind jederzeit bereit zu Unterhandlungen, an dem Unternehmer wird es liegen, ob er den Kampf will.

Allen Fernstehenden aber rufen wir zu, tretet ein in unserem Verband.

Wir weisen auf die diesbezügliche Versammlungsanzeige im „Vorwärts“ hin.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Verband der Wäschearbeiter. Die Ortsverwaltung.

Der alte botanische Garten in Schöneberg ist, wie bekannt, nach der Fertigstellung der neuen Anlagen i. D. A. H. an eine Gesellschaft verpachtet worden, die unter anderem einen Sportplatz darin zu errichten gedenkt. Die Arbeiten hierzu sind denn auch in den letzten Wochen in Angriff genommen. An der Spitze steht ein Herr Eisner, der anscheinend auch in der Gesellschaft eine einflussreiche Rolle spielt. — Durch Inserat im „Local-Anzeiger“ wurden nun Gärtner und Arbeiter gesucht, die Lr. Herrn Eisner dann engagiert worden sind. Anstatt aber den üblichen Stundenlohn von 50 Pfennig für Landschaftsgärtner zu zahlen, wurden den beiden 40 Pfennig angeboten mit dem Versprechen, eine Zulage würde gewährt werden, sobald „man gesehen habe, wie die Arbeit fliehet!“ Die in Betracht kommenden Arbeiten sind rein landschaftsgärtnerischer Art. Es handelt sich um Planieren, Pflanzen, Verpflanzen usw. Auch in der vorigen Woche versprach Herr Eisner auf Verstellung eine Zulage; er sehe wohl ein, daß 40 Pfennig zu wenig sei. Als aber gestern sich die Gärtner bei ihm vorstellten, die versprochene Zulage in höflicher Weise fordernd, holte er einfach die Invalidenarten heraus und entließ jeden, der nicht für 40 Pfennig weiter arbeiten wollte, mit der Motivierung: „In einer Zulage lasse ich mich nicht zwingen!“ Herr Eisner weiß anscheinend, daß die Gärtner um diese Zeit in nicht geringer Zahl arbeitslos sind und so sucht er ihre Notlage zu einer durch nichts zu rechtfertigenden Vohndruckeri auszunutzen. Es wird in der gesamten Berliner Landschaftsgärtnerwelt sowie bekannt als geringster Lohn 45 Pfennig pro Stunde gezahlt; alle anständigen Unternehmer der Landschaftsbranche aber zahlen durchweg an eingearbeitete Arbeitskräfte 50 Pfennig, wie im Frühjahr 1908 beim Tarifabschluß vereinbart wurde. Möge der Tarif nicht mehr bestehen, so ist doch der durch ihn vereinbarte Lohn noch allgemein üblich. Bei einer Privatgesellschaft, die in eigener Regie die Arbeiten zu einem Sportplatz für die Geldmagnaten der Großstadt ausführen will, mühte man zum mindesten verlangen können, daß sie die Löhne an die Arbeiter zahlt, die von den Unternehmern der Landschaftsgärtnererei gezahlt werden. Spott die Gesellschaft doch ohnehin den sogenannten „Unternehmergewinn“, den sie sonst an den Landschaftsgärtnerunternehmer zahlen müßte. Damit scheint ihr aber nicht genug zu sein, sondern sie nutzt die schlechte Saison der Landschaftler aus, um auch die Löhne der Gärtner herabzudrücken auf ein Niveau, wo sie vor 1908 standen. Das ist jedenfalls ungehörig und verdient öffentlich gebrandmarkt zu werden.

Achtung, Metallarbeiter!

Bei der Firma Graf u. Co. in Neu-Stuppin haben die Aklempner wegen bedeutender Abzüge die Arbeit niedergelegt. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bezirksleitung für den III. Bezirk.

Die Träger in den Eisenbahnen Berlins und der Vororte haben beschlossen, den bestehenden Tarifvertrag, der bis zum 31. Dezember d. J. Gültigkeit hat, zu kündigen. Sie stellen einen neuen Tarifvertrag auf, der in verschiedenen Positionen Verbesserungen aufweist und erhöht den Stundenlohn für das Intragen und Abgeben von Kadein und Eisenzeug von 75 Pf. auf 1 M. Der Vertrag soll auf 2 Jahre festgelegt werden, vom 1. Januar 1908 bis

1. Januar 1908. Die Verhandlung ist beauftragt worden, den Tarifentwurf den Unternehmern zur Annahme zu unterbreiten. — Die Forderungen werden in der Hauptsache mit der allgemeinen Teuerung und deren weiter zu erwartenden Steigerung begründet.

Der Streit der Fliesenleger und Hülfsarbeiter der Firmen Rosenfeld u. Co., Villeroy u. Boch, Ende und Perino beschäftigte gestern Abend eine Versammlung der Fliesenleger und Hülfsarbeiter. Wie im Bericht der Lohnkommission mitgeteilt wurde, haben sich über 70 streikende Hülfsarbeiter zur Kontrolle gemeldet, was von einer über Erwartung großen Einnützigkeit zeugt. Eine Anzahl Fliesenleger sind bereits in Mitleidenschaft gezogen. Im allgemeinen, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, haben sich die Fliesenleger, soweit sie vom Streit der Hülfsarbeiter berührt wurden, solidarisch verhalten. Die vom Streit betroffenen Firmen sind offenbar schon in großer Verlegenheit. Rosenfeld u. Co. schickten der gezeigten Versammlung ein Schreiben, worin sie sich zu einigen, jedoch unwesentlichen Zugeständnissen bereit erklärten. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die von zirkel 450 Fliesenlegern und Hülfsarbeitern besuchte Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten der Lohnkommission bei der Verhandlung über den Tarif der Hülfsarbeiter einverstanden. Sie erklärt ferner, da das drückende Verhalten der Vertreter der genannten Firmen einen anderen Weg zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mehr zuließe, die Arbeitseinstellung der Hülfsarbeiter für gerechtfertigt. Die anwesenden Fliesenleger verpflichten sich, keine Arbeiten zu verrichten, die sonst die Hülfsarbeiter verrichteten, und erklärt die Zuwiderhandlungen hiergegen als eines organisierten Fliesenlegers unwürdig. Die Kommission wird beauftragt, infolge des der Versammlung zugegangenen Schreibens der Firma Rosenfeld u. Co. vor dem Gewerbeamt in Verhandlungen zu treten.“

Die Anwesenden wurden angefordert, genau auf die Versammlungsanzeigen im „Vorwärts“ zu achten, da in nächsten Tagen wieder eine Versammlung stattfinden soll.

Das Bureau der Lohnkommission der Fliesenleger-Hülfsarbeiter befindet sich Dragonerstraße 15 bei Patt, Telefon Amt III, Nr. 5028 und ist geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 7 1/2 Uhr täglich.

Deutsches Reich.

Der terroristische Beschluß der Räter Malenmeister, über den wir bereits telegraphisch berichteten, wurde gefaßt in einer von der freien Innung veranstalteten Versammlung, zu der jedoch nur 80 Meister erschienen waren, wovon fünf gegen den Beschluß stimmten. Einem Redner, der meinte, man solle nur die Mitglieder der freien Gewerkschaft ausgrenzen, erwiderte man, es dürfe kein Unterschied zwischen frei- und christlichorganisierten Gehilfen gemacht werden; beide Organisationen seien (im verflochtenen Frühjahr) mit gleich maßlosen Forderungen an die Meister herangetreten, und beide Organisationen müßten vernichtet werden. Der Zweck der Ausgrenzung ist, die Gehilfenverbände zu verhindern, im kommenden Frühjahr Lohnforderungen zu stellen. Der Beschluß, am 1. September alle Gehilfen zu entlassen, die bis dahin nicht aus ihrem Verbandsausgeschieden seien, wurde schon Anfang April dieses Jahres im Anschluß an den Ausstand der Maser von einer Versammlung von 200 Meistern gefaßt. Die Arbeiter haben sich aber um die verdrückte Drohung nicht gekümmert und sind ihren Organisationen vollzählig treu geblieben. Die Verbände zu zerstören, wird den Innungsbrüdern schon deshalb nicht gelingen, weil nur ein nicht besonders erheblicher Bruchteil der Unternehmer dem Beschluß Folge leisten wird. Die schwarze Liste, die man angefertigt hat, enthält nur 200 Namen, also wohl kaum den fünften Teil der Organisierten. Die Zentrumspresse wendet sich ebenfalls scharf gegen den Ausgrenzungsbeschluß. Wenn nur die Mitglieder der modernen Organisation gemahregelt würden, verlor diese Blätter kein Wort. Die Freiheit der Unternehmer kann man erst in ihrer vollen Größe erkennen, wenn man bedenkt, daß in der nächsten Versammlung, die die Vernichtung der Gehilfenorganisation beschloß, eine Kommission gewählt wurde, um durch Umwandlung der freien in eine Zwangsinnung eine größere und festere Organisation der Unternehmer zu schaffen.

Der Streit der Korn-Akkordischarienten in Hamburg ist beendet. Die am Montagabend stattgehabte Versammlung der Ausständigen erklärte sich mit dem schon telegraphisch mitgeteilten Ergebnisse der Verhandlung zwischen den Reedern, Schiffsmaklern und Stauern einerseits und den Vertretern der Arbeiter andererseits einverstanden. Der Erfolg des dreitägigen Lohnkampfes besteht in einer Lohn-erhöhung von etwa 10 Proz. und in der Beseitigung der ärgsten Mißstände bei der Arbeitsmethode etc. Am Dienstagmorgen wurde die Arbeit auf sämtlichen Getreidedampfern aufgenommen.

Zusland.

Der 13. Kongreß der französischen Metallarbeiter, der dieser Tage in Paris zu Ende gegangen ist, beansprucht ein größeres Interesse auch außerhalb des eigenen Berufes und über die Grenzen des Landes hinaus. Die französischen Gewerkschaften kennen nicht die strikte Zentralisation, wie sie in Deutschland durchgeföhrt ist; die einzelnen Syndikate (lokale oder Berufsgruppen) haben eine ziemlich weitgehende Selbständigkeit. Der französische Metallarbeiter-Verband gehört immerhin zu den Verbänden, die eine größere Zentralisation anstreben. Ein besonderer Mangel der französischen Gewerkschaften sind die niedrigen Beiträge; nicht mit „gefüllten Kassen“, sondern mit dem „Eien“, der „Vegeisterung“ wollen die französischen Arbeiter ihre wirtschaftlichen Kämpfe führen. Auch mit der Methode der kleinen Beiträge will der französische Metallarbeiter-Verband brechen, will nach dem Muster der deutschen Gewerkschaften in Zukunft für gefüllte Streiklisten sorgen. Unterstützungen einführen, vor allem aber durch Anstellung besoldeter Beamter, wie Gauleiter usw., eine festgeföhnte mächtigere Organisation zu schaffen. Dazu gehört aber Geld, und deshalb stand die Erhöhung der Beiträge auf der Tagesordnung. Nach erregten Debatten wurde beschlossen, daß die Syndikate in Zukunft 30 Centimes pro Mitglied und Monat an die Zentrale abführen, anstatt 20 Centimes wie bisher. Die Mitteilungen Schlickes, des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der in Paris anwesend war, über die Leistungen des mächtigen deutschen Verbandes dürften das ihrige zu dem erfolgreichen Resultat mit beigetragen haben.

Verfammlungen.

Partei und Gewerkschaft. Ueber dieses Thema sprach Jäck, der Angestellte des Verbandes der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter am Montag in einer Mitgliederversammlung dieses Verbandes. Der Redner führte aus, er wolle aus Anlaß der Diskussionen, die sich an den Kölner Gewerkschaftskongreß knüpften, die Frage erörtern, ob die Behauptung, die Gewerkschaftsbewegung versumpte, begründet sei, und ob nicht auch in den politischen Organisationen der Sozialdemokratie Erscheinungen zutage treten, die Anlaß zu Erörterungen geben, Erscheinungen, die man nicht unbeachtet lassen dürfe. — In der Hand der Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung zeigte der Redner, daß sich das Unternehmertum nicht um seiner selbst willen in den Gewerkschaften entwickelt habe, sondern daß es nur ein Mittel sei, um Mitglieder zu gewinnen und an die Organisation zu fesseln. Ohne solche Mittel würden die Gewerkschaften nicht über eine so große Zahl von Mitgliedern verfügen als sie haben müssen, um ihre Aufgabe: die Lage der Arbeiter zu verbessern, erfüllen zu können. Die Anlagen, daß es in den Gewerkschaften an dem wünschenswerten Maß politischer Aufklärung fehle, seien berechtigt, aber die Unternehmenseinrichtungen seien nicht schuld an dieser Erscheinung. Sehr viele Arbeiter seien noch so weit zurück, daß sie, obwohl gewerkschaftlich organisiert, kaum wissen, was eine Gewerkschaft zu bedeuten hat. — Einzelne gewerkschaftliche Führer hätten sich wohl den Anschein gegeben, als ob sie vom Klassenkampf der Arbeiter, nichts wissen wollen, aber das seien doch nur Ausnahmen, und wenn solche Personen eine führende Stellung in

ihrer Gewerkschaft einnehmen können, so seien die Parteigenossen daran schuld, die in ihren Gewerkschaften nicht dafür sorgen, daß nur prinzipiellste Leute an die Spitze gestellt werden. Wenn die organisierten Parteigenossen in dieser Hinsicht ihre Schuldigkeit nicht tun, dann solle man nicht sagen, die führenden Gewerkschaftler kümmern sich nicht um die Partei. Die wenigen Personen, die alle Arbeiten für ihre Gewerkschaften verrichten müßten, könnten sich natürlich nicht so eingehend am Parteileben beteiligen, weil ihnen nicht die Zeit dazu übrig bleibe. Andererseits gebe es auch viele politisch tätige Arbeiter, die sich wenig um die Gewerkschaft kümmern. — Früher, als die Partei noch kleiner war, habe sich jeder Genosse mit großer Freudigkeit und Hingebung an den Parteiarbeiten beteiligt. Seitdem die Wahlvereine zwar stark an Zahl, aber der Kreis der Genossen, die bei den Parteiarbeiten auf dem Posten sind, sei kaum größer wie in früheren Zeiten und der Arbeitseifer der meisten organisierten Parteigenossen lasse viel zu wünschen übrig. Das könne man jetzt bei jeder Flugblattverbreitung sehen. — Genosse Meißner sage in einem Artikel der „Neuen Zeit“, die Gewerkschaften würden mit allen Mitteln Mitglieder zu gewinnen. Diese Behauptung habe wohl eine gewisse Berechtigung; aber einen Vorwurf könne man den Gewerkschaften daraus nicht machen, denn sie brauchen eine starke Mitgliederzahl, um ihre eigentlichen Aufgaben zu erfüllen. — Wie stehe es denn aber mit den politischen Organisationen? Auch in den Wahlvereinen suche man Mitglieder um jeden Preis zu gewinnen und es würden manchmal Leute aufgenommen, die gar keine Sozialdemokraten sind. Von den Wahlvereinen müsse verlangt werden, daß sie nur überzeugte Parteigenossen aufnehmen, denn was man den Gewerkschaften zugute halten könne: die Notwendigkeit einer möglichst großen Zahl, wenn auch noch nicht völlig von den gewerkschaftlichen Aufgaben durchdrungener Mitglieder, das gelte für die Parteioptionen nicht. Diese sollten eine Sammelstelle der bereits überzeugten Sozialdemokraten sein. Es komme aber vor, daß Geschäftsleute, die gar nicht daran denken, Sozialdemokraten zu sein, dem Wahlverein beitreten. — Wenn es einmal erforderlich ist, daß jeder mit seiner Person für die sozialdemokratischen Anschauungen eintritt, dann könne man sich auf viele Wahlvereinsmitglieder auch nicht verlassen. — Es gebe keine Notwendigkeit dafür, daß sich Partei und Gewerkschaften gegenseitig Vorwürfe machen. Weich sei in der Gewerkschaft nicht alles so, wie man es wünschen könne, man müsse aber auch einsehen, daß auch in der Partei manches nicht in der Ordnung sei. — Partei und Gewerkschaften müssen Hand in Hand gehen, beide haben dafür zu sorgen, daß die Arbeiter zu Erkenntnis ihrer Massenlage kommen. Auf beiden Seiten, in der Partei wie in der Gewerkschaft habe die Aufklärung der Mitglieder nicht Schritt gehalten mit der Vergrößerung ihrer Zahl. — Mit dem Stimmzettel können wir die kapitalistische Gesellschaft nicht stürzen, deshalb müssen die Arbeiter durch ihre Organisationen so erzogen werden, daß sie bereit sind, erforderlichenfalls ihre ganze Persönlichkeit einzusetzen für ihre Ideale. — Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze im allgemeinen zustimmende Diskussion.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Am Sonntag, den 3. d. M., tagte in Voigts Rittersälen eine Versammlung des Betriebspersonals der sämtlichen Zentralen und Unterstationen der Berliner Elektrizitätswerke. Nachdem der Verbandsvorsitzende Kirchner einige Ausführungen betreffend Organisation sowie Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises der Maschinisten und Heizer seitens der Betriebswerke gemacht hatte, wurde Bericht über die am 20. sowie 27. v. M. stattgefundenen Ausschusssitzungen mit der Direktion gegeben. Das Maschinenpersonal erhält teilweise nach Abzug der Ruhegehaltsbeiträge, Invaliden- und Krankenkassenbeiträge 19-20 M. pro Woche, die Heizer betragen 35-47 1/2 Pf. pro Stunde. Es wurde nun in der ersten Sitzung ein Antrag auf Lohnaufbesserung von durchschnittlich 5 Pf. pro Stunde mit einem ausgearbeiteten Lohnantrag vorgelegt. Ein Lohnantrag hat zwar auch bisher bestanden, jedoch wurden Löhne nach Willkür der Betriebsleitungen resp. Obermeister bezahlt. Der Direktor Datterer erklärte die Ausschusssmitglieder, die nicht der Direktion als Werkzeuge dienen wollten, sondern die Interessen ihrer Kollegen vertreten, als Heizer. Es wurde nun seitens der Direktion der Arbeiterchaft ein Lohnantrag vorgelegt, welcher den Lohn brodentweise um 2 1/2 Pf. pro Stunde aufbessern sollte, mit der Bemerkung, daß Herr Direktor Datterer nicht in der Lage sei, bei der Gesamtdirektion einen anderen Lohn beschwören zu können. Betreffs Änderung der Ausschusstatuten erklärte die Direktion, daß dieselben gedruckt seien und sich nichts daran ändern lasse, obgleich ein Paragraph besagt, daß die Statuten nach Anhörung der Ausschusmitglieder geändert werden können. Bei Vorlegung anderer Beschwerden, welche schon früher bei den Betriebsleitungen vorgebracht worden sind, erklärte Herr Direktor Datterer, daß dies durchaus nicht zu den Funktionen des Ausschusses gehöre; mithin hat offenbar nach Ansicht des Herrn Direktors der Ausschus nur dekorative Zwecke. — Es wurde festgestellt, daß einem Ausschusmitglied der Zentrale Oberspreewaldes Unterstützungsgehalte einer seitens der Betriebsleitungen beschäftigten Unterstützungsstelle ausbezahlt, im Wiederholungsfall mit Entlassung gedroht wurde. — Die Versammlung beschloß, der Direktion folgende Resolution vorzulegen:

„Die heute hier in Voigts Rittersälen tagende, von allen in den Betriebszentralen der B. E. W. beschäftigten, von zirkel 900 Personen besuchte Versammlung protestiert energisch gegen die Ausführung des Herrn Direktors, daß die Arbeiterausschusmitglieder Heizer seien. Die Versammlung betont, daß die Anträge, die der Arbeiterausschus der Direktion überreicht hat, von seitens der Arbeiterchaft gestellt sind, und fordert den Ausschus auf, energisch die Forderungen der Arbeiterchaft zu vertreten.“ — Gleichfalls wurde ein Antrag angenommen, für alle Kategorien fünf Pfennig Ausschlag pro Stunde durchzudrücken.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Demonstration der Ausständigen in Longwy.

Longwy, 12. September. (B. Z. V.) Tausend ausländische Arbeiter veranstalteten heute morgen eine Kundgebung unter Abfingern der Internationalen. Eine Dragonerabteilung suchte dieses zu verhindern. Bei dem sich entspinrenden Handgemenge wurde ein Ausständiger belgischer Nationalität getötet.

Feuerbrünste.

Wemel, 12. September. (B. Z. V.) Das „Wemeler Dampfboot“ meldet: Letzte Nacht wütete in Polangen, dem nächstgelegenen russischen Städtchen und Seebade, eine große Feuerbrunst, bei der über 50 Häuser ein Raub der Flammen wurden. Gerettet wurde, zum Teil infolge Mithilfe der Wemeler Feuerwehr, die nachts um 11 1/2 Uhr telegraphisch zu Hilfe gerufen wurde, das Schloß des Grafen Tschizkewitz, die Post, das Gerichtgebäude, die neuerbaute Kirche und einige andere öffentliche Gebäude. Das Kurhaus, die Badeanlagen und das Bootshaus an der Grenze brannten ebenfalls nieder.

Budapest, 12. September. (B. Z. V.) Die Ortschaft Ragh Szabol (Szepeser Komitat) ist heute niedergebrannt. Ueber hundert Häuser und zahlreiche Nebengebäude wurden ein Raub der Flammen.

Die Cholera.

Bromberg, 12. September. (B. Z. V.) Ein Arbeiter in R a f e l, eine Ortsarme in U s c h und ein Fischer in P a b i s c h i n, die Choleraerkrankten waren, sind gestorben; ferner sind in R a f e l ein Arbeiter und in Carlsdorf (Mühle) eine Schiffseignersfrau, die Choleraerkrankten waren, gestorben. Bei einem Arbeiter, der als Choleraverdächtig in die Ueberwachungsstation Czarnikau gebracht war, konnte Cholera nicht festgestellt werden.

London, 12. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach amtlichen Berichten sind im Monat August in Indien und Birma 7818 Todesfälle an Cholera vorgekommen, von denen 5592 auf die Präsidentschaft Bombay entfielen.

Debatten über Wenn und Aber.

VII.

Die deutsche Sozialdemokratie ist in der zugleich leichtesten und schwierigsten Situation gegenüber allen Vorkriegsparteien.

Ihre innere Taktik ist kaum durch irgend welche ernstlichere, wenigstens durch keine die Aktion unmittelbar entscheidenden Probleme bedrängt. Seitdem die Partei auf allen Gebieten die Beteiligungspolitik vertritt — der letzte wichtigste Streifzug war die Stellung zu den preussischen Landtagswahlen — hat es keine Fragen dieser Art mehr gegeben. Die deutsche Partei hat nicht mit den nationalen Schwierigkeiten zu ringen, wie in Oesterreich, wo eine unkluge und nervöse Führung leicht Konflikte innerhalb des Proletariats zur Folge haben würde. Auch die geistige Depression, der eine literarisch gegängelte Mittelstandsbewegung das politische Leben des Landes ausliefert, war bei dem jähren Uebergang zum großkapitalistischen Industriestaat, wie er sich im Deutschen Reich vollzog, niemals eine stärkere Gefahr. Uns sind all' die bedenkliehen parteidiplomatischen Wirtungen erspart, welche die prinzipielle Sicherheit der Sozialdemokratie in demokratischen Staaten mit entwickeltem Parlamentarismus bedrohen; es gehört dort ein niemals schmunzelndes Gesicht dazu, zugleich den Bedingungen dieser politischen Technik und den Ansprüchen des Klassenkampfes zu genügen. Das deutsche Proletariat hat ferner die Fähigkeit zur bisziplinierteren Organisation und zur finanziellen, opfernden Wirtschaftlichkeit, unter deren Mangel die romanische Sozialdemokratie vielfach leidet. Unsere Vereine, unsere Presse, unsere Literatur, unsere Finanzen gedeihen glänzender als in irgend einem anderen Lande. Unsere Entwicklung hemmt nicht die politische Indifferenz, die auf dem Proletariat Englands und auch Amerikas lastet. Die reaktionäre fast unterschiedslose Einheit, in der sich nunmehr alle Richtungen der herrschenden Klassen zusammengefunden haben, behütet uns vor unklaren Vermischungen mit gegnerischen Gruppen, erspart uns die Schwankungen und Enttäuschungen einer Kompromisspolitik, verlegt uns glücklicherweise den Weg zu dem Verhängnis einer Konzeptionspolitik.

Dermaßen ist, von innen betrachtet, keine Sozialdemokratie so leicht und glatt zu leiten, wie die deutsche. Wie erklärt es sich nun aber im Gegensatz zu dieser inneren Sicherheit und Einheitslichkeit, daß gerade die deutsche Partei seit Jahren nicht mehr aus den Nüchternheiten, Parteifragen, Diskussionen, Fällen herauskommt, und oft um einzelne Punkte und Personen sich mit einer Erbitterung rauft, als ob es sich um Kämpfe auf Leben und Tod handelte. Man vergleiche etwa die „Wiener Arbeiterzeitung“ mit dem „Vorwärts“. Dort, auf zerstückeltem Boden, wo die Führer gleichsam auf Glascherben gehen müssen, wo ein äußeres, dentliches Maß von Einsicht, Geschicklichkeit, Geduld und persönlicher Entfaltung dazu gehört, um die mannigfachen Elemente zusammenzuhalten, findet sich nur ganz selten eine „Stellungnahme“, eine innere Parteidiskussion, und niemals etwas von Prinzipienretterei oder Parteikalkül; Man führt den Kampf gegen den äußeren Feind, und die inneren Schwierigkeiten werden durch die Tat überwunden, nicht durch das Wort geschärft. Dagegen wachsen bei uns die Stellungnahmen, Parteifragen, Richtungen und Rettungen wild, bisweilen sieht es aus, als ob wir alle, wie in einer aufgelösten, undisziplinierteren Disziplinierergesellschaft, durcheinanderfahren und aufeinander losgehen und manch einem nimmt der „Vorwärts“ noch nicht einmal oft und schneidig genug Stellung.

Will man diesen selbstamen Widerspruch, daß eine innerlich so gefestigte, feste und mächtige Partei dennoch aus dem Hader sich nicht herausfinden entschließen kann, nicht ganz auf persönliche Einflüsse zurückführen, so gibt es nur eine sachliche Erklärung: Das ist die ungeliebtere Schwierigkeit unserer äußeren Parteipolitik, der empfindliche Abstand zwischen unserer inneren Parteikraft und den möglichen Außenwirkungen auf die allgemeinen Verhältnisse unseres Landes. Diese glänzende, durch und durch gesunde und leistungsfähige Dreimilionspartei ist immer noch, soweit die Wirkung nach außen in Frage kommt, mehr auf — Kautsky verzeihe! — moralische als auf reale Einflüsse angewiesen, obwohl auch die praktischen Errungenschaften keineswegs unbedeutend sind. Wir bilden und festigen unsere eigene Macht, aber welche angemeinerten Erfolge setzen wir mit dieser Macht durch? Die reaktionäre Staatsgewalt als die Organisation der herrschenden Klassen und Parteien ist bis an die Zähne gerüstet. Es gibt nicht, wie in anderen Ländern, irgend einen den Zusammenprall lindernden Puffer zwischen den beiden Welten. Nicht einmal eine Schicht freizeitlebiger, gesinnter und sozial gestimmter unabhängiger Intellektueller hat sich in Deutschland gebildet, die geeignet wäre, die öffentliche Meinung in einem dem Proletariat günstigen Sinne zu erzeugen. Gelegentliche soziale und liberale Anwandlungen und Aufwallungen dieser Elemente würden vor einer ernsthaften Prüfung niemals standhalten. Die deutsche Sozialdemokratie ist stärker und einheitlicher, besser bewehrt und bewaffnet, als die irgend eines anderen Landes, aber in demselben Maße sind auch unsere Feinde innerlich geschlossener, rücksichtsloser und rücksichtiger. Aus dieser Situation des Wartens herauszukommen, das ist das Problem der deutschen Sozialdemokratie, das unser ganzes Sinnen beschäftigen sollte, und dessen Lösung sich immer noch erträglichste Lösung ist: daß über die Not des Wartens die Lust des Behrens nicht etwa nur hinweggaulert, sondern vielmehr tatsächlich hinausführt. Diese unendliche Schwierigkeit der äußeren Taktik schlägt nun, damit es doch aussehe wie Tat und Lösung, vielfach nach innen. Wir mühen uns an inneren Parteifragen ab als Ersatz für die Frage aller Fragen: Wie nehmen wir dem Feinde die politische Macht? In einer gewissen hitzigen Vorliebe für die Diskussion von Entwicklungstendenzen und Zukunftsmöglichkeiten tritt unmittelbar zutage, wie das Problem der äußeren Machteroberung in innere Taktikdiskussion umschlägt.

Nicht als ob wir mit diesen Bemerkungen sagen wollten, daß es keine wirklichen inneren Parteifragen gäbe. Ganz im Gegenteil. Wir haben sogar sehr wichtige Aufgaben, wie die Agrarfrage, auf halbem Wege liegen lassen. Die Unklarheit der in manchen Parteikreisen herrschenden Stimmung, dieses dämpfe und dunkle Gefühl der parteigenössigen Unzufriedenheit zeigt vielmehr darin seine üblen Wirkungen, daß wir über die Parteidiskussionen nicht hinwegkommen, daß wir kein Ende finden, immer nur wiederholen, indem wir nur die allzu abgebrauchten Richtungsworte gelegentlich ändern. Dabei spielen dann manche polemisch entgleisende Persönlichkeiten noch infosern ohne verderbliche Rolle, als sie jede ernstlichere Parteifrage mit tödlicher Sicherheit auf dem schnellsten Wege in einen literarischen Kalkül verwandeln. Es ist eine durchaus falsche Unterstellung, wenn man uns nachfragt, wir erklärten jede sachliche Differenz für persönliches Geizhals. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns aber, und wir glauben auch nachgerade die ganze Partei überzeugt, daß gewisse literarisch-

führende Parteigenossen überhaupt die Fähigkeit verloren haben, eine ersprießliche, sachlich fruchtbare Debatte zu führen. Wird nun gar jede aufkeimende Frage sogleich, im ersten Atemzug, zu einer peinlichen Kierenprüfung parteigenössischer Gesinnungstüchtigkeit, so muß notwendig jenes widerwärtige, parteischädliche, sinnlose Streiten herauskommen, das uns um allen Ertrag der Erörterungen bringt. Hierzu kommt noch, daß unserer Zeit überhaupt die Fähigkeit in hohem Grade mangelt, die Technik einer methodologisch geklärten und geschärften Debatte zu beherrschen. Man dalgt sich mit Worten, denen jeder einen anderen Begriff unterschiebt, widerlegt am liebsten entrüstet das, was der parteigenössische Gegner weder erfragt, noch gedacht hat, spielt mit herausgelegten Sakramenten Fangball, erhebt sich immer mehr, schreit immer lauter, und wenn man gar nicht mehr weiter kann, freischt man den Ruf: „Schuttmann! Der Kerl muß raus!“ In diesen Kreislauf der Debatten haben wir uns so sehr gewöhnt, daß manch einer mit diesem rettenden Schluffeffekt der Einfachheit halber gleich beginnt.

Wir haben es stets als die vornehmste Aufgabe eines führenden Parteiblattes — und von Rechts wegen sollte jedes Parteiblatt führen — betrachtet, eine auftauchende Parteifrage zuerst auf ihre Wichtigkeit und Wesentlichkeit zu prüfen, sich nicht von jedem Winde lenken zu lassen, sich nicht sofort in jede Bagatelle Hals über Kopf hineinzufürzen. Wir haben manchen Vortwurf und herben Tadel hören müssen, wenn wir in plötzlich aufbrausenden Stürmen kühl und aufrecht blieben, man nannte das wohl auch Vertuschen und Verleugern oder sonstwie. Wenn wir aber jetzt an uns die inneren Fragen vorüberziehen lassen, die in den letzten Jahren an uns schicksalwichtig vorbeigerast sind, und wenn wir uns fragen, was bei alledem herausgekommen ist, dann empfinden wir eine gewisse Genugtuung, daß wir nicht den Pitzackurs zwischen Erregung und Vergessen mitgemacht haben. Wer erinnert sich heute noch an das, was uns einst in erbittertem Hader widereinander trieb?

Dem ist das Wunderbare oder auch — Selbstverständliche: Der ganze Aufwand unserer Parteidiskussionen der letzten Jahre hat unsere Taktik nicht um die Breite eines Strohhalmes nach rechts oder links gelenkt, hat unser Programm in keinem sachlichen Punkte geändert, ja nicht einmal zur Ausmerzung von etwaigen Schönheitsfehlern geführt.

Aber eine andere unliebsame Wirkung haben wir zu spüren: Die Diskussionen über prinzipielle und taktische Fragen haben, weil sie fast regelmäßig in Krakeel ausarteten, zu einer bedauerlichen Abneigung der Parteigenossen gegen derartige Auseinandersetzungen überhaupt geführt und dem Ansehen der „Literaten“ starken Abbruch getan. Wir hatten ja nicht nur Erörterungen, denen doch bei Beginn wenigstens etwas Sachliches zu Grunde lag.

Daneben entwickelte sich vielmehr noch in ein paar vereinzelt, aber tüchtigen Partei-Organen ein systematisches Aufpassertum. Unter „Stellungnahme“, unter „prinzipieller Aufklärung“ verstanden diese misleiteten Köpfe den strebsamen Eifer im Entdecken irgend welcher wirklichen oder auch nur vermeintlichen Verstöße gegen unsere Parteigrundsätze; jede einzelne Aufspürung solchen Frevels führte ja zur Steigerung des Bewußtseins der eigenen Aufgeklärtheit und prinzipieller Durchbildung über die armen Schächer oder böshafte Leugner. Wir haben es nie verstanden, daß Parteigenossen, denen unsere Sache nicht nur ein Spiel des eigenen Wiges und des persönlichen Durchsehens ist, sondern denen sie heiligster Lebensinhalt, das Leben geradezu ist — wie solche Männer eine Freude an der Betätigung finden könnten, jeden Tag triumphierend ein paar „Parteifrevler“ aufzusuchen. Ist die deutsche Partei wirklich so viel schlechter als etwa unsere österreichische Vorkriegspartei, wo man derartige Spektakel nicht inszeniert, sondern verhütet?

Wir können uns den Vortwurf nicht ersparen, daß wir in den letzten Jahren uns zu zurückhaltend diesem Treiben gegenüber verhielten; wir glaubten, die Krankheit würde von selber heilen. Wir haben uns getäuscht, und so wurden wir schließlich, sehr gegen unsere Neigung, zu dem Entschluß gedrängt: einmal derb und deutlich auszusprechen, was ist. Das Treiben muß ein Ende nehmen!

Erschwertere Schwankungen in unserer Parteiauffassung knüpften sich an die Ueberschätzung des letzten wirtschaftlichen Aufschwunges und an gewisse englische Einflüsse. Auf drei Parteitagen haben wir uns mit diesen Tendenzen auseinandergesetzt. Wir haben sie mit steigender Entschiedenheit und mit einer fast bis zur Einstimmigkeit wachsenden Mehrheit zurückgewiesen. Nun, sollte man meinen, wäre die Frage endgültig erledigt. Eine Dreimilionspartei hat doch wichtigere Aufgaben als immer dieselben Entscheidungen aufs neue ins Endlose zu wiederholen. Aber nein! Wir können ohne diese Diskussionen, die — wie gesagt — unsere prinzipielle und taktische Haltung nicht um einen Hauch verändert haben, anscheinend nicht mehr leben, wir schlagen immer dieselben Zitate noch einmal tot, und läuten noch immer die Sturmgloden, obwohl das Häuflein Mähe bereits verweht ist, das von dem in Rauch aufgegangenen Kartenschaufel übrig geblieben ist — wir läuten und läuten noch immer. Manchmal scheint es sogar, als ob einer oder der andere die blödsinnigen Eingebungen unserer Gegner für Offenbarungen tiefer Weisheit hält. Allerdings dürfen sie nicht so dick auftragen, wie das in den am Sonntag im „Vorwärts“ mitgeteilten, und mit Recht kaum eines Wortes gewürdigten Zitaten der „Kölnischen Zeitung“ geschah. Da wurde das Blaue vom Himmel herab „gemauert“. Die Tarifverträge und Versicherungsvereinigungen der Gewerkschaften wurden als Beweis „einer Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern“ anerkannt, als die „innere Ueberwindung des von der sozialdemokratischen Seite betonten Klassencharakters“. Wie mag sich dieser launliche Liebhaber mit der schrecklichen Erscheinung abfinden, daß die Gewerkschaften für reine Arbeiterkammern eintreten, die politische Partei dagegen bisher für paritätische Arbeitskammern? Werden wir wohl morgen in der „Köln. Ztg.“ lesen, daß — nach jener Erscheinung — die schlimmen Gewerkschaften die bodenbeinigsten Klassenkampfmanier seien, während sich die politische Sozialdemokratie mit dem Unternehmertum abfinde? Derselbe rheinische Karnevalist erzählte, die Gewerkschaften hätten 1903 einen Sieg gegen die offizielle Parteileitung erzwungen, weil — Que, Sache, Körfien u. a. gewählt worden seien. Schließlich hat sogar die Fraktion sich schweigend „den veralteten marxistischen ersten Teil des Erfurter Programms“ unter den Tisch fallen lassen, die revolutionäre, radikalere, marxistische Presse abgeschüttelt und den Bebelischen Zukunftsstaat verleugnet. Schauderbar, höchst schauderbar! Und alles dies hat dieselbe — „offizielle Parteileitung“ in eigener Person getan, die doch noch auf die „marxistische Richtung“ schwört. Man sieht, daß unsere Parteidiskussionen unseren Gegnern die Hirne völlig benebelt haben. Aber leider werden auch in unseren Reihen, wenn auch natürlich niemals in so alberner, unsinniger Form, bisweilen ähnliche Allgemeinheiten laut.

Manche Parteigenossen halten es z. B. für notwendig, immer noch über unsere festeste und sicherste Einsicht so zu philosophieren, als ob für sie irgend eine Gefahr bestände: über den Klassenkampfcharakter der sozialdemokratischen Bewegung, der doch wahrhaftig, namentlich in Deutschland, niemand irgendwie herborgel oder verschleiert sein kann. Kein Parteigenosse hat jemals dies Grundprinzip unserer Bewegung in Frage gestellt, daß das Proletariat als Klassenpartei die Ueberwindung der Klassen erstrebt. Und auch über das Verhältnis des Proletariats zu den Ausgebeuteten anderer Klassenschichtungen hat niemals ein Zweifel bestanden: Ist einmal das Proletariat eine Macht geworden, dann bleibt es nicht allein, dann ziehen seiner Fahne auch aus den anderen ausgebeuteten Klassen Kräfte zu, aus den Proletariern der geistigen Arbeit, den Kleinbürgern und Kleinbauern, die bisher den konservativen und liberalen Klassen nachgelaufen sind. Gleich den Proletariern sehen Bauern, Kleinbürger und besitzlose „Gebildete“ sich ausgeschlossen von all den glänzenden Errungenschaften der modernen Produktion, die einzig und allein den Kapitalisten und Großgrundbesitzern, den Monopolisten der großen gesellschaftlichen Produktionsmittel, zugute kommen und die nur durch die Verwandlung dieses Privateigentums in Gemeineigentum allen zugänglich gemacht werden können. Die Arbeiterklasse vertritt in diesem Kampfe nicht bloß ihre eigene Sache, als die unterste der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen, die in letzter Linie unter jeder Art von Ausbeutung und Druck zu leiden hat; auch wenn sie dadurch nicht unmittelbar berührt wird, sieht sie in jedem Ausbeuter und Unterdrücker ihren Feind und bekämpft sie die Ausbeutung und Unterdrückung der kleinen Beamten und sonstigen Kopfarbeiter sowie der Bauern und Kleinbürger ebenso entschieden wie die eigene.

Weder nach dem sozialen Personenkreis noch nach dem Inhalt unseres Programms ist irgend eine Verwirrung über den zugleich zweiten und klar abgegrenzten Begriff unseres Klassenkampfes denkbar. Ist doch gegenüber den Eugen Richterschen Auffassungen von der professionellen Beschränktheit des Klassenkampfes auch die Auffassung sicherer Gemeingut unserer Partei, daß, wenn jemals der (stillschweigend undenkbar!) Fall eintreten würde, daß berufliche Arbeiterinteressen mit den allgemeinen Kulturinteressen gegensätzlich zusammenstießen, die Kulturinteressen den Vorrang hätten.

Ist es da wirklich noch notwendig, über den Klassenkampf Parteidiskussionen zu veranstalten? Das heißt doch wahrlich, immer wieder von Anfang an zu beginnen.

Indessen, so verständig und kautsky, es habe doch äußerst wichtige Fragen gegeben, die wir schmächtig vernachlässigt oder verdunkelt hätten. Schauen wir uns die kautsky'sche Liste der letzten Streitfälle zwischen ihm und uns an!

Aus der Partei.

Parteitag und Parteivorstand.

Genosse Kautsky erörtert in der „Neuen Zeit“ zwei Fragen der Partei-Organisation, nämlich die Organisation des Parteitag und die Zusammenfassung des Parteivorstandes. Zum ersten Punkte macht er nach Prüfung einer Anzahl der für die Zusammenfassung des Parteitages beziehungsweise ihrer Aenderung geltend gemachten Gesichtspunkte den Vorschlag, es solle bei wichtigen Bestimmungen nicht nach Köpfen abgestimmt werden, sondern nach der Zahl der Reichstagswählerstimmen, so zwar, daß jeder Kreis zwar nach dem bisherigen Modus Delegierte entsenden könne, daß er aber unabhängig davon für eine bestimmte Quote seiner Wählerstimmen je eine Stimme abzugeben hätte. Die Delegierten jedes Kreises hätten sich im Falle der Anwendung dieses Abstimmungsverfahrens über ihre Abstimmung zu einigen. Wo nur zwei Delegierte vertreten sind, die sich über ihre Abstimmung nicht einigen können, sollen die Stimmen ausfallen. Diesen Modus will er auch bei der Wahl der Parteivorstände anwenden sehen. Die Feststellung der Stimmzahlen soll nach jeder Reichstagswahl vorgenommen werden und bis zur nächsten gelten. Sehr praktisch erscheint uns dieser Vorschlag nicht. Wir ziehen die Abstufung der Zahl der Delegierten nach der Zahl der organisierten Genossen vor.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß Genosse Schwarz Lübeck auf dem mecklenburgischen Parteitage den Gedanken anregte, die Vertreter der Parteipresse sollten auf dem Parteitage antworten sein. Er erhofft davon den Ausgleich vieler Differenzen.

Kautsky erwägt auch eine Vermehrung und veränderte Zusammenfassung des Parteivorstandes. Ausgehend von dem Gedanken, daß ein engeres Zusammenwirken zwischen Partei und Gewerkschaften wünschenswert sei, schreibt er:

Es wäre überhaupt wünschenswert, daß im Parteivorstand alle Seiten des proletarischen Klassenkampfes ihre Vertretung fänden. In den Parteileitungen der meisten sozialdemokratischen Parteien des Auslandes ist das mehr oder weniger der Fall. In der Leitung der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs zum Beispiel ist nicht bloß die Reichsratsfraktion vertreten, sondern auch die Parteipresse, die Gewerkschaften, mitemer auch die Frauenbewegung, ja — horribile dicta — wir finden darin sogar Genossen, die leitende Stellen in Konsumvereinen und Krankenvereinen einnehmen. Natürlich werden sie nicht von diesen Institutionen entsendet, sondern als Parteigenossen vom Parteitag gewählt. Ihre Haltung und Befähigung als Parteigenossen kommt in erster Linie in Betracht. Aber man legt bei ihrer Auswahl Wert darauf, daß möglichst alle Seiten der Arbeiterbewegung dadurch zu einer Vertretung in der Parteileitung kommen, ähnlich wie bei uns die Kontrollreue auch vom Parteitag, nicht von den Organisationen einzelner Gegenden gewählt werden, bei ihrer Auswahl aber getragener wird, möglichst allen Teilen des Reiches zu einer Vertretung in der Kontrollkommission zu verhelfen.

Der Vorstand unserer Partei ist dagegen eine ausschließlich parlamentarische Körperschaft geworden. Durch die Reichstagsfraktion ist darin vertreten. Das mochte früher nicht viel ausmachen, wo alle unsere Institutionen kleiner, die Arbeitsteilung und Spezialisierung in der Arbeiterbewegung nicht weit vorgeschritten waren. Heute nimmt jedes ihrer Gebiete den Menschen vollständig gefangen, erlaubt ihm nur mühsam und unvollständig die anderen Gebiete zu verfolgen. So werden die Parlamentarier des Parteivorstandes von der Parteiarbeit und den parlamentarischen Aufgaben, zu denen bei manchen noch die von Stadtverordneten kommen, völlig abforbiert. Es ist ganz menschenunmöglich, daß sie auf allen anderen Gebieten so fasselt sind, daß sie die Mitarbeit von Genossen entzogen könnten, die dort ihr spezielles Arbeitsgebiet gefunden haben. So eifrig sie auch die anderen Gebiete durch Vektüre und persönliche Informationen studieren, sie werden nicht immer das erfahren, was gerade für die Parteileitung das wichtigste ist: die nötige Beleuchtung der werdenden Dinge. Gewordene Dinge, vollzogene Tatsachen sind höchst hartnäckiger Natur, sie lassen sich wohl kritisieren, aber meist schwer ändern, wie ohne Fraktionen. Werden den Dingen gegenüber ist eine Beeinflussung leichter und in der Regel schmerzloser, als gewordenen. Um die werdenden richtig abzusuchen, kann man aber, namentlich bei so großen Körperschaften wie den Gewerkschaften, das Urteil derjenigen nicht entbehren, die praktisch mitten in ihnen drinstecken. Man wird vielleicht befürchten, daß durch das Eindringen von gewerkschaftlichen und anderen Elementen in den Parteivorstand dieser mit konservativen Tendenzen erfüllt werde, die sich in den ökonomischen Institutionen leichter und stärker entwickeln als in den politischen. Aber man vergesse nicht, daß diese Institutionen auf die

Partei in jedem Falle einwirken. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder sind Parteigenossen und zwar nicht die schlechtesten, und wenn sie einen konservativen Geist entwickeln, so wirkt das auf die Genossen und damit auf die Partei zurück. Aber eben darum haben wir alle Ursache, uns um die Genossen in diesen Organisationsfragen zu kümmern, und dürfen wir sie nicht aus mifiverständener Neutralität einfach allen Einflüssen überlassen, die dort auf sie einwirken. So viel Vertrauen zu der Kraft des politischen Kampfes müssen wir aber haben, daß diese sich fort genug erweist, die konservativen Tendenzen der ökonomischen Institutionen zu überwinden, sobald wir uns einmal dahinter machen, darauf zu achten, daß die Tätigkeit der Genossen in ihnen mit unseren großen Prinzipien im Einklang bleibt.

Das eben geäußerte Bedenken, daß der Parteivorstand durch die Einführung gewerkschaftlicher und anderer Elemente konservativer werde, könnte höchstens dann gerechtfertigt sein, wenn nicht der Parteitag, sondern die ökonomischen Institutionen selbst deren Auswahl zu treffen hätten. Davon kann aber natürlich aus den mannigfachen Gründen keine Rede sein. Niemand wird aber leugnen wollen, daß unter unseren Gewerkschaften alle Richtungen vertreten sind, der Parteitag daher stets in der Lage ist, jene Richtung unter ihnen in den Vorstand zu berufen, die der Mehrheit entspricht.

Hält man es aber für notwendig, den Parteivorstand mannigfaltiger zu gestalten, dann muß man auch im Organisationsstatut die Möglichkeit dazu schaffen. Niemand denkt daran, einen Personenaustausch im jetzigen Vorstände vorzunehmen. Aber selbst wenn man einen solchen Wechsel vornehmen wollte, würde damit die Möglichkeit, die Parteileitung mannigfaltiger zu gestalten, nicht gegeben. Denn daß die politische, also die parlamentarische Tätigkeit im Vorstände einer politischen Partei stets die erste Violin zu spielen hat, ist selbstverständlich. Man möchte also wieder Parlamentarier in den Vorstand wählen, und diese wären von ihren Arbeiten wieder so absorbiert, daß sie nicht vermöchten, daneben noch auf anderen Gebieten praktisch tätig zu sein.

Will man den Parteivorstand mannigfaltiger gestalten, dann kann dies nur dadurch geschehen, daß man ihn erweitert, daß man zu seinen jetzigen Mitgliedern neue hinzuzieht.

Der deutsch-österreichische Parteivorstand ist 8 Mann stark — von denen mitunter eine Frau war — ohne die 8 Kontrollen; und doch hat dieser Vorstand nur die Geschäfte des deutschen Teiles der österreichischen Bewegung zu besorgen. Da sollte man annehmen, daß für die Leitung der viel größeren Sozialdemokratie des Deutschen Reiches 11 bis 13, ja selbst 15 Mitglieder nicht zu viel wären. Man muß bedenken, daß der größeren Mannigfaltigkeit des Parteivorstandes auch eine Vermeerung der Mannigfaltigkeit, damit aber auch der Zahl seiner Geschäfte folgen, daß damit manches neue Arbeitsgebiet sich ihm erschließen dürfte.

In welcher Weise man diese Erweiterung vollzöge, ob man neue Sekretäre einstelle oder aber nur die Zahl der Beisitzer vergrößere, ist eine praktische Frage, die uns hier nicht zu beschäftigen braucht. Für uns ist jetzt nur die Tatsache wichtig, daß eine derartige Vergrößerung des Parteivorstandes um vier bis acht Mitglieder dem Parteitag die Möglichkeit böte, Vertreter der Gewerkschaften, der Parteipresse, der Frauenbewegung, vielleicht noch anderer Spezialgebiete des proletarischen Emanzipationskampfes in den Parteivorstand zu entsenden. Eventuell nur mit beratender Stimme, wenn man fürchtet, die neuen, mit der Parteiverwaltung noch nicht vertrauten Elemente könnten den Parteivorstand überfluten und durch übermäßigen Latenzdruck gefährliche Experimente und Schwankungen herbeiführen. Es würde genügen, wenn sie das Recht besäßen, jederzeit in der Parteileitung gehört zu werden, und das Mittel würden, eine engere Fühlung zwischen den verschiedenen Gebieten der proletarischen Bewegung herbeizuführen und ihr planmäßiges Zusammenwirken zu erleichtern.

Der sozialdemokratische Parteitag für die Provinz Ostpreußen fand Sonntag, den 10. September, in Königsberg statt. Aus 18 agrarischen Wahlkreisen waren 35 Delegierte und eine Anzahl Landarbeiter, darunter auch Frauen, als Gäste erschienen. Die Tagesordnung enthielt drei Punkte:

1. Die politische Lage. Referent: Reichstags-Abgeordneter Hugo Haase.
2. Tätigkeitsbericht des Parteisekretärs für Ostpreußen. Referent: Gen. G. Linde.
3. Stellungnahme zum Jenaer Parteitag. Referent: Gen. Otto Braun.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

1. Der ostpreussische Provinzial-Parteitag beurteilt auf das entschiedenste die von den herrschenden Klassen Deutschlands zu ihrem Nutzen betriebene schamlose Vereinerungspolitik. Er erwartet, daß sich die Regierung ihrer Pflichten gegenüber dem darbenenden Volke bewußt werde und die Grenzen für die Einführung von Vieh aus dem Auslande öffnen werde. Er verlangt die Veseitigung der Lebensmittelzölle und erachtet es für eine dringende Aufgabe der Kommunalverwaltungen, die Bevölkerung mit Fleisch zum Einkaufspreise zu versorgen.

2. Der ostpreussische Provinzial-Parteitag drückt seine Entrüstung aus über die fortgeschrittenen Liebesdienste der Reichsregierung gegenüber dem schändlichen absolutistischen Regiment in Rußland, das die ganze gesittete Welt mit Abscheu erfüllt. Er ist von Bewunderung erfüllt für die russischen Freiheitskämpfer und versichert, daß das ostpreussische Proletariat allen auf dem Schlachtfelde der Freiheit gefallenen Kämpfern, insbesondere unserem Iosobin in Warschau unter Nachahmung von den Schergen des Faschismus hingerichteten deutschen Genossen Kasprezaj ein unauslöschliches Andenken bewahren wird.

Aus dem Bericht des Parteisekretärs Genossen Linde ging hervor, daß die Parteibewegung in Ostpreußen auch im letzten Jahre einen erfreulichen Fortschritt gemacht hatte. Fünf neue Wahlkreise, die bereits zu florieren, sind gegründet worden. Weitere Gründungen stehen bevor. Der briefliche und persönliche Verkehr mit der arbeitenden Kleinstädtlichen Landbevölkerung ist bedeutend gestiegen und hat die Agitation und Organisation gefördert. 26 Versammlungen und drei Kreis-Konferenzen sind in der Provinz abgehalten worden. In der Diskussion wurden mehrere Anträge und folgende Resolution angenommen:

Der ostpreussische Parteitag brandmarkt es als einen barbarischen Zustand, daß Landarbeiter, die ihren Dienst angeblich unredlich verließen, von Amtsvorstehern nicht nur mit einer Strafe belegt werden, sondern durch fortwährende Strafandrohungen und Straffestellungen zur Fortsetzung eines ihnen unerträglichen Dienstes nach Art der Sklaverei gezwungen werden. Dieser Zustand ist um so empörender, als nach deutschem Reichsrecht niemand im Wege der Zwangsvollstreckung zur Leistung von Diensten angehalten werden kann, selbst wenn er von einem preussischen Gericht zur Fortsetzung eines Dienstes rechtskräftig verurteilt worden ist. Der ostpreussische Parteitag macht die preussische Regierung darauf aufmerksam, daß in einzelnen Gegenden Ostpreußens in ungesetzlicher Weise eine Strafe von 60 M. täglich gegen Landarbeiter, die ihren Dienst verlassen haben, festgesetzt wird. Er erwartet, daß die Amtsvorsteher auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen werden.

In bezug auf den Jenaer Parteitag meinte der Referent Genosse Braun, man werde sich unter anderem damit zu beschäftigen haben, woran es liegt, daß die sozialdemokratischen Stimmen bei den Nachwahlen fast immer zurückgehen. Er hob auch hervor, daß man die Wirkung der Tätigkeit des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie zu sehr unterschätzt habe. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde der Parteitag geschlossen.

Ein pfälzischer Parteitag fand am Sonntag in Annweiler statt. Aus dem Bericht über die Presse ist hervorzuheben, daß sich das pfälzische Parteiblatt in Ludwigshafen recht gut entwickelt hat; sein Abonnentenstand sowie die Gesamtannahmen haben sich beträchtlich gehoben. Der Bericht des Gewerkschaften hebt hervor, daß jetzt in den Gemeinderäten der Pfalz mehr als 100 Genossen sitzen. Der Vorstand wurde beauftragt, eine Erhebung über die Lage

der pfälzischen Gemeinde-Arbeiter zu veranstalten. Zu den Landtagswahlen wurde folgende Resolution angenommen:

Der Gantag drückt seine Befriedigung über den Ausfall der letzten Landtagswahlen aus. Er hält die Annahme des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für ebenso selbstverständlich wie die Auflösung des Landtages nach Annahme des neuen Wahlgesetzes. Der Gantag nimmt deshalb an, daß spätestens im Sommer 1907 die Neuwahlen des Landtages auf Grund des neuen Wahlgesetzes vorgenommen werden.

Das neue Wahlgesetz enthält gegen das frühere Gesetz verschärfte Bestimmungen über die Ausübung des Wahlrechts, indem es die Strenge des Besitzes der bayerischen Staatsangehörigkeit und der Steuerzahlung auf mindestens ein Jahr festsetzt. Unter diesen Umständen sind zur Sicherung des Erfolges gründliche und umfassende Vorbereitungen zur Wahl ein absolutes Bedürfnis. Der Gantag macht es deshalb allen Anhängern der Sozialdemokratie zur Pflicht, nicht allein selbst — soweit das noch nicht geschehen — sich unverzüglich das Staatsbürgerrecht zu erwerben und für die Ordnung ihrer Steuerleistung an den Staat besorgt zu sein, sondern auch mit allem Nachdruck in ihren Bekanntenkreisen dahin zu wirken. Der Gantag beauftragt seine Gauleitung, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Organisationen hilfsreich an die Hand zu gehen.

Ueber den Parteitag in Jena referierte Körner. Er wendet sich in längerer Ausführung gegen das neue Organisationsstatut, namentlich gegen den Aufbau der Organisation auf den Reichstags-Wahlkreisen und gegen die Abführung von 25 Proz. der Einnahmen an die Hauptkasse. Auch die Forderung unserer führenden Parteigänger, speziell die Art der Polemik in der „Leipziger Volkszeitung“, bespricht der Referent mit dem Hinweis auf Beispiele ihrer Schädlichkeit. Öffentlich werde der Parteitag in Jena ein entscheidendes Wort in dieser Sache reden! Angenommen wurde ein Antrag von Birnagel, der den Parteitag in Jena beauftragt, mehr als bisher für die Arbeitstube am 1. Mai einzutreten. Eine Resolution, die sich für die Beibehaltung unserer bayerischen Organisation, wie sie auf dem Jenaer Parteitag geschaffen wurde und in diesen fünf Jahren sich ausgezeichnet bewährt hat, ausspricht, wurde einstimmig angenommen. Die Delegierten haben in diesem Sinne auf dem Parteitage zu wirken.

Die „Vorwärts“-Frage.

Nach unseren bisherigen Ausführungen wird man verstehen, in welchem Sinne unser erster Artikel sagte, K. E. sei mehr als Opfer, denn als Schuldiger zu betrachten, er sei mehr zu entschuldigen, als zu verurteilen. In ihm wirkten sich die falschen Tendenzen, die im „Vorwärts“ durch dessen schiefen und unmöglichen Stellung als Zentralorgan von selbst aufgewuchert sind, am stärksten aus, weil sie auf gar keinen ökonomisch-politischen Widerstand stießen.

Gegen seine persönliche oder politische Ehre haben wir nie ein Wort gesagt, wir beschränken auch nicht entfernt, daß er „eminent“ sein mag, als Kautsky und sämtliche Marxisten dazu — von alledem ist gar keine Rede. Wir sagen nur, daß ihm die ökonomisch-materiellistische Denkweise vollkommen fremd ist, und daß er deshalb große Verwirrung stiftet, so gut seine Absichten sein mögen. Und auch das sagen wir nur, um dieser Verwirrung zu steuern und nicht ihm zum persönlichen Vorwurfe, denn wir haben ihm immer im vollen Maße angerechnet, was Marx einmal an Schweiber schrieb, daß jeder von uns mehr von den Umständen als von seinem Willen abhängt.

Und nicht einmal das machen wir ihm zum persönlichen Vorwurfe, daß er jeden Versuch zu einer sachlichen Diskussion der vorhandenen Differenzen als „Literatenmäßen“ abweist und sofort das Regierem vom „großen General in Eleganz“ so weiter zieht. Wir wissen, daß er dabei im besten Glauben das Interesse der Partei wahrzunehmen will. Wir versehen ihn vollkommen wohl, weil sein schöngeistiger Sozialismus eine lange überholte Phase der sozialistischen Bewegung vertritt, aber er versteht uns nicht, weil ihm die ökonomisch-materiellistische Denkweise unfaßlich ist. Wir sagen nicht, daß er unfaßlich diskutieren will, sondern nur, daß er nicht sachlich diskutieren kann. Was uns anderen die Frucht jahrzehntelanger Arbeit und unseres Lebens beiter Inhalt ist, das ist ihm eitel Karrelei, aus einer Ueberzeugung heraus, die wir als solche durchaus ehren. Deshalb ist uns die „Literatenmeister“ und der „unberufenen Parteireiter“ und der „große General“ an sich auch kein Vergernis. Wir denken in Sachen des „guten Tons“ nun einmal wie Lessing, der auf den Einwurf, eine wie artige Sache der gute Ton sei, kurzweg antwortete: „Gewiß, denn er ist eine so kleine.“ Wenn der „Vorwärts“ uns persönlich ändern will, statt sachlich mit uns zu diskutieren, so stimmen wir nicht lange Jeremiaden über den „Mangel an gutem Ton“ an, die doch zu nichts führen, sondern beseitigen die Störung des Parteifriedens viel gründlicher und schneller, indem wir uns eben nicht ärgern.

So willig wir uns nun auch dem „Vorwärts“ — wir verstehen darunter jetzt und weiterhin den vorherrschenden Teil der Redaktion, der sich um K. E. gruppiert, und namentlich der Redakteur der Parteimandirichten ist ein Schüler, der den Reizier fast über alles — so willig wir uns nun auch dem „Vorwärts“ als Opfer seines anmutigen Wipes zur Verfügung stellen, so wirkt seine Methode, jeden Versuch zur sachlichen Diskussion der nun doch einmal vorhandenen Gegensätze sofort auf das Gebiet persönlichen Daders herabzuziehen, doch äußerst verhängnisvoll auf die theoretische Entwicklung der Partei ein. Der „Vorwärts“ ist das Zentralorgan der Partei und hat als solches eine Autorität, die, wie immer es mit ihrer inneren Berechtigung beschaffen sein mag, äußerlich in hohem Grade wirkt. Er wird von jedem Vertrauensmann der Partei gelesen, liefert den Stoff für einen großen Teil der kleinen Parteipresse usw. Versichert er nun wieder und wieder — und diese Methode beobachtet er nicht nur gegen uns, sondern gegen jedes Parteiblatt und gegen jeden Parteigenossen, die ihm mit prinzipiellen Einwänden kommen — er werde nur aus niedrigen Motiven, aus Eitelkeit, aus Wehligkeit, aus Neid behelligt, so wirkt das eben wie der Tropfen, der allmählich den Stein höhlt.

Jedoch sind wir unbesangen genug, auch hier die Grenze der persönlichen Schuld nicht weiter zu ziehen, als sachlich richtig ist. Die eben gekennzeichnete Methode des „Vorwärts“ hätte sich nicht so ausbreiten können und würde nicht so auf die Partei gewirkt haben, wenn ihr nicht die Zeitumstände günstig gekommen wären. Auf die Dauer hat sich eine prinzipienlose Taktik immer am förder-

*) Die kurze Notiz in unserer Sonnabendnummer, worin wir sagten, weshalb eine mehrtägige Unterbrechung dieser Artikel eingetreten sei, um den Verdacht abzuwehren, als beabsichtigten wir eine Verleumdung, die den „Vorwärts“ vor dem Parteitage an einer Antwort hindern könne, hat einige Parteiblätter zu persönlichen Verdächtigungen veranlaßt, die sich dahin zusammenfassen lassen, als seien diese Artikel in beknüppelter Weise gegen eine einzelne Persönlichkeit geschrieben. Wir glauben zwar, den Artikeln selbst unsere Rechtfertigung überlassen zu können, wollen aber für diejenigen Genossen, denen es um die Sache zu tun ist, beiläufig bemerken, daß die Ansichten, die wir entwickelt haben, von uns schon seit Jahren vertreten worden sind, wenn in anderen Parteikreisen die Verhältnisse im „Vorwärts“ auf eine einzelne Persönlichkeit zurückgeführt wurden. Wir haben dann stets gesagt: „In der Sache habt ihr Recht, aber dem Mann tut ihr Unrecht.“ Er kann so wenig aus seiner Haut heraus, wie wir, und den Einfluß, den er im „Vorwärts“ ausübt, verdammt er seiner Gewandtheit und Rührigkeit im journalistischen Betriebe, also ganz legitimen Mitteln. Die Schuld an dem Unheil tragen die Zustände, die den Mann an einen falschen Platz geschoben haben.“ Als nun K. E. mit seinen ebenso ehrenwürdigen wie unwahren Behauptungen gegen die „Leipziger Volkszeitung“ losbrach und wir ansahen schwanken, ob wir antworten sollten, ersuchten uns Parteifreunde, zu denen wir uns wiederholt in dem angegebenen Sinne ausgelassen hatten, unsere Ansicht einmal öffentlich im Zusammenhang zu entwickeln. Sie waren dabei von dem Wunsche geleitet, die Frage auf den Boden einer sachlichen Diskussion zu stellen, und nur um diesem Wunsche nachzukommen, haben wir die Artikel geschrieben.

lichsten für die Partei erwies, auch für ihre äußere Ausbreitung; man wird es uns in diesem Zusammenhang nicht als ungebührliche Prahlerei auslegen, wenn wir daran erinnern, daß die „Leipziger Volkszeitung“, die einzig wegen „Parteierrettung“ angefangen wird, den relativ günstigsten Abonnentenstand in der Parteipresse hat und namentlich einen relativ ungleich günstigeren als der „Vorwärts“. Aber für den Augenblick kann eine prinzipienlose Taktik der Partei allerdings ihre äußere Ausbreitung hindern, namentlich unter den Verhältnissen, wie sie gegenwärtig in Deutschland bestehen, wo die Proletariermehrheit das Heft in Händen hat und eine bürgerliche Opposition, die den Namen verdient, überhaupt nicht existiert. Da werden die Prinzipien leicht als störender Ballast einer Massenagitation von den losendlichen Perspektiven empfunden, und in gewissem Sinne sind sie auch der Ballast der Partei. Wirft man sie hinaus, um bei günstigen Winden schneller vorwärts zu kommen, so läuft man die Gefahr, daß das Schiff im nächsten Sturm kentert.

Für diese Gefahr haben die Parteitage bisher ein offenes Auge gehabt und, wie Genosse Stadthagen dieser Tage richtig hervorhob, stets darauf gehalten, daß die Partei eine scharf prinzipielle Haltung einnehmen müsse. Der Jenaer Parteitag soll nun aber ein „Nachwort“ sprechen; er soll den „Häutern“ den Mund stopfen usw. An dem Wunsche gewisser Leute, ein zweites Dresden hervorzurufen, zweifeln wir durchaus nicht, aber sie sollen sich doch nicht einbilden, daß wir uns dadurch an der Erfüllung unserer Pflicht hindern lassen. Wir haben gewiß nichts, als eine gute Sache und ein gutes Gewissen, aber daran haben wir auch gerade genug. Also dem angebliebenen „Nachwort“ des Parteitages sehen wir mit völliger Seelenruhe entgegen; selbst wenn der Parteitag die Nachbeseignis befähigt, anderen Parteiblättern die prinzipielle Kritik des Zentralorgans zu verbieten, so ist es unmöglich, daß ein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1905 den theoretischen Standpunkt der Partei um sechzig Jahre zurückschrauben wird.

Denn so steht es mit der drohenden Berufung auf den Parteitag. Der schöngeistige Sozialismus, der heute im „Vorwärts“ vorherrscht, der mit ästhetischen Sentiments oder ethischen Rationements die Arbeiterklasse befreien will, ist ja durchaus keine neue Erfindung; seine Blütenzeit waren die vierzig Jahre des vorigen Jahrhunderts, wo er namentlich in Frankreich und Deutschland üppig wucherte. Marx und Engels haben ihn damals als das reine Gift für die moderne Arbeiterbewegung belämpft, wofür sie übrigens schon mit all den Titulaturen gesündigt wurden, die der „Vorwärts“ heute mit freigebiger Hand verstreut, und ihn dann im kommunistischen Manifest theoretisch abgeban. Gleich darauf wog ihn die Revolution in Deutschland wie in Frankreich, auf ihrer praktischen Woge; sie befand ihn als ästhetisches Nichts und als ethische Null. Wollte der Parteitag sich für diesen Sozialismus engagieren, so würden die „Anarchosozialisten“ mit einem wahrhaft grausamen Rechte sagen, daß die Partei lange gewonnene Positionen aufgeben, und die Arbeiterklasse würde das Recht zum Widerspruch verlieren, wenn sich die Bourgeoisie für ihre Herrschaft auf den historisch legitimen Rechtstitel der geistigen Ueberlegenheit beriefe. Denn der schöngeistige Sozialismus steht tief unter der geistigen Höhe, die die kapitalistische Gesellschaft in all ihrem Verfall noch immer behauptet. Er reklamiert sich beiläufig mit Vorliebe aus den unklaren Köpfen der Bourgeoisie, deren klare Köpfe ihn schon deshalb längst als eine harmlose Torheit zu belächeln gewöhnt sind, und von ihrem Standpunkte aus auch mit vollem Rechte.

Zu alledem kann und wird es natürlich niemals kommen. Worum es sich handelt, ist nur die Frage, ob man das Uebel rechtzeitig mit sanfter Hand beseitigen oder ob man noch ein paar Jahre warten will, bis eine urgefunde und urkräftige Reaktion aus der großen Masse der Parteigenossen ausbricht, die dann ganz andere Schwierigkeiten für die Partei schaffen würde, als ihr alles sogenannte „Literatengequäl“ vom ersten bis zum heutigen Tage bereitet hat oder überhaupt jemals bereiten kann. Was uns betrifft, so sind wir für die sanfte Methode und deshalb befürworten wir den Antrag der Berliner Genossen, nicht aus ihren Gründen, die sie natürlich selbst vertreten können und werden, sondern aus unseren Gründen, die sie nicht zu vertreten, wir aber in diesen Artikeln entwickelt haben. Es ist das mildeste und zugleich das radikalste Heilmittel: das mildeste, weil es keine Personen verletzt, das radikalste, weil es die Zustände reformiert.

Allerdings glaubt der „Vorwärts“, daß die Berliner Genossen mit seiner jetzigen Art ganz zufrieden wären. Darüber streiten wir nicht erst, da es uns nicht darauf ankommt. Wir beurteilen solche Fragen nicht nach augenblicklichen Stimmungen oder Bestimmungen, sondern nach ihren bleibenden Gesichtspunkten. Wird der „Vorwärts“ den Berliner Genossen zur freien Verfügung überlassen, so wird sich bald in seinen Spalten ihr Geist wieder spiegeln, wie in den Spalten aller Parteiblätter der Geist der Genossen, denen sie gehören. Daran zweifeln, hiesje an dem Prinzip zweifeln, aus dem die Arbeiterpresse ihre Kraft schöpft.

Wir haben die Loyalität auf die Spitze getrieben, indem wir alles, was die „Leipziger Volkszeitung“ auf ihren prinzipiellen Gegnern hatte, Wort für Wort abgedruckt haben; selbstverständlich muten wir der „Leipziger Volkszeitung“ nicht zu, daß sie ebenso verfährt und auch nur von den Wichtigstellungen Notiz nimmt, mit denen wir einzelne ihrer Artikel begleitet haben, ebensowenig wie sie nötig hat, von unseren Antwortartikeln auf die von ihr abgedruckten Darlegungen Kautskys Notiz zu nehmen. Sie würde sich selbst verleugnen, wenn sie es täte. Denn das ist ja das prinzipielle Systematische an der „Leipziger Volkszeitung“, daß sie mit heiterer Selbstverständlichkeit anderen einen Vorwurf macht aus dem, was sie selbst tut oder unterläßt, daß sie mit denselben großspurigen Redensarten heut verdammt, was gestern noch die prinzipielle Tat war und im gleichen Atemzuge anderen schwankende Haltung vorwirft. Wir haben bereits das Beispiel von der Behandlung der Wahlergebnisse 1903 angeführt. Ganz so ist es mit allen Fragen, die die Partei bewegt haben oder noch bewegen. Man kann in den letzten Jahren in der „Leipziger Volkszeitung“ Artikel lesen, (wir reden nur von redaktionellen Artikeln) worin der strengsten parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften und der strengsten Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Partei das Wort geredet wird, man kann lesen, daß die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung kein Klassenkampf ist und einige Wochen später, daß sie doch ein Klassenkampf ist. Man erfährt, daß der „Vorwärts“, „Sensationen“ macht und ist gar nicht erstaunt, dieselben Sensationen, Prozesse, Hoffandale usw. Nummer für Nummer in der „Leipziger Volkszeitung“ zu finden. Auch über den Generalstreik, den ersten, von Garbus vertretenen, kann man gar lehrreiche Ansichten in der „Leipziger Volkszeitung“ oder in Artikeln ihres Chefredakteurs in der „Neuen Zeit“ lesen. Mit denselben bedehrenden Reden, mit denen uns sensationelle Behandlung bürgerlicher Skandale vorgeworfen wird, wird uns auch vorgeworfen, daß wir uns das Recht der Kritik an den Justizskandalen der bürgerlichen Gesellschaft von einem beliebigen bürgerlichen Handwurst ablaufen lassen usw. usw.

Man kann noch einwenden, es kommt auf die Art und Weise der Behandlung an. So hatte auch der Mitarbeiter des Kasseler Blattes Wehring vorgehalten, daß er ja auch in seinen Artikeln in der „Neuen Zeit“ alle die Skandale behandelt habe, deren Behandlung er dem „Vorwärts“ zum Vorwurf macht und er hatte zum Beweise dafür eine Anzahl Fälle angeführt. Also ruft Wehring: Seht die paar Fälle; in jedem Jahre einen! Mit Recht erwidert der Kasseler jetzt im „Vollblatt“ darauf, daß er keineswegs eine erschöpfende Aufzählung gegeben, sondern nur Beispiele angeführt habe. Er hat wirklich nur einen ganz geringen Teil der Fälle angeführt; er hätte sie sehr gut vervielfachen können, ohne die Reihe zu erschöpfen. Wehring aber erklärt ruhig: Seht die paar Kleinigkeiten! Wehring beschwerte sich auch, daß der Kasseler Kritiker die Art der Behandlung der Fälle nicht erwähnt habe. Darauf fährt dieser auch dafür Beispiele an, worin die agitatorische Behandlung solcher Skandale und die — ethisch-ästhetische Methode debauerlich hervortreten. Man wird alsbald die Antwort hören: Ach lieber Gott, das Eine!

Wir sind zu abgehärtet geworden, um unter solchen Umständen auf die von dieser Seite geltend gemachten Argumente irgend welchen Wert zu legen, gleichviel, in welchem Gewande sie auftreten. Langjährige Erfahrung hat uns gelehrt, ihnen gegenüber lediglich die Frage nach dem Woher und Warum zu stellen, und deshalb erscheint uns eine sachliche Auseinandersetzung mit dieser Seite als vollkommen unfruchtbar.

Die „Erfurter Tribüne“ beginnt heute mit dem Abdruck von Artikeln der „Leipziger Volkszeitung“ und begleitet sie mit einer Einleitung, in der sie sich auf den Standpunkt Mehrings und Kautskys stellt. Auch die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund beginnt Kautskys Artikel abzufragen und leitet dies mit der Bemerkung ein, daß die Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ „ausgezeichnet klar, vornehm und sachlich“ seien. Das „Volksblatt“ für Halle beginnt unter der Überschrift: „Was schädigt die Partei-Interessen“ eine Artikelreihe gegen die Kampfmethode der „Leipziger Volkszeitung“.

Soziales.

Ueber die gesundheitschädlichen Wirkungen der Chromate in den Chromatgeräten hat der Reichskanzler eine Umfrage bei den Landesbehörden angeordnet.

Eine Agitation zugunsten einer gesetzlichen Sonntagsruhe haben die sozialistischen, gewerkschaftlichen und auch die demokratischen Vereinigungen von Mailand in die Wege geleitet. Es soll dahin gewirkt werden, daß die Kammer, die schon einmal einen solchen Gesetzesentwurf abgelehnt hat, sich von neuem damit befaßt.

Aus der Frauenbewegung.

Köpenick. Mittwoch, den 13. d. M., findet die Mitgliederversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins im Lokal von Moll statt, in welcher Frau Hedwig Kiesel einen Vortrag über „Die Frau in der Geschichte“ halten wird. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. Gaste haben Zutritt.

Der Vorstand.

Vermischtes.

Die Cholera

Wie der „Gesellige“ meldet, ist der Ulan Manbrech vom 4. Ulanen-Regiment in Graudenz an Cholera gestorben. — Ueber den Cholerafall in der Regierungsbefehlshaberstadt Bromberg meldet die „Deutsche Rundschau“: Gestorben sind in Schwedenhöhe bei Bromberg ein Arbeiter, in Drahg ein Kind und in Kassel ein Arbeiter. — Die „Neuen Westpreussischen Mitteilungen“ berichten, daß Meldungen über neue choleraverdächtige Erkrankungen aus dem Regierungsbezirk Marienwerder nicht vorliegen. — Auf Anordnung der Regierung ist in Swinemünde eine Cholera-Überwachungsstelle für alle von der See herkommenden Schiffe eingerichtet worden. Zur Untersuchung der ankommenden Schiffe sind zwei Ärzte angestellt. — Aus Wien wird gemeldet: Am 9. und 10. September hat sich in Galizien kein Cholerafall ereignet. Am 1. September mittags ist dem Ministerium des Inneren über einen in der Nähe von Chojnow (Bezirk Larnow) unter verdächtigen Symptomen erfolgten Todesfall Anzeige erstattet worden. — Der Besitzer Busse aus Schönlanke soll,

wie ein Privat-Telegramm aus Posen meldet, nicht an Cholera gestorben sein. Die blauen Flecken am Körper sollen von einem Totschlag herrühren. Die Leiche wird heute ausgegraben und sezuiert. — Aus Salonichi meldet ein Telegramm: Die Cholerafälle in Deutschland und Galizien dürften, falls sie sich noch einigermaßen mehren, den türkischen Behörden eine willkommene Gelegenheit bieten, die Grenzen in Form der höchst unangenehmen Quarantäne zu sperren. In der Grenzstation Jibessische (serbische Grenze) ist bereits eine ärztliche Untersuchung der ankommenden Reisenden angeordnet worden.

Zum Erdbeben in Italien. In Messina wurde gestern nachmittags 1 Uhr 7 Minuten wieder ein leichter Erdstoß verspürt. In einer Gemeindefaule stürzte eine Zimmerdecke ein. — Ein „Neuerlicher“ Korrespondent berichtet über die Reise des Ministers Ferraris durch den Erdbebendistrikt: Aufgabe des Ministers war es, mit Unterstützung eines zahlreichen Verzeßstabes und mit Hilfe von Ingenieuren den Einwohnern Kalabriens Hilfe zu bringen. An vielen Punkten sahen die Reisenden dicht neben der Eisenbahnlinie Erdbalden, die manchmal mehrere Kilometer lang waren. Die Menschen drängten sich an den Haltestellen, um Hilfe flehend, heran. Notwendiger als Nahrungsmittel und Kleider erschien die Lieferung von Bauholz für Schutzhütten für die Familien. In Belvedere und Bivardo fand sich die Bevölkerung in Menge ein. Aus dem Hülfzug wurden die Leute nach Möglichkeit versorgt, und es wurden kleine Militärabteilungen zurückgelassen mit dem Auftrage, den Notleidenden im Inneren des Landes Hilfe zu bringen. Je weiter der Zug nach Süden vordrang, um so graufiger wurde das Bild der Verwüstung. In Amantea kam eine Schar von Frauen und Kindern an den Zug. Die Unglücklichen trugen drei Statuen der Jungfrau Maria mit sich und riefen unter Tränen: „Wir haben keine Häuser! Wir haben keine Mädchen!“ In dem ganzen Inneren der Halbinsel blieb kaum ein einziges Haus stehen. Unter den an die Eisenbahn strömenden Bauern befanden sich auch die Ortsbehörden. Sie wurden mit Lebensmitteln und Kleidern versehen. Das Gefährte der vor Kurzem fast wahninnigen Leute wirkte auf die Insassen des Zuges niederdrückend. In hellen Scharen liefen die Bauern neben dem langsam fahrenden Zuge her und flehten verzweifelnd um Brot, um Hülfe und um Hülfe zu der Verdrängung ihrer Toten. — Die Situation in Kalabrien ist unbefriedigend. Der Handel ist vollständig lahmgelegt. Man schätzt die Zahl der durch das Erdbeben ruinierten Personen auf 200 000. Die Bevölkerung erhebt Einspruch gegen die Langsamkeit, mit der die Unterstützungen eintreffen.

Sinrichtung. In Meserich wurden gestern früh der Häusler Andreas Jozwiak und seine Ehefrau Franziska aus Groß-Densdorf, Kreis Birnbaum, die wegen Ermordung eines 79-jährigen Ausgewanderten zum Tode verurteilt wurden, auf dem Hofe des Gerichtsgängnisses enthauptet.

Jugentgleisung. Aus Graudenz wird gemeldet: Infolge Ueberfahrens einer Kuh zwischen Garajec und Sedlitz entgleiten gestern früh gegen 8 Uhr vom Radwagen des Schnellzuges Nr. 53 zwei Wagen. Personen sind nicht verletzt worden, der Materialschaden ist unbedeutend. Der Zugverkehr wurde durch Umweichen aufrecht erhalten. Die Störung war um 10 Uhr wieder beseitigt.

Eine entsetzliche Ueberbreitung des Zuchtungsrechtes ließ sich, nach der „Köln. Ztg.“, die Lehrerin Anna Thomi an der katholischen Mädchenschule des Klosterortes Pfalz bei Trier zuschulden kommen. Die transakt überreichte Lehrerin ließ sich verleiten, die 13-jährige Margarete Start, die in der Rechenstunde ihr gescholtenes Schwesterchen verteidigen wollte, am Halse zu fassen und durch den ganzen Schulsaal zu schleifen, bis das Kind wie leblos zusammenbrach.

Erst jetzt wurde die Erregte sich der Schwere ihrer Mißhandlung bewußt. Sie beugte sich zu dem ohnmächtigen Mädchen nieder und versuchte, es wieder beleben. Umsonst. Auch der herbeigerufene Barret hielt das Kind für tot und versah es eiligst mit der letzten Oelung. Dem eiligst herbeigerufenen Arzt gelang es jedoch nach längerer Bemühung um das bewußtlos daliegende Kind, es wieder ins Leben zurückzurufen. Die Mädchen wurde auf Anordnung der Behörde geschloffen und die Lehrerin einzuweisen vom Amt entbunden.

Ueber eine verhängnisvolle Kahnsfahrt auf einem Teiche bei Dreißig (Neustadt a. O.), wobei ein junger Offizier des 94. Infanterie-Regiments sein Leben einbüßte, wird unserem Beilageblatt in Jena berichtet: Leutnant Voigt vom 1. Bataillon, der seit einigen Tagen in dortiger Gegend im Manöver liegt, hatte mit zwei Kameraden auf dem Teiche eine Gombelpartie unternommen, als auf bisher unauffälliger Weise der Kahn kenterte und alle drei Offiziere ins Wasser stürzten. Zwei der Verunglückten vermohten sich durch Schwimmen zu retten, während Voigt, der jüngste Offizier des Regiments, im Schlamm stecken blieb und ertrank. „Gewöhnliche“ Soldaten sprangen dann mutig ins Wasser und brachten den leblosen Offizier auch glücklich ans Ufer, doch blieben alle sofort angestellten Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. Ob die beiden übrigen Offiziere nicht in der Lage waren, ihrem Leidensgefährten Beistand leisten zu können, wird nicht mitgeteilt.

Schiffungslad. Aus Seeheim wird gemeldet: Die die „Provinzial-Zeitung“ meldet, kollidierte der gestern nach hier zurückgekehrte Fischdampfer „Billi“ am Montagmittag in der Nordsee mit dem schwedischen Fischkutter „John Dillon“. Der Kutter sank. Der Sohn des Kapitäns und drei Mann von der Besatzung sind ertrunken. Die übrigen vier Mitglieder der Besatzung wurden von dem „Billi“ gerettet und hier gelandet.

Wegen der Spremberger Eisenbahnkatastrophe hat die Staatsanwaltschaft, wie aus Kottbus gemeldet wird, gestern die Anklage gegen den verhafteten Stationsassistenten Stallus wegen fahrlässiger Tötung unter Außerachtlassung der Berufspflichten erhoben.

Eine Jungfer, die Soldat wird. Neunzehn und ein halbes Jahr lebte in Kurten ein menschliches Wesen, das als weibliches Geschlecht galt. Es trug Mädchenkleidung, sah in der Schule bei den Mädchen und spielte mit den Mädchen. Da stellte sich heraus, daß dieses Wesen männlichen Geschlechts ist. Jungfrau Cecilie B. Anderte am 8. September 1905 ihren Zivilstand, verkaufte Korsett und Japan mit Hofe und Paletot und heißt jetzt Casar B. Der junge Herr mißt 1,52 Meter und wird sich, so lesen wir in der „Basler Ztg.“, im nächsten Monat bei der Wehrtaugaushebung zu helfen haben. Durch amtliche Publikation wird die Änderung im Zivilstand bekannt gemacht werden.

Eingegangene Druckschriften.

P. Gäßcher. Die Alkoholfrage. 28 Seiten. Preis: 30 Pf. Verlag E. Dohde, Brodau i. Schl.
„Neue Gesellschaft“. Heft 24. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und E. Braun (Verlag: Berlin W. 35. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.).
Das Recht. Herausgegeben von Dr. H. Th. Soergel, München. Heftnummer zum 17. Deutschen Anwaltskongress in Hannover. Herausgegeben von der Verlagsgesellschaft, Hannover-Leipzig.
Germanen - Bibel, Heft 2 und 3. 2. Aufl. (Verlag: Berlin W. 61.)
Haus Eschelbach. In die Kaserne mit der Frau. (Berlin, Adln, Leipzig, Albert Wn.)
Ant. Erkelens. Die Gewerkschaften und die Politik. 30 Seiten. Preis: 30 Pf. Buchhandlung Gewerkschaften Düsseldorf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 13. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die Stimme von Vortici.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Hamburg.
Neues. Ein Sommernachtsstraum. Weiden. Die neugierigen Frauen. Thalia. Bis früh um fünf!
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Hofgünst.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Nora.
Festung. Eiga.
Reidens. Die Höhle des Löwen.
Neutral. Die Weiba.
Trianon. Das Ende der Liebe.
Carl Weiß. Weltumsegler wider Willen.
Velle-Alliance. Ben Ali Beh.
Lilien. Die Kinder der Egelens.
Deutsch-Amerikanisches. Aber, Herr Herzog!
Kasino. Der Adelsnarr.
Metropol. Auf ins Metropol!
Lustspielhaus. Jungfer Ambrosia.
Apostel. Ein Abend in einem amerikanischen Angel-Tempel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Herrnsfeld. Die Mederhalm.
Wintergarten. Loie Fuller. Spezialitäten.
Berliner Prater-Theater. Der rechte Weg.
Passage. Poldi Augustin. Herr Tacianu. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Der Simphon und sein Gebiet.
Zentraldenkmal. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 14 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Donnerstag u. folgende Tage:
Ein Sommernachtsstraum.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Donnerstag: Der jüngste Leutnant.
Freitag zum erstenmal: Lumpengesindel.
Sonnabend: Die Kinder der Exzellenz.
Sonntag nachmittag: Der jüngste Leutnant. Abends: Fiesco.
Montag: Die Kinder der Exzellenz.

Urania Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Der Simphon und sein Gebiet.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 105.
Joël's Traum!
Im Restaurationsaal:
„D'Kochelsee'r.“
Oberbayr. Gesangs-, Tanz- u. Gebirgs-Szenen.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert
Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 87. Täglich 8 Uhr.
Der Adelsnarr.
Vorch: Die Zauberbeige von Offenbach.
Original Rumbler Compagnie
zum 1. Male in Berlin Das Serdan.
Sonn. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Das Ende der Liebe.
Sachliches Lustspiel in vier Akten von Roberto Bracco.
Deutsch von Otto Sternschlag.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Täglich:
10 Uhr: Ein Abend in einem amerik. Tengel-Tangel

10 Uhr: Ein Abend in einem amerik. Tengel-Tangel
Vorher: Hochzeitsabend und das große September-Spezialitäten-Programm.
Ab Sonntag, den 1. Oktober cr.: Neben Sonntag nachmittag 3 Uhr: Große Extra-Vorstellung zu halben Preisen.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Lustspiel in 4 Akten v. Hoff v. Trotha.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Nora. (Ein Puppenheim.)
Schauspiel in 3 Akten v. Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Logenbrüder.

Landsberger Allee Diezsch
Eissportplatz
Bayerisches Volksfest
Riesenhierzelte! Berlin staunt!
Festwirt: Baron Muckl.
Bauern-Kapelle. D. Hollerdauer. 43012
fische, schneidige Madl in Nationaltracht als Bedienung.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr.
Zum ersten Male:
Jungfer Ambrosia.
Lustspiel in 3 Akten v. Franz Serwaes.
Vorher: Der Familientag.

Metropol-Theater
Präzise 8 Uhr
zum 5. Male:
! Auf in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Walden a. D. x Miß Clifford a. D.
Bender x Giampietro
Josephi x Frid-Frid x Massary
Behrens-Linke.
Rauchen in all Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute: Geschlossen.
Sonnabend, den 16. September cr.: Eröffnung der Winter-Spielzeit. Vorzug- resp. Familienkarten hierzu sind in allen mit Kalotten belegten Geschäftsjahren im Theater v. 9 bis 1 Uhr unentgeltlich zu haben.

Passage-Theater.
Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr, nachm. Sonn- u. Feiertag. 5 Uhr.

Poldi Augustin
die feiche Sourette.
Herr Tacianu
Damen-Imitator.
Das glänzende
September-Programm.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Seite wegen Vorbereitung zu der Weltumsegler wider Willen geschlossen.
Donnerstag zum erstenmal:
Der Weltumsegler wider Willen.
Abendvorstellung mit Gesang und Ballett in 6 Bildern von G. Raeder.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend abends 8 Uhr: Gastspiel der russisch. Hofkapellmeisterin Frau Dir. Hedwig Cornet: Maria Stuart. Spielleit.: Max-Alexg.

Bernhard Rose-Theater
Geundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich das Sensations-Ausstattungs-Vollstück
Der Fluch des Goldes
sowie die großartigen Spezialitäten
Paul Coradini
Drei Harders, The Ottorus Seville und Pifo.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Nummer. Platz 50 Pf. Saisonkarten haben Galtigkeit.

Deutsch-Amerikan. Theater.
Köpenickerstraße 67/68.
Jed. Abend 8 Uhr. Gastsp. H. Philipp
Der erste Schlager der Saison
Aber Herr Herzog.
Jeden Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 10 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee Nr. 148.
Heute: Sonder-Abend.
10 neue Attraktionen.
Die Macht des Todes.
Vollständ. von Aneiel.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Bei ungünstigem Wetter im Saal.

WINTERGARTEN
765

Eröffnungs-Programm.
Loie Fuller
die berühmte Phantasietänzerin.
Louise Blot Pariser Sängerin.
4 Luckens amerik. Gymnastiker.
Sisters Gasch Akrobatinnen.
Kapitän Woodward
dross. Seehunde u. Seelöwen.
Bedini und Artur
amerikanische Exzentriks.
Die mysteriösen Husaren.
Edith Holena amerik. Sängerin.
Die Trombottas italien. Duett.
Paul Spadolni Kraft-Jongleur.
In Japan! Ballettdivertissement.
Tina Clementa
Pferd- und Hunddressur.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 24.
Eingang Wolfgangstraße, als-a-vis d. Börse. 2. Ein. v. Bf. Börse.
Das phänomenale Eliteprogramm.
12 Kunstnummern 1. Ranges.
Nur das Beste vom Besten!
Per Rohrpost.

Schwanz in einem Akt v. R. Reichardt.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Familienkarten sind in allen Vorzügen, Freizeit u. Zigarren-geschäften sowie im Theater-bureau unentgeltlich zu haben.

Theater Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132, Linienstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Eröffnung
Sonnabend, 16. September,
abends 8 Uhr.
Vorverkauf ab 12. September an der Theaterkasse.

ELYSIUM.
Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftritt v. 38 erstklassigen intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

XI. Berliner Saison.

Zirkus Busch.

Donnerstag, den 14. September 1905, abends 7 1/2 Uhr:

Gala-Premiere.

Besonders hervorzuheben: Zum 1. Male in Europa:

Die Japaner-Truppe.

Ausgesuchte Repräsentanten der Armee des Mikado. Die Helden vom Yalu und Port Arthur in ihren militärischen Exerzition. 4 Sisters Athletas, Kraftproduktionen. Mr. Price & Revost, amerikanische Exzentriks. Mr. Rabusa, dressierte Tiere. Clown Revelly. Die englische Reiterfamilie Sloan. Eine Springpferde-Konkurrenz zwischen den 3 Springpferden. 1. „Spa“, Halbblut, Siegerin im Concours hippique im Hochspringen im Jahre 1903 in Spa. Reiter Herr Bohneke. 2. „Frohn“, Hochsprung bis 2 Meter. Reiter Mons. Le Dan t o c. 3. „Chips“, Vollblut, Weitspringen bis über 6 Pferde. Reiterin Prl. Shampani. Quadrille excentrique, geritten auf 12 Schulpferden von 6 Damen und 6 Herren. Die neuesten Freiheitsadressen des Herrn Ernst Schumann. Zum 1. Male: „Pluto Monte duro“, Lippianer Vollblut-Hengst für die hohe Schule, dressiert und geritten von Herrn Burkhardt-Footitt. Zwergclown François mit dem Zwergpferd und die vorzüglichsten Programmnummern.

Preise der Plätze: Logensitz 5 M., Parkett 3 M., Balkon 2 M., 1. Platz 1,50 M., 2. Platz 1 M., Galerie 50 Pf.

Die Zirkuskassen sind täglich von 10 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Billets im Vorverkauf im Invalidendank, Unter den Linden 24, und in der Billett-Abteilung des Warenhauses A. Wertheim, Leipzigerstr. 132/133, zu haben.

Andreas-Festsäle.

Habe vom 1. September 1905 die Leitung der Andreas-Festsäle übernommen, und empfehle ich dieselben für Vereine zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Emil Bernatzky

Andreasstr. 21.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.

Heute:

Der rechte Weg.

Sollstüch mit Gesang in 4 Akten.

The Kieffers Pantomime.

Mizzi u. Göza Varadi-Duett.

Pantomime, Spezialitäten, Ball.

Schluss der Saison

Freitag, 15. September.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Numerierter Platz 50 Pf.



Gustav Behrens

Spezialitäten-Theater

Frankfurter-Allee 85.

Täglich das großartige September-Programm

u. a.

Eine tolle Nacht.

Große Fosse mit Gesang.

Großer Lacherfolg.

Otto Pritzkow

Berliner

Abnormitäten-Theater

Münzstr. 16.

Jocki Tocki

the Elastic Skin Man.

Der Mensch mit der Gummihaut.

Mne-Mno-Mni???

Entree 20 Pf.

Sanssouci

ottbäuserstr. 4a. Stat. der Hochbahn.

Direkt: Wilhelm Reimer.

Heute Mittwoch: Gastsp. des Löwe-Ensembles:

a' Lorie oder: Dorf u. Stadt.

Charakterbild n. Ch. Birch-Pfeiffer.

Sonntag Beginn 5 Uhr.

Wochentags 8 Uhr.

Jeden Dienstag, Mittwoch: Theater-Abend.

Der große Besal ist für einige Sonnabende z. vergeben.

Tablissement Buggenhagen

Moritzplatz.

Heute:

Extra-Konzert

zum Benefiz des Herrn Ricardo Munez

der geistl. Wirkung des Selbstenannten Herrn Hans Hoffmann.

Berliner humoristisches Ensemble.

gen. Uk-Quintett.

Theater-Aufführungen etc. — Auch einzelne Herren zu Vereinstrefflichkeiten, Herrenabend etc. 15000

Leiter Max Franke.

Berlin N., Danzigerstr. 6, I.

Burleske- und Charakter-Komiker.

Zum Umzuge

offeriere einen großen Posten neu eingetroffener

Ia. Velours-Teppiche.

Sofagröße M. 10.50

Zimmergröße „ 22.50

Salongröße „ 37.50

Saalgröße „ 65.00

Ferner hochelegante

Portieren u. Dekorationen.

Gardinen, Stores,

Reißbestände 1-6 Fenster.

Steppdecken

Tisch-, Diwan-, Schlaf- und Reisedecken,

Läufer u. Möbelstoffe

kommen soweit der Vorrat reicht, zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.

Teppich-Engros-Haus Hermann Bursch

Spandauerstr. 65-67,

1. u. II. Etage. Kein Laden.

Zwischen Kaiser Wilhelm- und Bischofsstraße. 30/12*

Raucht Tassi-Cigarettes.

4061L*

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 15. September 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das Verhalten des „Berliner Betonvereins“ gegenüber den von uns zur Vertragsverhandlung gestellten Forderungen und Beschlußfassung über unsere weitere Stellungnahme hierzu.
2. Diskussion.
3. Regelung der Gehaltsfrage für die angestellten Kollegen, gleichzeitig Festsetzung der Entschädigung für Kollegen, welche an Bauteinkontrollen usw. teilnehmen.
4. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen. Mitgliedsbuch legitimiert.

148/7* Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Das Kassenlokal der Creditkassette der Tabakfabrikarbeiter zu Berlin wird am 20. September 1905 von Beymstraße 3 nach

Braunsbergerstr. 31

Vorderhaus 4 Treppen

verlegt und befindet sich von diesem Tage ab dort in der Wohnung des Rentanten Engel.

Am Umzugstage bleibt die Kasse geschlossen.

Berlin, den 12. September 1905.

274/20 Der Vorstand.

Vorwärts-Buchhandlung

SW. Eidenstraße 69, Laden.

Parteitags-Protokolle.

Anlässlich des bevorstehenden Parteitages empfehlen wir den Parteigenossen die Protokolle der früheren Parteitage. Dieselben bieten reiches Material zur Geschichte der Partei, ihrer Grundzüge, Kämpfe und Taktik. Wir heben nachstehend die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung hervor:

Galle. 1890. Reorganisation; Programmrede; Vertriebs; Stellung zu Streik und Boykott; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“; 50 Pf.

Erfurt. 1891. Festsetzung des Programms; Programmänderung; Ausschluss der „Unabhängigen“; Taktik der Partei. 50 Pf.

Berlin. 1892. Begriffen.

Köln. 1893. Gewerkschaftsbewegung; Antifemilismus; Wahlrecht und Beteiligung an preussischer Landtagswahl. 40 Pf.

Frankfurt. 1894. Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Trakt; Ringe und Kartelle. 25 Pf.

Breslau. 1895. Agrarprogramm; Handindustrie. 30 Pf.; gebd. 50 Pf.

Götha. 1896. Begriffen.

Hamburg. 1897. Preuss. Landtagswahl; Militarismus. 50 Pf.; gebd. 60 Pf.

Zittgen. 1898. Koalitionsrecht; Vergarbeiterfrage; Preuss. Landtagswahl; Zoll- und Handelspolitik. 35 Pf.; gebd. 60 Pf.

Hannover. 1899. Bernheim-Debatte; Justizhausvorlage; Militärfrage. 50 Pf.

Mainz. 1900. Weltpolitik; Verlehrs- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Umfang; Bericht über die Frauenkonferenz. 50 Pf.

Lebed. 1901. Begriffen.

München. 1902. Begriffen.

Bresden. 1903. Begriffen.

Bremen. 1904. Kaiser, Amsterdamer Kongress; Organisationsfrage; Fall Schippel; dritte Frauenkonferenz. 70 Pf.; gebd. 1 M.

Ferner empfehlen wir die Schrift der Genossen Roland-Hoff über „Generalstreik und Sozialdemokratie“ mit Vorwort von Kaustsky zur Anschaffung, da die Frage des Generalstreiks auf dem Parteitage zu dem zu lebhaften Debatten führen und vorstehende Schrift Gegenstand eingehender Erörterung sein dürfte. Der Preis beträgt 1,20 M. 265/1*

Vereine.

Habe noch Sonnabende und Sonntage Saal mit Bühne zu vergeben. [* Eberth's Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72. (Amt I. 3051.)

Stuhlflecht-

rohr in vorzüglicher Qualität. Stuhllager Wallstr. 16. *

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 29/14* Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Steppdecken

kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wandstraße 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden.

S. Steindwandel, Berlin 14. Illustrierter Preis-Katalog gratis.

Gärtner.

Freitag, den 15. d. M., abends 9 Uhr, in Schöneberg, Obst's Festsäle, Reimingerstr. 8 u. Martin Lutherstr. 51:

Öffentliche Versammlung

der in der Landschaftsgärtnerei tätigen Gärtner und Gartenarbeiter.

Referent: Wilh. Janson, Berlin. 293/12

Allgemeiner deutscher Gärtnerverein. Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Am Donnerstag, den 14. September 1905, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21:

Allgemeine Klempner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Cohen über: „Die Aussperrungstaktik der Unternehmer!“
2. Diskussion.
3. Verhandlungsangelegenheit.

Es ist Pflicht der Kollegen und Kolleginnen, für zahlreichsten Besuch der Versammlung zu agieren.

Die Klempner von Pietschmann, Komintenerstraße 24, werden ersucht, in der Versammlung anwesend zu sein.

Donnerstag, 14. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

Allgemeine Uhrmacher-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Ingenieurs Herrn P. Grempe über: „Verlehrs- und Gehaltsfragen, speziell im Haushalt der Arbeiter.“
2. Diskussion.
3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Weißensee und Umgegend.

Donnerstag, den 14. September, in Ebers Festsaal, König-Chaussee 5/6:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Ströbel über: Der politische Massenstreik.
2. Diskussion.
3. Wahl von Delegierten zur Kreisversammlung.
4. Vereindersangelegenheiten.

Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Stralauer Viertel.

Achtung!

Die Zahlstelle 57 findet am Sonnabend, den 16. Sept., bei Döring, Stralauer Allee 31b, statt. Dortselbst werden Sonnabends von 8-10 Uhr Beiträge entgegengenommen. 92/12

Turnverein „Fichte“

Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.

Erste, achte und zehnte Männer-Abteilung

Sonnabend, den 16. September 1905:

Rekruten-Abschieds-Kränzchen

im Böhmischem Brauhause, Landsberger Allee 11-13.

Eintritt inkl. Tanz: Herren 50 Pf., Damen 25 Pf. 157/15

Möbel- und Polsterwaren

Th. Knorn, Gerichtst. 10 am Hochplatz.

Größte Auswahl in kompletten Wohnungs-einrichtungen von 350 Mark aufwärts, bunte Küchen schon von 56 Mark an.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Reste.

Kostümstoffe

Mantelstoffe

Konfektion.

Jackets

Röcke

Blusen

C. Pelz

Kotthuserstr.

Möbel.

Bezugsquelle von Garnituren, Paneeleisofas, Muschelisofas, Schlafsofas, Chaiselongues, Verticellen mit Marmor, Kleiderpinde, Verticels, Spiegel in reicher Ausführung. Langjähr. Gar. Neumann, Lopez, Oranienstr. 202.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.

Wolle, Mocquettes, Plüsch, Sattelstücken.

Muster b. näher. Angabe franko.

Berlin, Oranienstr. 158.

Unserem Genossen Heinrich Schulz nebst Frau, Berlin, Waldstr. 11 wohnhaft, zu ihrer heutigen silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche.

Die Genossen des 634. Bezirks.

Zentral-Verband der Brauerei-Arbeiter

Zweigverein Berlin, Sektion II.

Nachruf!

Am Freitag, den 8. September verstarb unser treues Mitglied, der Hochschülerarbeiter

Otto Müller

(Borsika-Brauerei)

im Alter von 25 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

41/17 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Berlin, Bezirk 17.

Den Witwen zur Rücksicht, daß unter Mitglied

Franz Heusterberg

am 10. September verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Maxierdori, aus statt. 156/15

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Am 10. September 1905 verstarb unser treues Mitglied

Paul Weidner

im Alter von 25 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 13. September 1905, nachmittags 4 Uhr, auf dem Karlsruh-Kirchhofe in Wilhelmshagen-Hohen-Schönhausen statt.

Rege Beteiligung erwünscht

48/8 Der Vorstand.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.

Todes-Anzeige.

Am 11. d. M. verstarb unser langjähriger Mitglied

Karl Gensior

im Alter von 38 Jahren an Blinddarmentzündung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kranenhanfes am Friedhofshain aus nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

170/2 Die Ortsverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Sohn, unser guter Vater

Fritz Pantel

nach langem, schwerem Leiden am 11. September verstorben ist.

Um stillen Beileid bitten

Im. Pantel u. Kinder.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. September, von der Halle des neuen Friedhofes Friedhof, Mariendorfer Weg, aus statt. 159/25

Dankfagung.

Allen denen, die meinem lieben Ramme die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere den Kollegen der Reichlichen Lederfabrik sowie dem Geliebten, sage ich hiermit meinen innigsten Dank.

Die trauernde Witwe Lobert

43042 nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Ramme und guten Vaters sage ich allen Freunden, Verwandten und Bekannten sowie dem Personal der Reichlichen Lederfabrik, dem Turnverein, dem Verein deutscher Schuhmacher meinen tiefgefühltesten Dank.

Witwe Cl. Lutz

nebst Kind,

43032 Bornschersstraße 38.

Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Ramme und meines guten Vaters sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Verein der Zimmerer Bismarckstr. und Umgegend unseren besten Dank.

Die trauernde Witwe Anna Winno nebst Kindern.

Dr. Schönemann,

Spezial-Arzt für (41020*)

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten,

Soydistr. 9, dicht am Spittelmarkt.

Wochentags 11-12, 1-3, 1/2, 6-1/2, 8.

Parteigenossen! Heute ist Zahlabend in Berlin und den Vororten!

Berliner Nachrichten.

Im Gehen langsam und schnell im Rechnen

Ist die Armenverwaltung der Stadt Berlin. Mancher wird glauben, daß unsere Armenverwaltung überhaupt nicht nimmt, sondern immer nur gibt. Aber es wird ihr regelmäßig ein Teil der gewährten Unterstüßungen zurückerstattet, und hierbei nimmt sie, so viel sie kriegen kann. Der Betrag, der ihr aus Erstattungen zufließt, ist nicht groß, wenn man ihn mit der Summe der gezahlten Unterstüßungen vergleicht, indes beläuft er sich doch pro Jahr auf mehrere hunderttausend Mark.

Eine hübsche Einnahmequelle bilden für die Armenverwaltung die Invalidenrenten, an denen sie sich schadlos hält, wenn sie Ansprüche auf Erstattung von Unterstüßungen hat. Hier wird ihr die Sache so bequem gemacht, daß sie fast nur die Hand auszustrecken braucht. Der Armenverwaltung wird, damit sie ihre Ansprüche rechtzeitig vorbringen kann, aber jeden einlaufenden Rentenanspruch berichtet, und ebenso erhält sie Nachricht, sobald eine Rente bewilligt ist. Das Sümmechen, das sie so aus den Invalidenrenten heraus-schindet, steigt von Jahr zu Jahr und dürfte sich gegenwärtig bereits auf jährlich hunderttausend Mark belaufen. Diese Ueberweisungen von Invalidenrenten an die Armenverwaltung erfolgen auf Grund des Invalidenversicherungs-Gesetzes, es geht also alles mit rechten Dingen zu. Aber daß es ein Akt sozialer Gerechtigkeit sei, wenn die Armenverwaltung einen Teil ihrer Ausgaben wieder hereinbringt durch Verschlagnahme der fargen Invalidenrenten von Personen, die halb oder ganz arbeitsunfähig und erwerbslos geworden sind, davon wird uns niemand überzeugen können. Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Armenverwaltung ihr „Recht“ ausübt, wirkt manchmal geradezu abstoßend. So langsam sie sich in Bewegung setzt, wenn sie den Hungernden helfen soll, so schnell findet sie sich ein, wenn es gilt, einer invaliden Person ihr bisherigen Invalidengeld noch zu kürzen, damit dem Stadtsäckel ein paar Mark wieder zufließen.

War da ein armes, krank und siech gewordenes Weib, eine fünfundvierzigjährige, unverheiratet gebliebene Plätterin J., die sich von ihrer Hände Arbeit ernährt hatte, aber nun nicht mehr weiter kamte, weil der Rheumatismus sie plagte und ein Brustleiden an ihr fraß. 18,40 M. war der Riesenbetrag, der ihr alimonatisch als Rente ausgezahlt wurde. Nun sieht, wie Du dich hiermit am Leben erhältst, und wenn's etwa nicht langt, so mach', daß Du Dir etwas dazu verdienst. Doch zum Dazuerwerbten wollten eben die Kräfte nicht langan. Da ging die Sieche wieder einmal in ein Krankenhaus. Hoffte sie auf Besserung, auf Heilung gar, oder wollte sie sich nur mal ordentlich satt essen? Im Urban-Krankenhaus hatte man wenig Verständnis für ihre Absichten. Man erkannte wohl sofort, daß sie nicht in ein Krankenhaus gehörte, sondern im Siechenhaus Aufnahme finden mußte. Wiederholt wurde im Urban-Krankenhaus ihr nahegelegt, bald wieder hinauszu gehen. Sie glaubte herauszuhören, daß man ihr Blatt für andere brauche, und ging. Das war gegen Ende Juli. Die Juli-Rente war noch nicht abgehoben, und das arme Weib gedachte nun in der nächsten Zeit von der zweimonatigen Rente für Juli und August, die ja zur Verfügung stände, nicht nur leben zu können, sondern auch wieder ein bißchen zu kräftigen zu kommen. Aber da stellte sich die Armenverwaltung ein und legte Verschlag auf den größten Teil dieser Summe. Die Versicherungsanstalt Berlin schrieb, von den 26,80 M. räume drei halbe Monatsraten mit 20,10 M. an die Armenverwaltung überwiesen worden, die J. könne also diesmal nur noch 6,70 M. bekommen. Erst vom September ab werde die Rente wieder, wie früher, mit 18,40 M. voll ausgezahlt werden.

Mit 6,70 M. sollte eine Person, die ganz besonderer Pflege bedurfte, sich bis zum September durchschlagen! Was war da zu machen? Würde da nicht dieselbe Armenverwaltung, die diesen Kostend erst herbeigeführt hatte, in ihren Säcken greifen, um den Rest davon zu lindern? Und würde sie nicht mit derselben Eiferfertigkeit, mit der sie zugegriffen hatte, um sich an den Existenzmitteln eines armen Weibes schadlos zu halten, jetzt ihre Hand aufzumachen, um schleunigst die Existenzmittel zurückzugeben? Der Mann, in dessen Haushaltung Frau J. Aufnahme gefunden hatte, versichert uns, er habe den zuständigen Antragskommissionsvorsitzer von der Sachlage in Kenntnis gesetzt und ihn auf die Notwendigkeit sofortigen Eingreifens hingewiesen. Es sei ihm aber geantwortet worden, das gehe nicht so schnell, so etwas dürfe man nicht übers Rute brechen. Nein, gewiß nicht. Da muß erst sehr vorsichtig und sehr gründlich recherchiert werden, damit nicht etwa mal ein paar Mark an jemand geraten, der sie am Ende gar nicht nötig hat. Und dieses Recherchieren geht auch nicht so leichtwind, wie die Ungebildeten sich das denken. Im Rechnen schnell und langsam im Gehen, so ist die Berliner Armenverwaltung und so will sie bleiben. Ein Fehler ist dabei nur das, daß die Hungerigen manchmal keine Zeit zu langem Warten haben. Auch die Plätterin J. gehörte zu diesen Ungebildeten, die nicht warten können. Ende August ließ sie sich schon wieder ins Krankenhaus schaffen, diesmal wegen eines Darmleidens, und ein paar Tage danach war sie tot. Ob sie an dem Darmleiden gestorben oder an Entkräftung zu Grunde gegangen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Armenverwaltung spart so das Almosen samt der Recherche, und auch die Versicherungsanstalt braucht für September nichts mehr zu zahlen.

Das Schicksal dieses armen Weibes ist eine erschütternde Illustration zu dem preisenden Hymnus auf die soziale Fürsorge, die in unserem Staat der Sozialreform den Kranken und Siechen, den Arbeitsunfähigen und Hilflosen zu teil wird. Die Berliner Armenverwaltung präsentiert sich in diesem Bilde noch besonders unvorteilhaft. Sie steht gleichmäßig die Invalidenrente ein, ohne danach zu fragen, ob nicht hierdurch eine Rottlage geschaffen wird. Im Gehen langsam und schnell im Rechnen, begreift sie nicht, daß es ihre Pflicht wäre, in solchem Falle unumgekehrt zu recherchieren und nicht erst zu warten, bis die um ihre Invalidenrente gebrauchte Person sich meldet und um Hilfe bittet. Doch das Verfahren, das die Armenverwaltung da für zulässig hält und befolgt, entspricht freilich ganz den Anschauungen der bürgerlichen Klasse und steht sogar im Einklang mit den Gesetzen.

Weniger Schulaufsicht — mehr Schulpflege.

Die Gemeindefullehrer Berlins haben durch den Vorstand ihres „Berliner Lehrervereins“ dem Magistrat, den Stadtverordneten und der Schuldeputation eine Denkschrift überreicht, die sich mit der Frage der Schulaufsicht beschäftigt. Sie wünschen, daß die Schulaufsicht, denen die Aufsicht über die Volksschule übertragen wird, aus den Reihen bewährter Volksschullehrer genommen werden. Nur so könne die Schulaufsicht zu einer Schulpflege werden, wie sie der Volksschule not tue.

Die Umwandlung der herkömmlichen bürokratischen Schulaufsicht in eine pädagogische Schulpflege wird seit langem von der Lehrerschaft der Volksschule angestrebt. Die Reichliche Schulaufsichtsreform von 1872, so führt die Denkschrift aus, beschränkte sich auf die Feststellung des Staatsrechtes und ließ den Kern der Frage, die doch in erster Linie eine pädagogische ist, unberührt. Die Schulaufsicht blieb eine bloße Kontrolle über die Außerlichkeiten des Schulbetriebes, die in peinlich genauen Revisionen den Lehrern nach maßbaren Unterrichtsergebnissen beurteilt. Das Gegenbild solcher Schul-

aufsicht ist die Schulpflege, die ihre Aufgabe auffaßt im Sinne innerlicher Anregung und Förderung des Lehrenden.

Soll die Schulaufsicht Schulpflege werden, so sind in das Schulaufsichtsamte die geeigneten Persönlichkeiten zu berufen, die sich nicht als die Herren der Lehrenden, sondern als ihre Helfer und Mitarbeiter betrachten. Bisher hat man aber bei der Wahl der Schulaufsichtoren meist auf Eigenschaften geachtet, die dem Vorgesetzten die äußere Autorität sichern sollten. Man wählte meist den, der akademische Studien, akademische Titel, Tätigkeit an höheren Lehranstalten nachweisen konnte, und fragte nicht danach, ob er die Volksschule und ihre Arbeit aus eigener Erfahrung kannte. Für die Volksschule ist das kein Gewinn, für ihre Lehrer bedeutet es eine Demütigung. Die Revisionen von Schulaufsichtsbeamten, denen die erforderliche Sachkenntnis auf dem Gebiete der Volksschulpädagogik abgeht, haben schon manchem Lehrer die Berufstreueigkeit genommen und sind eine Quelle tiefer Verstimungen geworden. Die deutsche Lehrerschaft hat bereits viermal, zuletzt auf dem Lehrertag von 1904, die Forderung erhoben, daß zu ständigen Kreis-Schulaufsichtoren Schulmänner berufen werden, die sich im Volksschuldienst bewährt haben.

In Berlin liegen die Dinge kaum besser als draußen in den Provinzen. Die Berliner Kommunalbehörden haben sich zwar schon 1877 bei Einrichtung der weltlichen Kreis-Schulaufsicht im Prinzip für die Forderung pädagogischer Schulpflege entschieden, indem sie bestimmten, daß die Schulaufsichtoren pädagogisch gebildete „Fachmänner“ sein müssen. Aber diese Bestimmung ist hinterher wohl anders gedeutet worden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen sind bisher nur akademisch vorgebildete Oberlehrer zu Berliner Schulaufsichtoren gewählt worden. In fünf Fällen wurden ehemalige Volksschullehrer gewählt, doch führte auch hier weniger Rücksicht auf Bewährung im Volksschuldienst als vielmehr der Nachweis mehrjähriger Universitätsstudiums die Entscheidung herbei. „Kurs-Volksschullehrer“ war es bis heute verwehrt, in das Schulaufsichtsamte aufzurücken. Lediglich auf dem Umwege nachträglicher theologischer oder naturwissenschaftlicher Studien werden sie für das Amt eines Schulaufsichtors „geeignet“ und wahlfähig.

Der Berliner Lehrerverein hat sich wiederholt gegen diese grundsätzliche Ausrichtung der nur juristisch gebildeten Volksschullehrer ausgesprochen. Im Jahre 1903 nahm er die These an: „Die Schulaufsichtsbeamten müssen theoretisch gebildet und praktisch erfahrene Schulmänner sein und aus den Reihen tüchtiger und bewährter Volksschullehrer gewonnen werden.“ Die Denkschrift begründet diese Forderung und hebt die Schädigungen hervor, die der Volksschule aus dem bisherigen Verfahren erwachsen. Sie weist nach, daß selbst die preussische Unterrichtsbehörde (nach Äußerungen ihrer Kommissare im Abgeordnetenhaus von den siebziger Jahren an bis in die neueste Zeit) den Volksschullehrer grundsätzlich als den gegebenen Schulaufsichtsbeamten ansieht und den Gymnasiallehrer nur als Notbehelf benützt. Für diese wahrhaft modernen Grundzüge seien die Wortführer einer modernen Schulpolitik, insonderheit die parlamentarischen Vertreter Berlins im Abgeordnetenhaus, schon seit Jahren eingetreten.

Tatsächlich ist in Preußen trotz des konservativ-kerischen Widerstandes die Zahl der nur seminariell gebildeten Kreis-Schulaufsichtoren im Wachsen, und noch günstiger liegen die Verhältnisse in anderen deutschen Bundesstaaten. Dem Vorgange der Staatsregierungen sind verschiedene große Kommunen gefolgt. Die Reichshauptstadt aber bleibt auch in dieser Frage wieder hinter anderen Städten zurück. Indem sie die Forderung der Lehrerschaft, die Volksschule den Volksschulpädagogen! hartnäckig überhört, läßt sie einen Grundlag unbeachtet, der (wie die Denkschrift sagt) die Konsequenz der Selbstverwaltung auf dem Schulgebiete ist, eine Verletzung desselben Prinzips, dessen wärmste Vertreter und überzeugteste Sachwalter in den städtischen Behörden sich und Stimme haben.

Man darf gespannt darauf sein, wie die freisinnigen Mäler des Selbstverwaltungsprinzips sich hierzu stellen werden. Werden sie den Volksschullehrern das „Recht der Selbstverwaltung“ geben? Die Frage der Regelung der Schulaufsicht und ihrer Umgestaltung zu einer wirklichen Schulpflege drängt immer mehr zur Entscheidung. Was die Kommunen dazu tun können, sollten sie schon jetzt tun. In Berlin ist nächstens eine Schulaufsichtsstelle neu zu besetzen. Da wird der Berliner Freisinn Gelegenheit haben, zu zeigen, ob er die „wahrhaft modernen Grundzüge“ nur mit dem Wort oder auch durch die Tat vertreten will.

Die Verkehrsstatistik der Igl. Eisenbahndirektion Berlin, welche sonst erst immer Mitte Oktober zu erscheinen pflegt, ist diesmal schon gestern zur Ausgabe gelangt. Ihre nackten Zahlen beweisen aufs neue das rapide Anwachsen des Eisenbahnverkehrs. Um den Leuten davon ein ungefähres Bild zu geben, haben wir die belebtesten Stationen herausgegriffen und die Frequenzziffern des Vorjahres in Klammern beigefügt. An der Spitze unserer Millionen-Bahnhöfe steht auch in diesem Jahre wieder der Bahnhof Friedrichstraße mit 6 738 812 verlaufenen Fahrkarten (6 008), in zweiter Linie folgt Bahnhof Alexanderplatz mit 5 171 026 (4 883), der den Schlesischen Bahnhof (5 17 gegen 4 80 i. V.) diesmal wieder überflügelt hat. Den folgenden Rang (4 02 gegen 3 62) hat sich BelleVue erobert, denn der Zoologische Garten ist mit 4 02 (3 62) diesmal hinter ihm zurückgeblieben. Sodann folgen, der Frequenz nach geordnet: Bahnhof Börse mit 2 84 (2 56), Charlottenburg mit 2 45 (2 19), Jannowitz-Brücke mit 2 15 (1 85), Savigny-Platz, der mit 2 00 (1 76) den letzten Bahnhof (2 08 gegen 1 87) und die Station Tiergarten (1 83 gegen 1 24) geschlagen hat. An der Spitze der Fernstationen (die zum Teil freilich auch dem Vorortverkehr dienen) steht wiederum der Stettiner Bahnhof mit 2 43 (2 23) verlaufenen Fahrkarten, ihm folgen der Görlitzer (1 72), der Potsdamer (1 28), der Homburg-Lehrter (1 00) und der Anhalter Bahnhof, der es noch nicht auf eine Million Fahrkarten gebracht hat. Von den Ringbahn-Stationen sind als die frequentesten die folgenden zu nennen: Gesundbrunnen 2 96 (2 60), Potsdamer Ringbahnhof 2 45 (2 20), Wedding 2 26 (1 87), Warschauerstraße 1 96 (1 66), Stralau-Rummelsburg 1 67 (1 52), Schönhauser Allee 1 35 (1 06), Westend 1 15 (1 07) und Besselfstraße 1 05 (0 85). Auf dem Wannsee-Bahnhof wurden 2 98 (2 82) Millionen Fahrkarten verkauft, in Spandau 2 29 (2 19), in Steglitz 1 95 (1 79), in Potsdam 1 85 (1 84), in Rieder-Schöneweide 1 82 (1 65), auf Großgörschenstraße 1 56 (1 44), in Galensee 1 51 (1 25), in Friedenau 1 17 (1 05), in Groß-Lichterfelde-West 1 21 (1 08) und in Schöneberg 1 10 (1 01). In einzelnen Vororten des Ostens und Südwestens ist der Verkehr ganz rapid gestiegen, abgenommen hat er nur in verschwindend wenigen, so in Schlachtenriede von 476 000 auf 448 000.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 14. September, nachmittags 5 Uhr. Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten. — Wahl eines Mitgliedes in die Grundeigentumsdeputation und in die Brennmaterialdeputation. — Vorlagen betreffend den Ablauf der Wahlzeit des Stadtrats Kammer, — die der Gemeinde-Beizehler für das öffentliche Volksschulwesen für die Rechnungsjahre 1907 und 1908 zu zahlenden Beiträge, — die Herstellung eines gepflasterten Fußweges auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde, — und die Zuteilung eines von

Bankow abgetrennten Gebietsteiles zum Stadtbezirk 248. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Errichtung eines Stadtschulbüchses. — Vorlagen betreffend die Zurückzahlung von Antiegebeiträgen an die Firma Hölzel und Freimer, — die nachträgliche Genehmigung des Abbruchs und des Neubaus des Anabensborigebäudes auf dem Grundstücke der 8/63. Gemeinde-schule, Gipsstr. 28a — und die Festsetzung von Grundlinien für die Südseite der Wullenweberstraße und für eine Uferstraße in der Verlängerung des Widinger- und Hansa-Kfers. — Sieben Rechnungen. — Vorlagen betreffend eine Pensionierung — eine Verleihung des Prädikats „Stadtsältester“ — und die Bewilligung von Erziehungs-geld.

Die Pilzsuche wird gegenwärtig von den Sonntagsausflüglern in einem Umfange betrieben, wie wohl in keinem der vorhergehenden Jahre. In den pilzreichen Waldungen mancher Vororte begegnet man an schönen Sonntagen vielen Hunderten von Pilzsuchern, und in einzelnen Vororten darf man Sonntagsausflüglern, die nicht Pilze suchen, fast als seltene Ausnahme betrachten. Mit Taschen und Säcken ausgerüstet ziehen ganze Familien hinaus und sammeln im Laufe weniger Stunden eine so bedeutende Menge Pilze, daß sie ein paar Mittagbrote daraus herrichten können. Manche Familie schleppt einen Pilzvorrat von zehn, von fünfzehn und zwanzig Pfund nach Hause, so daß die Untkosten des Ausfluges teilweise oder ganz durch die Ausbeute an Pilzen gedeckt werden. Wer so reiche Enten einheimen will, darf sich freilich nicht auf die bekanntesten und beliebtesten Pilzarten beschränken, nicht nur den Steinpilz und den Pfefferling auswählen, sondern muß gelegentlich auch den Butterpilz und andere ehbare, wenn auch weniger schmackhafte Pilze mitnehmen. Von der einheimischen Bevölkerung der Vororte wird übrigens sehr darüber geklagt, daß die Sonntagsausflüglern und mehr noch die täglich in der Frühe auf die Suche ausgehenden „Sommerwohner“ ihnen die Pilzarten schmälern. Das Verfahren, das viele dieser Berliner Pilzsucher üben, ist obenein geeignet, die Waldungen allmählich um ihren Pilzreichtum zu bringen. Pilze sollten nur abgeschnitten werden, es gibt aber Sammler, die sich die Arbeit bequem machen und kurzerhand die Pilze ausreihen.

Sozialdemokratischer Herrenstandpunkt.

Ein Berliner Anarchistenblättchen fühlt sich bemüßigt, über die Lage der Angeestellten des Berliner Gewerkschaftshauses Klagen anzustimmen und der Verwaltung ein arbeiterfeindliches Verhalten vorzuwerfen. Das Stöckerische „Reich“ ist über diesen Angriff so erfreut, daß es den Artikel des anarchischen Blattes fast vollständig abdruckt. Schöne Seelen finden sich.

Es sei hier ausdrücklich betont, daß die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gewerkschaftshause in Uebereinstimmung mit den in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen erfolgt ist und daß an sich gar kein Grund vorliegt, auf die Vorwürfe einzugehen.

Beschen Wert die erhobenen Klagen haben, möge folgendes beweisen. Die beiden Mäler schreiben, und zwar in Fettdruck, so daß der Vorwurf als besonders ernst zu behandeln ist: „So kam es denn, daß die Angestellten in diesem Jahre abermals gezwungen waren, bei der Verwaltung vorstellig zu werden; diese aber erklärte: Wir verhandeln nicht mit Euch, sondern nur mit dem Verband, dem Ihr angehört.“

Das ist der Herrenstandpunkt von den Arbeitervertretern, die Herren in „ihrem“ Hause bleiben wollen.

Die Antwort der Verwaltung, auf die hier Bezug genommen wird, lautete wortgetreu:

„Ohne zu den Forderungen Stellung zu nehmen, müssen wir Sie eruchen, uns solche Wünsche, die einen grundlegenden Unterschied gegenüber den heutigen Verhältnissen anstreben, durch die zuständige gewerkschaftliche Organisation zu übermitteln. Nach verschiedenen Ausdrücken mit der Ortsverwaltung des Handels- und Arbeiter-Verbandes ist die jetzige Regelung geschaffen worden und so werden wir auch nur im Einverständnis mit dieser Organisation Änderungen vornehmen.“

Und das ist der Herrenstandpunkt von Arbeitervertretern, die Herren in ihrem Hause bleiben wollen! Dieser die Gewerkschaftsorganisation peinlich respektierende Standpunkt bedeutet fast das Gegenteil dessen, was die Schornmader tun. Ein christliches Blatt aber, das vorgibt, den Gewerkschaftsorganisationen, wenn auch nur den christlichen, zu dienen, entrüstet sich über das Hand-in-Hand-Gehen des „Arbeitergobers“ mit den Gewerkschaften. Ist ein niederträchtigerer, verlogenerer Jesuitismus denkbar, als wie er hier auf anarchischen Pfaden von Stöcker und seiner Gefolgschaft geübt wird? Wird den christlichen Arbeitern ob eines solchen Sprachrohres nicht die Galle überlaufen?

Was die übrigen Vorwürfe anbetrifft, so muß festgestellt werden, daß es einfach unmöglich ist, die Verhältnisse in einer Herberge, in der bis in die späte Nacht Gäste zu reisen, so zu regeln wie in einem Fabrikbetrieb. Mit der Eigenartigkeit des Hauses, das ungefähr 200 Betten für Reisende enthält, hängt es auch zusammen, daß nicht darauf verzichtet werden kann, einige Angestellte im Hause schlafen zu lassen. Soweit der Herbergsbetrieb an sich es zuleist, ist bereits vor Jahresfrist ein Teil der Angestellten außer Kost und Logis gestellt worden.

Was die Bezahlung anbetrifft, so sind die gezahlten Löhne mit den zuständigen Organisationen vereinbart und etwas über dem Durchschnitt der Löhne gleichartiger Privatbetriebe. Ins Blaue hinein kann nicht gewirksam gemacht werden, da auch die Verwaltung des Gewerkschaftshauses genötigt ist, den bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Entwertung der Altbemerkungen. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin ersucht uns, darauf hinzuweisen, daß nach einem neuen Beschlusse des Bundesrats alle nach dem 1. Oktober 1905 zur Verwendung gelangenden Beitragsmarken zur Invalidenversicherung entwertet werden müssen. Die Entwertung darf nur in der Weise erfolgen, daß der Arbeitgeber das Datum des Entwertungstages bei der Einlösung der Marken in Ziffern, z. B. für den 7. Oktober 1905 durch „7. X. 05“ angibt. Die Entwertung kann handschriftlich mit Tinte oder mittels Stempels erfolgen. Die Verwendung des Bleistifts ist nicht gestattet. Die Unterlassung sowie jede sonstige Art der Entwertung ist bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 20 M. verboten.

Eine Parteitagungnummer hat in diesem Jahre die „Neue Welt“ herausgebracht. Text und Bilder zeigen uns Jena, wie es war und wurde, wie es in den Straßen der Stadt und in ihrer näheren Umgebung aussah. In gut gelungenen Reproduktionen werden uns das „Volkshaus“,

In dem der Parteitag abgehalten wird, „Kongressaal“ und „Wandelhalle“ vor Augen geführt. Max Grünwald gibt einen Überblick über die historische Entwicklung Jenas. Wilhelm Bloss hat Erinnerungen aus sozialistischen-gesellschaftlicher Zeit, vom Parteitag zu St. Gallen, beigetragen. Ludwig Lessen ist mit einem Gedicht „Sturm“ vertreten. Gut ausgewählte Sitate würzen das Ganze. Schließlich wird die Bänderzeit „Durch und um Jena“ sicherlich alle Delegierten interessieren, die sich die Stadt des herrigen Parteitags näher ansehen wollen.

Ein Verein ehemaliger Heilsarmee-Offiziere hat sich in Berlin gebildet. Der Schriftführer dieses Vereins richtet ein Schreiben an uns, worin er sich mit der Einfindung eines Verteidigers der Heilsarmee befaßt, die wir in Nr. 206 unseres Blattes abgedruckt haben. Die Aufschrift des Schriftführers lautet: „Die Ausführungen des Herrn, der es unternimmt, die Zustände in der Heilsarmee zu revidieren, dürfen nicht unwiderprochen bleiben. Der Einsender gibt die Zahl der aus der Heilsarmee ausgetretenen Offiziere als verhältnismäßig geringfügig an, doch sind die im „Vorwärts“ vorher gedruckten Angaben durchaus zutreffend. In der letzten Zeit sind erst innerhalb drei Wochen zehn Offiziere ausgetreten, deren Namen zur Verfügung stehen. Unter diesen zehn sind mindestens vier, die man mehrfach zum Bleiben oder zur Rückkehr in die Heilsarmee zu bewegen suchte. Der Einsender in Nr. 206 bestreitet ferner vor allem, daß von einer Kollage der Offiziere die Rede sein könne. Der Streit hierüber erledigt sich wohl durch Beantwortung der Frage, ob ein Mensch mit den vier Mark Juchuh, die er wöchentlich von der Division erhält, seine notwendigen Bedürfnisse bestreiten kann? Einer der zuletzt ausgetretenen Offiziere sagte mir, daß nichts anderes als die Kollage ihn bewegen habe, der Heilsarmee den Rücken zu kehren. Einen anderen Offizier, der sieben Jahre der Heilsarmee diente, kreierte der frühere Chefsekretär auf die Mitteilung, daß er nichts zu essen habe, mit einem Bibelzitat ab: „Die Gott vertrauen werden keinen Mangel haben an irgend einem Gut.“ Nicht minder unrichtig ist die Behauptung, daß kein Pfennig deutschen Geldes nach England gegangen sei. Die Hälfte der in der Selbstverleugnungswode gesammelten Summe geht nach England, angeblich für die Heidenmission. Bis zum Rechnungsjahr 1902/03 sind 67 744 M. 82 Pf. nach England gegangen. Wir möchten den sehen, der diese Zahlen angibt. So viel für heute. Ueber den aufopfernden Dienst der christlichen Nächstenliebe läßt sich vielleicht bei anderer Gelegenheit ein kräftig Wortlein reden.“

Die Mordtat im Hofammerforst bei Zeuthen hat eine Aufklärung noch immer nicht gefunden. Die Nachforschungen nach dem Ueberbeter des schrecklichen Verbrechens gestalten sich von Stunde zu Stunde schwieriger. Dem Mörder ist bis jetzt reichlich Zeit gegeben, alle an ihm selbst verdächtigen Spuren, besonders die Blutspuren, zu entfernen. Die Polizei ist bei ihren Ermittlungen hauptsächlich auf Wohnnehmungen der Anwohner in der Umgebung von Zeuthen angewiesen. Leider vermochte jedoch bis zum heutigen Tage eine Meldung von besonderer Wichtigkeit aus dem Publikum heraus nicht gemacht zu werden. Von mehreren Individuen, die von patrolisierenden Polizeibeamten als verdächtig aufgegriffen wurden, läßt sich wohl kaum einer als Mörder in Betracht kommen.

Zur Mordtat in Zeuthen wird mitgeteilt, daß die Leiche der erstickten Frau Schürer gestern nachmittags um 2 Uhr an im Spritzenhaus zu Zeuthen durch den Kreisarzt Dr. Elten und Medizinalrat Dr. Kummer obduziert wurde. Die Leichenöffnung, der Amtsrichter Grise und als Vertreter der Staatsanwaltschaft Assessor Dr. Gieseherd bewohnten, ergab, daß die Frau an Verblutung aus den Stichwunden gestorben ist. Mehrere Stiche waren jeder für sich tödlich, es konnte aber nicht festgestellt werden, ob alle der Frau bei ihren Lebzeiten beigebracht worden sind. Einige Stiche reichten bis auf die Wirbelsäule und verletzten auch diese noch. Vier drangen in die Lunge ein. Zwei davon wurden von vorne, zwei von hinten geführt. Drei trafen das Genick, zwei den Hals der Frau. Ein jeder dieser Stiche hätte einzeln genügt, den Tod herbeizuführen. Nach Lage der Sache wird vermutet, daß die Frau den ersten Stich meuchlings von hinten erhalten hat. Daraus ist vielleicht auch zu erklären, daß ein Träger der Kiste zerrissen ist. In den Händen der Frau wurden Haare gefunden. Es ist möglich, daß sie beim ersten Stich um sich griff und den Täter am Kopfe faßte. Vielleicht aber rührten die Haare auch von ihrem eigenen Kopfe. Sie hätte sie sich dann wohl im Todeskampfe ausgerissen. Die Haare werden dem Gerichtschreiber Dr. Jeserich zu genauerer Untersuchung übergeben werden. Auch die Frage, ob ein Sittlichkeitsverbrechen vorliegt, wird der Gerichtschreiber noch prüfen. Nach dem Ergebnis der Obduktion ist es nicht wahrscheinlich, daß der Täter die Frau vergewaltigt hat; er scheint auch keinen Versuch dazu gemacht zu haben. Das Werkzeug, mit dem die Stiche geführt wurden, muß lang und spitz gewesen sein. Einige Wunden sind bis zu 6 Zentimeter tief. In Betracht kommt wohl ein Dolchmesser oder ein Genickfänger. Die Mitteilungen, die der Staatsanwaltschaft in Königs-Wusterhausen in großer Zahl zugehen, erwiesen sich bisher noch alle als belanglos. Die sistierten Personen kommen als Täter nicht mehr in Betracht. Weitere Nachforschungen sind im Gange, aber noch nicht so weit gediehen, daß man von einem bestimmten Ergebnis nach der einen oder der anderen Richtung sprechen könnte. Hausdurchsuchungen haben auch bereits in Zeuthen selbst stattgefunden.

Den Plan zu einem Doppelselbstmorde hatte ein junges Liebeshärchen, die 19jährige Verkäuferin Martha Kullisch und der 18jährige Handlungsgehilfe Siegfried Marus gefaßt und im Grunewald zur Ausführung gebracht. Angehlich war die Martha Kullisch, die aus Guben stammt, die Braut eines anderen, eines Handlungsgehilfen Stadde, der aber seit einiger Zeit im Krankenhaus lag und die Kullisch der Obhut seines Freundes Marus anvertraut hatte. Daraus entwickelte sich bald ein engeres Verhältnis. Dieser Tage schrieb St. nun, daß er geheilt sei und in den nächsten Tagen das Krankenhaus verlassen werde. Aus Furcht vor dem Wiedersehen beschloß die Ungetreue, sich das Leben zu nehmen. Von der Schuld des Vertrauensbruchs bedrückt, ließ Marus sich leicht überreden, gemeinsam mit ihr in den Tod zu gehen. Montag morgen ging er unter dem Vorwande, er habe für seinen Chef etwas Besonderes zu bestellen, schon um 4 1/2 Uhr von Hause weg. Auf der Straße erwartete ihn Martha Kullisch, das Mädchen fuhr nach dem Grunewald, nachdem es sich mit zwei Flaschen Lysol versehen hatte, und trank dann in der Schonung am Wege nach Ansel Loms Hütte das Gift. Ein Nachfahrer, der Marus tödlich hörte und beide bestimmungslos daliegen fand, holte aus der Kolonie Grunewald einen Arzt. Dieser wandte zum ersten Gegenmittel an, und ließ die jungen Leute nach Groß-Lichterfelde in das Krankenhaus bringen. Marus aber erlag schon auf dem Wege dorthin den Wirkungen des Giftes, von dem er zu viel getrunken hatte. Das Mädchen, das nur einen Schlund genommen hatte, ist außer Lebensgefahr.

Ein Kampf im Gerichtssaal entspann sich gestern vor der ersten Ferienkammer am Landgericht II. Wegen Einbruchdiebstahls war der „Arbeiter“ Kerlich zu fünf Jahren Zuchthaus, wegen Diebstahls eine Frau Remmelt zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt worden. Ein die Urteilsverkündung knüpfte sich eine lärmende, wüste Szene. Kerlich, der sich schon während der ganzen Verhandlung äußerst frech benommen hatte, begleitete das Urteil mit tropfenden Bemerkungen, sprang dann plötzlich über die Barriere und wollte dem Staatsanwalt zu Leibe gehen. Zwischen den schleimigst hinzupringenden Gerichtsdienern, die durch einen im Saale anwesenden Gendarmen unterstützt wurden und dem Angeklagten entspann sich ein erbitterter Kampf, in dessen Verlauf der mit Sachen bedeckte Zeugenstisch tragend zu Boden stürzte. Kerlich wurde schließlich übermannt und gefesselt und mußte, da er noch immer heftige Gegenwehr leistete, nach dem Untersuchungsgefängnis förmlich geschleift werden.

Ein Mord in der Hasenheide.

Gestern morgen kurz nach 7 Uhr wurde am Sprengelungsplatz in der Nähe des Garnisonkirchhofes auf Tempelhofer Gebiet die Leiche einer etwa 25 Jahre alten Frauensperson aufgefunden. Die Tote ist mutmaßlich eines Mordes zum Opfer gefallen. Sofort wurde die Niddorfer Polizeibehörde sowie das 85. Berliner Polizeirevier alarmiert. Unter dem Namen „die lange Hedwig“ war die Ermordete im Südwesten der Stadt und in Niddorf bekannt. Sie ist ermüdet worden. Am Hals waren die Wundmerkmale sowie mehrere Kratzwunden deutlich sichtbar. Der Toten war der Ueberrock ausgezogen und über sie gelegt worden. Im roten Unterrock wurde die Leiche aufgefunden. Sie lag im Walde an einem kleinen Abhang. Die Ermordete ist von großem stattlichen Wuchs. Sie ist jedenfalls während der Nachtstunden in die Hasenheide gelockt und vergewaltigt worden. Der Täter hat dann, um die Spuren seines Verbrechens zu verwischen, die Niddorfer ermordet. Das Mädchen hat jedoch verzweifelte Gegenwehr geleistet. Es geht dies aus dem Befund der Leiche hervor. Die Hände des Opfers lagen gekreuzt über der Brust. Von dem Mörder fehlt jede Spur. Die Kriminalpolizei hatte sofort eine größere Anzahl von Beamten an die Mordstätte geschickt, um die Nachforschungen nach dem Täter in die Wege zu leiten. Durch den starken Regen sind die Spuren leider fast sämtlich verwischt worden. — Dazu wird amtlich gemeldet: Heute früh um 7 1/4 Uhr wurde in dem bewaldeten Teile der Hasenheide in der Nähe des Pioniersprengelplatzes auf Tempelhofer Gebiet die Leiche einer etwa 25 Jahre alten Frauensperson aufgefunden. Die Leiche zeigte Kratzwunden und Druckstellen am Hals und eine geringe Stichwunde am rechten Arme. Sie ist bekleidet mit einem dunklen, grau gestreiften Oberrock, schwarzem Jackett mit schwarz-weiß gestreiftem Futter, weisem Strohhut mit dunklem Band, blau- und weißpunktierter Bluse, rot- und blauweißgestreiftem Unterrock, weisem Hemd, weisem Unterhemd, schwarzen Strümpfen und Schnürhalbschuhen. Neben der Leiche lag ein schwarzer Regenschirm mit gebogener Metallstange. Das Hemd und das Taschentuch tragen das Monogramm H. V. Ob ein Mord vorliegt, kann mit Bestimmtheit noch nicht behauptet werden. Da die Persönlichkeit der Toten noch nicht ermittelt werden konnte, hat das Polizeipräsidium eine Bekanntmachung an den Säulen anhängen lassen. Der Polizeipräsident hat auf die Ermittlung des Mörders eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Gestern nachmittags erschien um 3 Uhr am Hundort eine Gerichtskommission vom Landgericht II zur Nachprüfung des von der Kriminalpolizei bereits aufgenommenen Befundes. Beamte des Erlennungsdiens photographierten die Leiche und ihre Umgebung. Sie wurde sodann zur Ueberführung in das Schauhaus freigegeben. Woher die Verletzungen rühren, insbesondere auch die einzige blutige am linken Oberarm, wird erst die Obduktion feststellen. Kratzwunden sind weder am Gesicht noch sonst vorhanden.

Die Tote ist diesen Sektionsausgemählern jener Gegend wohl ihrer Erscheinung, nicht aber dem Namen und der Wohnung nach bekannt. Heute, die sie mit einer jüngeren Schwester gesehen haben wollen, haben sich noch mehr gemeldet. Die Nachforschungen in den Häusern der Hasenheide hatten bisher keinen Erfolg.

Die Leiche der Frauensperson, die in der Hasenheide aufgefunden wurde, ist im Laufe des gestrigen Nachmittags nach dem Schauhaus gebracht worden. Dort findet die Obduktion am heutigen Mittwoch statt. Zur Ermittlung der Persönlichkeit der Getöteten und des Täters gingen der Kriminalpolizei gestern bis in den späten Abend viele Mitteilungen zu, die alle geprüft wurden.

Ausregung bei einem Kellerbrande herrschte gestern Abend in der Friedriehstr. 210. Aus nicht ermittelter Ursache waren Pappkartons, Holzstücke u. dgl. in dem Lager eines Fuhrwerks in Brand geraten, der anfangs eine starke Verqualmung des Treppenhauses herbeiführte. Die geängstigten Hausbewohner wurden indes auf Veranlassung des Brandmeisters von der Schulenburg, der mit seinem 17. Zuge zuerst eintraf und die Ablosung leitete, angewiesen, in ihren Wohnungen zu bleiben und die Fenster geschlossen zu halten. Mit zwei Schlauchleitungen wurde dann gegen den Brandherd vorgegangen und in verhältnismäßig kurzer Zeit das Feuer erstickt.

Feuerbericht. Böswillig in Brand gesteckt wurden mehrere Leertonnen, die unter der Hochbahn in der Staligerstraße 20 aufgestellt waren. Die alarmierte Feuerwehre erstickte die Flammen, doch gelang es leider nicht, die freiliegenden Urkunden zu ermitteln. — Zur selben Zeit kam in der Friedenstr. 70 und in der Mendelssohnstr. 9 in Wohnungen Feuer aus. Im wesentlichen wurden in beiden Fällen Möbel, Kleidungs- und Wäschestücke beschädigt. — In der Blumenstr. 56 brannte es dann in einem Laden. — Allerlei Verpackungsmaterial hatte in der Weddingstr. 1a Feuer gefangen, während auf dem Göringer Güterbahnhof Ferkelohlen in Brand geraten waren. — Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 24 Stunden einliefen, waren auf „blinden Vorn“ zurückzuführen.

Zu Gastons Panoptikum wird jetzt ein théâtres lumières gezeigt, das des Ansehens wert ist. Es ist eine Erfindung des französischen Cabarettkünstlers Clément-George, der auch die Regie führt. Wir sehen ein hübsch erdachtes Pariser Schattenspiel vor uns, das dem Zuschauer eine altorientalische Phantasmagorie, ein Traumbild, vorführt. Wunderbare, oft wechselnde Lichteffekte geben der Vorstellung einen seltsamen Reiz. Weiter bringt das Theater eine Wanderung durch Pompeji, die seit dem achtzehnten Jahrhundert wieder ans Licht geförderte Römerstadt. Beachtenswert ist auch das kinematographische Theater, das den Sturm auf Fort Arthur, ein fünfaktiges Drama „Die Ehre eines Vaters“ und eine Humoreske „Zünf Mädchen und ein Mann“ bringt.

Im Zirkus Busch, der Donnerstag eröffnet wird, treten als Attraktion achtzehn japanische Soldaten auf. Der Zirkus ist gestern hier eingetroffen.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Von einem jähen Tode ereilt wurde der 54 Jahre alte Drechsler Karl Grabert aus Berlin, der gestern die Tischlerei von Freundenreich, Berlinerstraße 89, besuchte. Mitteln im Gespräch fiel G. um und war nach wenigen Minuten eine Leiche. Ein herbeigeholter Arzt stellte als Todesursache Herzschlag fest, was von dem benachrichtigten Polizeiarzt bestätigt ward. Die Leiche wurde nach dem Berliner Schauhaufe geschafft, da Angehörige des Verstorbenen nicht bekannt sind, G. selbst aber augenblicklich eine Wohnung nicht befaß.

Ein Opfer des „Rodegistes“ ist der 47 Jahre alte Arbeiter Gottlieb Vielow, Fußballstraße 54 wohnhaft, geworden. Er trat in selbstmörderischer Absicht eine Flasche Lysol und brach gleich darauf zusammen. Ein hinzugerufener Arzt ließ den Bedauernswerten sofort nach dem Krankenhaus bringen, doch war G. nicht mehr zu retten, starb vielmehr unter großen Qualen. Was ihn in den Tod getrieben, ist unbekannt. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Ober-Schöneweide.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung ist gestern nachmittags der Hausverwalter Ohlig aus der Wilsenhofstr. 49 in Ober-Schöneweide verhaftet worden. Vor einigen Tagen ging am frühen Morgen der Dachstuhl des Rebenhauses Wilsenhofstr. 47 in Flammen auf. Er fiel dem Feuer vollständig zum Opfer. Verschiedene Umstände sprachen dafür, daß Brandstiftung vorliegen müsse. Die Untersuchung führte zu der Verhaftung des Hausverwalters D., der stark verdächtig erscheint, das Feuer angelegt zu haben. Das Haus, in dem der Brand ausgebrochen war, gehört der Schwester des D. Letzterer war früher Verwalter dieses Gebäudes, wurde jedoch auf Grund mehrfacher Verbrechen durch Hausbewohner von der Schwester des Verwalterspostens entbunden. Aus Mache hierüber scheint nun der Bruder das Feuer angelegt zu haben. Die Frau des Verhafteten ist infolge der großen Aufregungen durch die letzten Vorgänge wahnsinnig geworden. Sie wird in einer Anstalt untergebracht werden.

Teltow.

In Teltow ist der 18 Jahre alte Arbeiter Krüger aus Klein-Deeren beim Mörkeltragen auf dem Bau der Papierfabrik verunglückt. Er stürzte durch die Rüstung auf einen Balken und schlug so unglücklich auf, daß er schwere Verletzungen am Schädel und am Nacken erlitt. Der Verunglückte wurde nach dem Kreis-Krankenhaus in Lichterfelde gebracht. Bei dem Bau der Papierfabrik haben sich eine ganze Anzahl schlimmer Unfälle ereignet, von denen drei tödlich verlaufen sind. Wie mag es dort um die Schutzvorrichtungen bestellt sein?

Spandau.

Selbstmord hat mutmaßlich ein Ehepaar aus Spandau verübt, das wegen zahlreicher Warenhandelsdiebstahle der Bestrafung entgangen ist. Das Ehepaar war polizeilich festgenommen worden, indes wieder auf freien Fuß gesetzt. Seit voriger Woche ist es nun aus Spandau verschunden, und gestern sind Kleidungsstücke der Vermissten am Habelufer bei Tegelort aufgefunden worden. Die Leichen der beiden Eheleute sind noch nicht gefunden.

Gerichts-Zeitung.

Als phantasiereicher Kenonist erscheint der Kellner Hermann Riedel, der gestern wegen vollendeten und versuchten Betruges vor der 6. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I zur Verantwortung gezogen wurde. Der Angeklagte verkehrte längere Zeit als gern gekennelter Gast in der Restauration des Schwandwies Fietner und stand mit diesem und seiner Ehefrau in freundschaftlichem Verkehr. Er hatte sich als „Dr. med.“ eingeführt und seine persönlichen und familiären Verhältnisse in glänzendem Lichte dargestellt. Er erzählte, er sei der Sohn eines Arztes in Gießen und beziehe von diesem einen Monatswechsel von 200 M., einen anderen Zuschuß beziehe er von seiner in Reg lebenden Großmutter, die aber sehr krank sei. Er erzählte auch mancherlei von den verschiedenen Ärzten, die er in Frankfurt a. M., Potsdam und in anderen Orten zu vertrieben habe, ließ auch Andeutungen über ein Duell fallen, das er mit einem Offizier ausgefochten habe, kurz, er war unermüdetlich in der Erfindung aller möglichen Märchen. Der „Herr Doktor“ war daher in dem Schauplatz sehr angesehen, zumal er hier und da den Wirtstheuten und auch verschiedenen Gästen Speisen und Getränke, darunter sogar Sekt, zum besten gab. Als Arzt trat er bei einem kleinen Unfall des Herrn Fietner in Aktion: er untersuchte den Patienten unter Aufwendung größtmöglicher Würde, ließ dann in eine Apotheke, wo er sich eine Einreibung und ein Pflaster geben ließ und verabschiedete beides an den Patienten. Das Restaurant mußte eines Tages wegen mangelnden Besuchs geschlossen werden, der „Herr Doktor“ blieb aber auch nachher noch der Hausfreund des Ehepaares und genoh mehrmals dessen Gastfreundschaft. Die Freundschaft bestand aber einen Miß, als Frau Fietner, die behauptet, von ihrem Ehemann fortgesetzt schlecht behandelt zu sein, unter Witnahme ihrer Sachen diesen heimlich verlassen hatte. Sie hatte sich nach Hamburg begeben und ernährte sich dort durch Zimmervermietungen, Aufwartedienste u. dergl. Dem verlassenen Ehemann kam die Sache sehr verdächtig vor. Er hatte gehört, daß seine Frau vor der Ueberredung nach Hamburg sich angeblich noch einige Zeit in Gesellschaft des Angeklagten hier in Berlin aufgehalten habe, und daß der letztere nunmehr auch bei der Frau in Hamburg wohne. Nur die letztere Tatsache war richtig, sie hat jedoch nach der eideschwörischen Versicherung der Ehefrau keinen unmoralischen Hintergrund, vielmehr haben sich die beiden zufällig in Hamburg getroffen und da Frau Fietner sich als Zimmervermieterin ernähren muß, ist er zu ihr gezogen. Frau F. hat beschworen, daß zwischen ihr und dem Angeklagten ein straflicher Verkehr niemals stattgefunden habe. Ihr Ehemann glaubte an das Gegenteil und wurde von heftigem Groll gegen den Angeklagten erfüllt. Um ihn zu veranlassen, nach Berlin zu kommen, richtete er an ihn einen Brief, den er selbst als „Lodder“ bezeichnet. Er teilte ihm darin u. a. mit, daß er sein ganzes Verzeihen verkauft habe, jetzt Geld besitze und ihm bei eventueller Verlegenheit ausweichen könnte. Der Angeklagte wollte diese Gelegenheit im Interesse der Frau benutzen und ging dem Ehemann brieflich um 100 M. an, wobei er sich wieder als „Dr. med.“ gerierte. Da er aber nicht nach Berlin kam, übersandte ihm Herr F. das Geld nicht, sondern denunzierte ihn nun wegen dieses versuchten und auch wegen vollendeten Betruges. Er behauptete, daß der Angeklagte ihn durch die falschen Angaben über seine Persönlichkeit dazu bewegen habe, ihm zu verschiedenen Malen Speisen und Getränke im Gesamtwerte von 15 M. ohne Bezahlung zu verabfolgen. — Das Schöffengericht erkannte den phantasiereichen Kellner auch schuldig und verurteilte ihn zu 2 Monaten Gefängnis. Rechtsanwalt Jacobson beantragte in der Berufungsinstantz völlige Freisprechung; unter dem Hinweis darauf, daß die Vermutung des Ehemannes über den Verkehr seiner Ehefrau mit dem Angeklagten sich als völlig kallos erwiesen und daß letzterer Herrn Fietner mindestens ebenso viel spendiert habe, wie dieser ihm. — Die Strafkammer nahm nur den Fall des versuchten Betruges für erwiesen an und ermäßigte die Strafe auf 3 Wochen Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

Wenn und aber. Geduld, wenn das Del verbraucht ist, geht die Lampe aus. — Traudl. Offiziere und Anträge wiederholen. Halten Sie Dichtung heilig! — Weis 26. Sachverständigen-Gärtner um Rat ersuchen. Brieflich Auskunft durch den „Landeskolonist“, hier N. Prinz Eugenstr. 14. Warum ohne Dichtung? — F. 2. 100. Wenden Sie sich an die Direktion der Fortbildungsschule zu Groß-Schönebeck. Regierungsverwaltung Potsdam. — A. J. 34. 1. Wenden Sie sich mündlich oder schriftlich an Herrn Rektor Her, Lurmitz 75. 2. Ermäßigung wird nur Vereinen gewährt. Wenden Sie sich also an die Verwaltung der St. in Teltow 3-5. Durch das Sekretariat der Gemeindefiskal-Kommission, hier, Engel-Allee 15. — Wilmannstr. 8. Fragen Sie schriftlich an bei der städtischen Deputation für Straßenreinigung, hier, M. Frankfurterstr. 6. — P. 2. 1. Ja. 2. Nein. — R. M. Ja. — C. A. Nein. — G. 8. In Hamburg war 1892 die große Cholera-Epidemie. Die ersten Erkrankungen kamen Mitte August vor.

Juristischer Teil.

P. II. 731. 1. Der Verzicht auf die Erbschaft muß innerhalb sechs Wochen in einer notariell oder gerichtl. beglaubigten Erklärung erfolgen, die innerhalb dieses Zeitraums dem Amtsgericht (Nachlassgericht) zugehen muß. 2. Sofern Nachebschaftsrecht und auf der anderen Seite unbedingte Zahlungspflicht vorliegt, liegt eine Alimentationspflicht vor. Die von Ihnen hervorgeredenen Kosten gehören hierher aber nicht und sind nicht zu zahlen, falls rechtzeitig der Erbschaft entzogen wird. — 112 G. 24. 1. Die Groveltern würden im Abwege schwerlich einen Geldanspruch durchsetzen. 2. An das Amtsgericht Ihres Wohnorts richten Sie die Mitteilung, daß Sie ausstreten und erklären innerhalb 4 bis 6 Wochen später mündlich zu Protokoll des Amtsgerichts, daß Sie austreten. Formulare erhalten Sie in der Verwaltung Vorwärts oder bei Hoffmann, Blumenstr. 14. — R. 2. 1. Kummelsburg. Sie müssen einen Antrag auf Dispens vom Unterricht an den Rektor eventuell an die Schulaufsichtsbehörde richten. — C. 2. 22. 1. Die Zinsen können Sie auf der Hinterlegungsstelle (Adresse erfahren Sie auf Ihrem Amtsgericht) hinterlegen. Als Grund der Hinterlegung möchten Sie angeben, daß die Abreise des Gläubigers Ihnen unbekannt ist. 2. Das Testament ist, falls Sie Hindes sind, gültig. Es empfiehlt sich aber dem Worte „überlebt“ anzufügen; und erenne Sie zu meiner alleinigen Erbin. — Venno Miß. 1. Soweit ersichtlich nein. 2. Abschrift des Urteils erhalten Sie auf Ihren Antrag vom Amtsgericht. Tadel 60. Die Klage erlischt nicht ganz ausnahmslos. — 105 G. 24. Käßberg. — J. 4. Ja.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Amstisch 1a 62-64 pr. 100 Pfund, 11a 56-60, 11a 50-56, 11a 40-48, Rüböl 1a 81-88, 11a 72-80, 11a 60-70, Gemischtes 1a 68-75, 11a 58-66, Schweinefleisch 68-72, Rindfleisch 60-90 Pf. Rotwül, Pfund 45-55 Pf. Rebhühner, junge 70-100, alte 65-75; Hühner, alte 1,30-2,50, junge 60-1,20 das Stück. Gänse, junge 56-62 das Pfund. Schafe, 109-117 M. pr. 100 Pfund, Schale 130-140, Kalle 95-103, Karbten 95-100, Lachs 121, Schellfische 25, Hühner —, Schottische Vögelringe (gelbes) 30-38, Krefle, unfort, Schod 4,50, Eier, Schod 3,00-3,50, Voller, pr. 100 Pfund 1a 124-126, 11a 118-122, 11a 113-116, abfallende 105-110, Kartoffeln, pr. 100 Pf. neue rote 1,75-2,00, neue Weiße 1,50-1,75, neue Blaue 2,00-2,25, runde weiße neue 1,75-2,00, Rotkohl, Schod 3,00-6,00, Dölkahner 7,00-8,00, Weiskohl 2,00-4,00, Styringkohl 2,00-5,00; neue saure Gurken, Schod 2,-